

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**Die  
Neue Weltordnung  
der USA  
von 2015-2016**

**NWO-Sonderheft Nr. 30**



# Die Neue Weltordnung der USA von 2015-2016

## NWO-Sonderheft Nr. 30

### NWO-Moloch USA vom 01.01.2015-31.12.2016

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2015-2016	2-94
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	95-96

#### **Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2015-2016**

Im Heulen des Windes höre ich das große Klagelied der Toten. Ihre Tränen strömen aus dem seufzenden Himmel. Daß der Weiße Mann untergehe!  
*Tecumseh (1768-1813, Häuptling der Shawnee)*

Herbert Ludwig berichtete am 7. Januar 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/...): >>>Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham House und Council on Foreign Relations

Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.

Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

#### **Gemeinsamer Ursprung**

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde".*

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round

Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragraphen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationistische Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im *Round Table* schon bestehenden hinzukamen.

Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom Round Table faßten den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen Delegation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und Round Table - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte. ...*

Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerikanern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: *Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."*

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowman, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, *um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."*

Der Lebenstraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in

Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im Round Table weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

### **Royal Institute of International Affairs**

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem Round-Table-Kreis nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleierte Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Energiekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

### **Council on Foreign Relations in den USA**

Im *Round-Table* schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprechenden Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.

1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anlässlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowman und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.

"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift Foreign Affairs, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war."

An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutschstämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."

Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.

"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen, zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."

Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

### **Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft**

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch *Öffentliche Meinung*, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar, daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen fällen könne.

"Stark beeinflusst von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt, verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.

Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:

"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentli-

che Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich. Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:

"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.

In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer 'Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."

Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."

In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.

Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelherrschaft vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.

... Markus Osterrieder: *Welt im Umbruch, Stuttgart 2014* ... <<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will

sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat." << Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 24. April 2015 (x1.000/...):

### >>**Vermischung der Rassen ist gezielte Strategie der Neuen Weltordnung**

... Guten Abend, sehr verehrte Zuschauer Auch heute prägte die Flüchtlingsproblematik die Nachrichtensendungen des Tages. Dreimal so viel Geld wie bisher, um Flüchtlinge aus ihrer Seenot zu retten - mit diesem Beschluß reagiert die EU auf die Situation im Mittelmeer. Doch keiner spricht davon, das Problem an der Wurzel anzugehen und der Frage nachzugehen, wie es denn kommt, daß überhaupt so viele Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen.

Unser Medienkommentar von gestern zeigte Hintergründe dazu auf. In der heutigen Sendung nun ergänzen und bestätigen wir diese, indem wir Roß und Reiter der tatsächlichen Ursachen der Flüchtlingsproblematik beim Namen nennen. So gehört z.B. Thomas P. M. Barnett zu den gefährlichsten Befürwortern einer offensiven Völkervermischung.

Er war früher Strategieberater des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und ist heute Chef von Wikistrat. Wikistrat ist eine geostrategische Denkfabrik, die im Dienste des US-African Command tätig ist. Das US-African Command wiederum ist ein Oberkommando für US-amerikanische Militäroperationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent - mit Ausnahme von Ägypten.

In seinen Büchern "The Pentagon's New Map" - zu deutsch "Die neue Weltkarte des Pentagon", meint also "Die neue Weltkarte des US-Verteidigungsministeriums" und in "Blueprint for Action" - zu deutsch "Bauplan für den Krieg" erweist sich Barnett als zynischer Befürworter der Globalisierung.

Deren Endziel sei - ich zitiere - "die Gleichschaltung aller Länder der Erde". Erreicht werden soll dies - ich zitiere wieder - "durch eine Vermischung der Rassen". In Europa würde - laut Barnett - auf diese Weise eine hellbraune Rasse mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 90 entstehen - die idealen Arbeitsklaven.

Zur Information: Derzeit beträgt der durchschnittliche IQ 100. Barnett warnt in seinen Büchern vor "irrationalen Leuten, die diese "Vermischung der Rassen" bekämpfen werden." Im Weiteren droht er: "Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: Tötet sie!" ...<<

### Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über

Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen. Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige ZDF-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten.

"Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

### **190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten**

Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harlfinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

*"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg"*, ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

### Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 26. Mai 2015: >>Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. ...

Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.

Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. ...

Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.

Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. ...

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien ...<<



Der CSU-Politiker Carl-Dieter Spranger (von 1991 bis 1998 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) schrieb am 1. Juni 2015 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x358/5): >>... Doch nicht nur die deutschen Soldaten, sondern alle Opfer des Zweiten Weltkriegs haben diese deutschen Repräsentanten vergessen und beschwiegen: Die vielen Millionen toter deutscher Männer, Frauen und Kinder, getötet, ermordet, verhungert, verbrannt, vergewaltigt, erfroren, verstorben - im Krieg, bei Flucht und Vertreibung, im Bombenterror, in den Straf- und Konzentrationslagern der Sowjetunion und des früheren Ostblocks oder in amerikanischen Gefangenenlagern wie in den Rheinwiesen."<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 20. Juni 2015 im Heft 30 (x1.157): >>**Freihandel und Krieg**

*Werner Rügemer*

Die Auseinandersetzung zwischen US-geführtem Freihandel und dem Peking-Konsens entscheidet gegenwärtig über die Zukunft der Menschheit

Gegenwärtig geht es erneut um die Aufteilung der Welt. Der westliche Kapitalismus, wie er sich auf dem G7-Gipfel auf Schloß Elmau nochmals celebrierte, ist ökonomisch in der Defensive, Bevölkerungsmehrheiten verarmen, die politische Zustimmung sinkt. Unter anderem mit "Freihandelsverträgen" sollen die westlichen Reihen dichter geschlossen werden:

TTIP zwischen USA und Europäischer Union, TPP zwischen USA und Pazifik-Staaten, CETA zwischen der EU und Kanada, TISA mit allen Beteiligten sowie mit zahlreichen bilateralen Verträgen. Dies soll die Konzerngewinne steigern und zugleich ein Bollwerk gegen aufstrebende Staaten und deren neue Bündnisse und Institutionen bilden.

### **Freihandel und Geopolitik**

"Wir arbeiten an einem geopolitisch relevanten Abkommen", sagte EU-Handelskommissar Karel de Gucht zum geplanten Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Geopolitik bedeutet: machtgestützter Zugriff auf Ressourcen und Territorien außerhalb des eigenen Bereichs. Dazu gehört auch der für den Verkäufer günstige Warenabsatz in neuen Märkten. Der damit notwendige Konflikt mit raumfremden Mächten wird notfalls von militärischen Mitteln begleitet.

Begriff und Konzept von "Freihandel" entstanden im britischen Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Die Unternehmer verlangten, daß Zölle für Waren, die nach Großbritannien importiert wurden, abgebaut werden, damit die Unternehmer billiger produzieren konnten. Gleichzeitig sollten andere, industriell und kapitalistisch weniger entwickelte Staaten Zölle abbauen, damit die britischen Produkte leichten Zugang zu deren Märkten bekommen. Der militärische Zugriff auf Kolonien schuf ganz neue Märkte auf neuen Territorien.

Die militärische Aufstandsbekämpfung war der immer wieder notwendige zweite Schritt, z.B. in Indien. Der Marktzugang der Produkte aus dem damals führenden kapitalistischen Staat wurde zudem durch die britische Kriegsflotte abgesichert. Dadurch entstand vor allem in den Kolonien zugleich eine monopolartige Vorrangstellung der englischen Produzenten und Verkäufer, etwa bei Textilien. Beim Freihandel hat der ökonomisch, politisch und militärisch mächtigere Staat die Vorteile.

Nach dem Ersten Weltkrieg forderten die USA als eigentlicher Sieger und neue Supermacht "Open Door" und Freihandel. Sie sorgten mit Krediten für den Aufbau der zerstörten westeuropäischen Volkswirtschaften, versahen aber diese Kredite mit Auflagen: Marktöffnung für US-Produkte und für US-Niederlassungen (Steuerfreiheit).

Dieses Konzept und diese Praxis von Freihandel sollten nach dem 2. Weltkrieg überwunden werden, und zwar im Rahmen der Vereinten Nationen, UNO. Das erste Freihandelsabkommen, das nicht nur eine große Zahl an Staaten umfassen, sondern auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beruhen sollte, war die International Trade Organisation (ITO). Sie sollte eine

Institution der UNO sein (1947). Gelten sollten die UNO-Menschenrechte und das Völkerrecht.

### **GATT statt ITO**

Aber die ITO wurde von der US-Regierung verhindert. Sie organisierte eine alternative Freihandels-Organisation: das Allgemeine Zoll- und Handels-Abkommen, General Agreement on Tariffs and Trade (GATT). Damit schlossen die USA nicht nur den Systemgegner Sowjetunion und andere sozialistische Staaten aus, sondern auch die Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Wege waren, sich aus kolonialer Abhängigkeit zu befreien wie Indien, China und andere.

Das GATT begann mit 23 Staaten. Mitglieder waren die westlichen Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich mit Australien, Kanada und Neuseeland sowie kleine Apartheids- und Kolonialstaaten. Sie hingen von den USA und den damaligen westlichen Kolonialstaaten ab, zum Beispiel Südrhodesien, Südafrika, Taiwan, Kuba und Libanon.

1947 hatten die USA das von der US-Mafia und US-Konzernen mit Hilfe eines einheimischen Diktators regierte Kuba als Gründungsmitglied in das GATT aufgenommen. Nach der Niederschlagung der Diktatur 1961 führte die neue Regierung unter Fidel Castro kubanisches Eigentum an den Staat zurück. Die USA verhängten ein jahrzehntelanges Handels-Embargo. Gleichzeitig versuchten sie, die neue demokratische Regierung Kubas militärisch zu stürzen, der Geheimdienst CIA versuchte mehrere Male, den Regierungschef zu ermorden.

Die USA behalten in Kuba auch den Marine-Stützpunkt Guantanamo, obwohl die Nutzung als Gefangenen- und Folterlager dem völkerrechtlich ohnehin ausgelaufenen Pachtvertrag widerspricht.

Der Fall Kuba zeigt, daß Freihandel in der US-Version tendenziell eher nicht mit Demokratie und nationaler Selbstbestimmung vereinbar ist, sondern mit verschiedenen Formen von autoritären Regimes und Rechtskräften sowie mit Einsatz von Militär und Geheimdienst.

### **Marshall-Plan**

Der Marshall-Plan, der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA für die westeuropäischen Staaten aufgelegt wurde, zielte auf eine geopolitisch ausgerichtete Freihandelszone: gegen die "kommunistische Weltgefahr". Der Plan sollte dem Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg geschädigten Industrie und Infrastruktur dienen.

Im Wesentlichen war er ein durch US-Kredite finanziertes Konjunkturprogramm für die US-Industrie, die im Weltkrieg einen nie gekannten Aufstieg erfahren hatte und die nun auf eine Kompensation für die ausgelaufenen Aufträge pochte.

Die USA behandelten Westeuropa als Freihandelsraum. Sie verlangten eine tariff union, also den Abbau von Zöllen, sie verlangten eine payment union, also eine einheitliche Währung und sie verlangten einen single market, also einen einheitlichen Markt. Damit sollte Westeuropa als Markt gestaltet werden, der mit US-Regeln möglichst kompatibel war.

Die direkten Hilfen für die westeuropäischen Staaten waren deshalb wesentlich geringer als die Verkäufe und Investitionen, die dadurch den US-Unternehmen in Westeuropa ermöglicht wurden. Die Freihandels-Kriterien wurden in der kurzen Laufzeit des Marshall-Plans von den Westeuropäern und der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) nur ansatzweise erfüllt. Sie prägen aber heute die Europäische Union.

Die Marshall-Plan-Hilfen wurden der zerstörten Sowjetunion und den neuen sozialistischen Staaten nicht gewährt. Eine Ausnahme war Jugoslawien: Es wurde einbezogen, sobald es sich von der Sowjetunion distanzierte. Dies galt dem Versuch, den sozialistischen Block aufzusprengen. Die IWF-Kredite trugen dort zwar erst einmal zu einem Aufschwung bei, erwiesen sich aber spätestens in den 1980er Jahren - durch erhöhte Zinsforderungen - als Sargnagel des Staates Jugoslawien.

Die Hilfen wurden ansonsten nur kapitalistischen Staaten gewährt, aber auch nur dann, wenn die Empfängerstaaten eine Demokratie nach US-Muster vorweisen konnten. Dazu gehörte die möglichst weitgehende antikommunistische Säuberung des Parteiensystems, der Gewerkschaften und der Verwaltungen. Dies galt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern z.B. auch für Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg.

So behielten bzw. bekamen im Nachkriegsfrankreich vor allem diejenigen Bankiers, Industriellen und Politiker Leitungs- und Eigentumsfunktionen, die mit dem NS-Staat und der Vichy-Regierung kollaboriert hatten. Griechenland beispielsweise bekam erst Hilfen, als das britische und das US-Militär die antifaschistische Bewegung niedergeschlagen und die alten monarchistischen Eliten wieder eingesetzt hatten.

### **TTIP als Wirtschafts-NATO**

TTIP verfolgt ebenso einen geopolitischen Ansatz. Es geht um nichts Geringeres als um Welt-herrschaft. Die Bundesregierung erklärte - etwas soft verpackt, aber unmißverständlich - auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke: "Ein transatlantisches Handelsabkommen eröffnet die Chance, daß mit Europa und den USA die zwei größten Handelsräume weltweit Maßstäbe setzen. Die normsetzende Kraft des Abkommens kann zum Hebel einer politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden."

Während Repräsentanten in der EU den Zusammenhang dieses Anspruchs mit der militärischen Begleitung lange Zeit nur verschämt andeuteten, sind die USA auch hier deutlicher. Als die Verhandlungen anfangen, hat die damalige US-Außenministerin Hilary Clinton das TTIP als "Wirtschafts-NATO" bezeichnet.

Auch der US-Papagei und damalige NATO-Generalsekretär Anders Rasmussen sprach von der "Wirtschafts-NATO". Das ist ohnehin naheliegend, weil die USA und die meisten EU-Mitgliedsstaaten, die das TTIP vorantreiben, zugleich NATO-Mitglieder sind. Der neue NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte: "Was die EU tut, muß komplementär zur NATO sein."

Auch der IWF und die EZB gehören in diesen Zusammenhang. Im Rahmen der Troika traten sie für härteste staatliche Kürzungsmaßnahmen ein, um die überschuldeten Staatshaushalte Griechenlands, Italiens, Portugals und Irlands zu "retten". Nirgends aber traten sie für Kürzungen im Militärbereich ein, nicht einmal in Griechenland, das im EU-Vergleich doppelt so hohe Ausgaben hat.

US-Präsident Obama tritt dafür ein, daß die EU Griechenland nicht weiter wirtschaftlich herunterwirtschaftet und daß Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Obama tut das nicht aus Mitleid mit der griechischen Bevölkerung, sondern er will die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands sichern.

Die NATO ist ohnehin kein reines Militärbündnis, sondern hat einen zivilen und wirtschaftlichen Arm. Zum zivilen Arm, der weit in das parlamentarische System der Mitgliedsländer hineinreicht, gehören Ministertreffen und diverse Arbeitsgruppen. In Paragraph 2 des NATO-Vertrags heißt es, daß die Mitglieder die "ökonomische Zusammenarbeit" fördern sollen.

Dazu unterhält die NATO ein eigenes Ökonomisches Komitee. NATO und Marshall-Plan wurden gleichzeitig und mit demselben Ziel gegründet: Festigung und Ausweitung des westlichen, US-geführten Kapitalismus. An die Stelle des Marshall-Plans sind in gewisser Weise die Freihandels-Abkommen getreten, deren militärische Begleitmaßnahmen immer mitbedacht werden.

Gleichzeitig mit dem TTIP haben die USA ein ebenso wichtiges, weiteres Abkommen initiiert: Das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP mit 11 südamerikanischen und asiatischen Staaten, darunter Chile, Kolumbien, Mexiko, Kanada, Vietnam und Japan. Beide, TTIP und TPP, sollen einerseits dem inneren Zusammenschluß des westlichen Kapitalismus dienen, andererseits sind sie gegen die ressourcenreichen und ökonomisch aufsteigenden Volkswirt-

schaften gerichtet, insbesondere gegen China und Rußland. Diese Staaten werden von den Freihandels-Befürwortern nicht nur als Konkurrenten, sondern als Feinde behandelt.

### **Ziel: Eroberung Rußlands**

Die erste nachsozialistische Regierung Rußlands unter dem meist besoffenen und korrupten Boris Jelzin (1991-1999) überließ Staatsunternehmen der untergegangenen Sowjetunion einheimischen Oligarchen und westlichen Investoren zu Schnäppchenpreisen - deshalb galt Rußland dem "Westen" als Freund. Mit ihm trieb man freien Handel und überhäufte ihn mit Krediten. Unter Wladimir Putin, der die Oligarchen begrenzt und den Ressourcenreichtum national sichern will, wird Rußland als Feind behandelt - obwohl es ja keine "kommunistische Gefahr" mehr darstellt.

Deshalb hat die NATO - im Geleitzug mit der "EU-Osterweiterung" - die meisten ehemals sozialistischen Staaten als Mitglieder aufgenommen und damit einen militärischen und geheimdienstlichen Ring um Rußland aufgebaut. Antreiber dabei sind die USA. Sie rüsten gleichzeitig im pazifischen Raum gegen China auf, provozieren China militärisch mit Hilfe des Vasallen Japan und lassen in Hongkong durch Protestbewegungen Demokratie fordern, die sie andernorts - nicht zuletzt mit Hilfe von TTIP und TPP - weiter einschränken wollen.

Freihandel nach dem jetzt verhandelten Konzept bedeutet nicht nur die notfalls militärische Sicherung des politisch gut vernetzten, globalen Privateigentums.

Es zielt auch auf die Schwächung oder Zerstörung der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte, einschließlich demokratischer, an nationaler Selbstbestimmung orientierter Regierungen und nicht zuletzt auch demokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien und von Gewerkschaften. Freihandel seit GATT bedeutet bis heute auch die Zusammenarbeit mit undemokratischen Kräften und den Aufbau einer Investoren-bestimmten Machtstruktur, die jenseits der parlamentarischen Demokratie liegt oder diese sich unterordnet.

Westlicher Freihandel bedeutet heute auch den Führungsanspruch der USA, mit relativen Privilegien für die wichtigen Vasallen wie die EU und die Bundesrepublik Deutschland. Diese Privilegien sind aber nie ganz gesichert.

### **Ukraine: Zangengriff von EU und NATO**

Die Europäische Union, selbst eine Freihandelszone, hat mit der Aufnahme ehemaliger sozialistischer Staaten schnell die Osterweiterung vorangetrieben. Die Ukraine, die wesentliche wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland hat, war als eine der letzten dieser Staaten dran. Zudem ist die Ukraine der größte Staat mit der strategisch wichtigen territorialen Position mit den langen Grenzen zu Rußland.

Dasselbe gilt für die NATO: Auch für sie ist die Ukraine der Schlüsselstaat für die militärische Einkreisung, Bedrohung und Eroberung Rußlands. "Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr", schrieb Zbigniew Brzezinski 1996.

Gleichzeitig hatten die USA seit Jahren den regime change vorbereitet, über die Geheimdienste, über Medienagenturen, über Direktinvestitionen und über die Open Ukraine Foundation. Deren Vorsitzender war und ist Arseni Jazenjuk (von den US-Strategen liebevoll "Jaz" genannt). Die NATO, die Renaissance-Stiftung von George Soros, die Regierung Polens, der Private Equity Fund Horizon Capital und Swedbank waren und sind die Sponsoren der Jazenjuk-Stiftung. Die NATO brachte ihre Medienkontakte ein.

Soros' Stiftung hatte in der Ukraine schon die "orangene Revolution" mit Julja Timoschenko vorbereitet. Horizon Capital kauft nach der "Heuschrecken-Methode" mittelständische Unternehmen in der Ukraine, in Weißrußland und Moldawien auf, macht sie nach westlichen Gesichtspunkten profitabel, verkauft sie weiter und sucht neue Objekte.

Swedbank, eine große schwedische Bank, faßte nachsozialistisch in den baltischen Staaten Fuß und möchte in weiteren osteuropäischen Staaten expandieren. Als weiterer Sponsor der Jazenjuk'schen Stiftung agierte der Oligarch Victor Pinchuk. Auch die US-Regierungsstiftung

National Endowment for Democracy (NED) trug zur Erschließung der Ukraine bei, etwa mit Stipendien und Medienaufbau.

Gleichzeitig investieren US-Konzerne in der Ukraine. In diesem Staat liegt etwa ein Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Europas. Die Agrarmultis Monsanto und Dupont dürfen nach der Gesetzgebung der von den USA eingesetzten Regierung Land in großem Stil kaufen. Der IWF vergibt dafür Kredite unter der Bedingung, daß gentechnisch verändertes Saatgut verwendet werden darf. Der US-Tabakkonzern Philip Morris kaufte 1994 eine ukrainische Zigarettenfabrik, stellte sie um auf die Produktion von Marlboro und Chesterfield und ist damit heute Marktführer in der Ukraine.

US-Tabakfabriken in der Ukraine produzieren für Export und Schmuggel. Die Zigarettensteuer in der Ukraine ist konkurrenzlos niedrig, die staatlichen Kontrollen sind gering. Die Gewinne, die mit dieser Expansion des Tabakgeschäfts in der Ukraine und in anderen Schwellenstaaten für US-Hersteller gemacht werden, wiegen bei weitem die Umsatzrückgänge auf, die in Nordamerika und Westeuropa den Anti-Nikotin-Kampagnen geschuldet sind. Philip Morris wirkt auch durch Studenten- und Sozialprogramme an der Umgestaltung der Zivilgesellschaft mit.

US-Manager, wie der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden, Hunter Biden, übernahmen die Leitung der Burisma-Holding, des größten privaten Gasproduzenten in der Ukraine. Die US-Manager sollen weitere US-Investoren hereinholen. Auch damit soll die Ukraine von russischem Gas unabhängig werden, zugleich sollen US-Investoren das Geschäft übernehmen. Die US-Diplomatin Natalie Juresco ist Finanzministerin der Ukraine. US-Fondsgesellschaften wie Franklin Templeton gehören zu den Kreditgebern des Staates, die durch weitere Kredite des IWF abgesichert werden sollen.

Der von der Adenauer-Stiftung und den deutschen Großmedien als zukünftiger ukrainischer Regierungschef aufgebaute Boxweltmeister Klitschko war zwar gut für die Mobilisierung bestimmter Fußtruppen auf dem Maidan, hatte aber im Machtkartell keine Chance. Das US-Außenministerium übernahm mit Hilfe diverser nationalistischer und rechtsradikaler Kräfte die Inthronisation von Jazenjuk, drastisch und klar kommentiert von der US-Ministerialdirektorin Victoria Nuland, zuständig für Europa: Fuck the EU, schieß auf die EU!

Osterweiterung der EU und US-geführte NATO-Aufrüstung spielen ineinander. Im Dezember 2014 unterzeichnete US-Präsident Obama den "Ukraine Freedom Support Act" (Gesetz zur Unterstützung der Freiheit in der Ukraine). Die USA plazieren Militärberater in der Ukraine, liefern Waffen und organisieren Militärübungen. Die EU wollte bekanntlich mit der Ukraine kein einfaches Freihandelsabkommen, sondern die Ukraine sollte zusätzlich ihre bisherigen Handelsvereinbarungen mit Rußland beenden.

Es ging also zugleich um eine Machtfrage, die zur militärischen Konfrontation mit Rußland führte. 2014 unterzeichnete die ukrainische Putsch-Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU, Kernstück ist ein "deep and comprehensive free trade agreement" (tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen). Dabei übernahm die Ukraine alle rechtlichen und wirtschaftlichen Regelungen der EU. Eine militärische Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bundeswehr und der ukrainischen Armee besteht seit 1993, die nun weiter ausgebaut wird.

### **Bundeswehr soll freien Welthandel sichern**

2010 hatte der damalige Bundespräsident Horst Köhler gesagt, für "ein Land unserer Größe" mit der entsprechenden Handelsorientierung sei "im Notfall militärischer Einsatz notwendig, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege". Das löste einen Sturm der Entrüstung aus, auch bei der SPD. Diese Auffassung über die Aufgabe der Bundeswehr sei grundgesetzwidrig. Köhler mußte zurücktreten.

Aber die Doktrin der Bundeswehr hat sich schon seit den 1990er Jahren auf solche Aufgaben schrittweise hinbewegt, auch mit Zustimmung der SPD. So verkündet das Verteidigungsmini-

sterium heute unverblümt: "Deutschlands Platz in der Welt wird wesentlich bestimmt von unseren Interessen als starker Nation in der Mitte Europas und unserer internationalen Verantwortung für Frieden und Freiheit ... Zu den Sicherheitsinteressen gehören ... einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen."

In der Ukraine bilden europäische und US-Interessen eine enge, wenn auch widersprüchliche Verbindung. Die Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel und auch jemand in der Europäischen Union moserten zwar, ein Ausdruck wie "Fuck the EU" sei "nicht akzeptabel", gaben sich aber mit Methode und Ergebnis des Putsches unterwürfig bis begeistert zufrieden. Sie nehmen den Schaden für deutsche und andere europäische Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf.

Auch die ansonsten so selbstbewußten deutschen Unternehmen knickten ein. Sie beugen sich der übergeordneten US-Strategie, Rußland militärisch einzukreisen und letztlich, wenn es sein muß, auch mit Krieg dem westlichen Kapitalismus einzugliedern.

Militärische Mittel bis zum Krieg sind die umständehalber zugespitzten Begleitmaßnahmen des westlichen Freihandels. Die Unternehmen in Deutschland knickten aus zwei Gründen ein: Erstens wollen sie den wichtigeren Markt USA nicht verlieren oder dort Einschränkungen unterworfen werden. Zweitens setzen sie darauf, daß mit Hilfe der Militärmacht USA und der NATO das riesige russische Territorium langfristig erobert und dann wirtschaftlich in viel größerem Stil ausgebeutet werden kann.

### **Die Alternative**

Der westliche Krisen-Kapitalismus stagniert ökonomisch. Die Wachstumsraten sind niedrig. Der Lebensstandard der unteren und mittleren Klassen sinkt bzw. stagniert. Gleichzeitig bereichern sich die ungewählten Eliten schamlos. Die gewählten Eliten (= Politiker) lassen sich von den mystifizierten "Märkten" erpressen und geben sich routinemäßig der politischen Korruption hin. "Demokratie", "Transparenz" und "freier Markt" werden um so intensiver als westliche Werte beschworen je weniger sie praktiziert werden. Die Zustimmung in den Bevölkerungen zu diesem kapitalistischen System schwindet langsam, aber sicher.

Die International Trade Organisation ITO war nach dem Zweiten Weltkrieg der Versuch, Freihandel zwischen gleichberechtigten Partnern und ohne kriegerische Begleitung zu organisieren. Daran orientieren sich heute Staaten, die einen wesentlich anderen Typ von Kapitalismus entwickeln. Das sind zum einen China und Rußland.

Während die USA etwa 1.000 militärische Stützpunkte außerhalb ihres Territoriums betreiben, sind dies bei Rußland ein seit langem bestehender Stützpunkt (in Syrien) und kleine Stützpunkte mit insgesamt etwa 15.000 Soldaten in unmittelbar benachbarten Staaten wie Armenien, Kirgisistan und Tadschikistan. Die Volksrepublik China hat keinen Militärstützpunkt außerhalb seines Territoriums.

Ein anderes Merkmal dieser Art Freihandel besteht in folgendem: China organisiert weltweit den Aufbau gemeinsamer Firmen und forciert materielle Tauschgeschäfte (zum Beispiel Maschinen gegen Erdöl) statt nach westlicher Manier aus Krediten und Investitionen möglichst schnell Profite außer Landes zu bringen oder durch aufgezwungene Normen eine Anpassung durchzudrücken.

Auf Initiative Chinas wurde die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) im März 2015 gegründet. Dem sind nicht nur mehrere asiatische Staaten beigetreten, sondern auch - gegen den Willen der USA - mehrere Mitgliedsstaaten der EU, so Deutschland, Frankreich und Italien.

Nach ähnlichen Prinzipien ist die Eurasische Wirtschaftsunion angelegt, die 2014 zwischen Rußland, Kasachstan und Weißrußland vereinbart wurde. Sie hat seit einem Jahrzehnt Vorläu-

fer in einer Zollunion und einer Wirtschaftsgemeinschaft und soll eine Freihandelszone werden. Verhandlungen laufen mit mehreren Beitrittskandidaten, z.B. Usbekistan.

2001 schlug der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, die Gründung der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika - Handelsvertrag der Völker (ALBA) vor. Neben Bolivien, Ecuador, Kuba, Nicaragua und Venezuela sind vier karibische Kleinstaaten Mitglieder. Sechs lateinamerikanische Staaten haben Beobachterstatus.

Es bestehen Kontakte zu China, Rußland und dem Iran. Auch ALBA kennt keine militärischen Begleitmaßnahmen. Wie China verfährt ALBA nach dem Barter-Prinzip: Leistungstausch statt Finanzialisierung des Handels, z.B. Tausch von Erdöl gegen Waren. Die ALBA-Staaten sind aus dem Schiedsgerichtsverfahren der Weltbank ausgetreten, haben eine eigene Entwicklungsbank und die eigene Währung SUCRE gegründet.

Mit CELAC (2012) setzte sich die Dynamik fort: Aus Anlaß des US-geförderten Putsches in Honduras (2009) haben sich alle Staaten Amerikas zusammengeschlossen - außer den USA und Kanada. Damit ist die 1948 von den USA gegründete Organisation Amerikanischer Staaten (OAS, Sitz Washington) zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Übrigens: Wegen eines solchen vom westlichen Kapitalismus unabhängigen Versuchs wurde die Regierung Gaddafis in Libyen weggeputscht: Er hatte einen afrikanischen Währungsfonds, eine afrikanische Entwicklungsbank und eine afrikanische Zentralbank initiiert, dazu den ersten afrikanischen Kommunikationssatelliten RASCOM sowie ein ganz Nordafrika umfassendes Wassersystem, das die riesigen Wasserressourcen unterhalb der Sahara für ganz Nordafrika erschließen sollte. Soviel Unabhängigkeit war für den westlichen Kapitalismus nicht hinnehmbar.

Welche der beiden Varianten des Handels und der Staatenbeziehungen obsiegt - das entscheidet mit über die Zukunft der Menschheit.

*Werner Rügemer ist Publizist und macht politisch-historische Stadtführungen. Als Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln bietet er Seminare an wie "Meinungsmache als Beruf", "Globale Prekarität" & "Entstehung und Strukturen einer Supermacht - Beispiel USA".*  
[www.werner-ruegemer.de](http://www.werner-ruegemer.de)<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht.*"

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminten Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

### **Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran**

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. *"So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaublichen Parole."*

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-gemeinschaft entwickelt haben.

*"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."*

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

*"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Dihad im Islam."*

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger



Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

*"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspirierte hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."*

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekanntes Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.

Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."*

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

*"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Dschihad. ... Der Dschihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."*

*"Der Dschihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."*

*"Den Dschihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Dschihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Dschihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".*

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

*"Der Dschihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

### **Die Gewalt im islamischen Recht**

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den

Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab erspart."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

*"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben"* und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

### **Die geschichtlichen Eroberungen**

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.

In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7.-8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

*"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).*

*Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."*

*Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine stän-*

*dige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."*

*"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."*

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: *"Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

*"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.*

*Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."*

### **Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort**

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

*"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das*

*Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."*

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1.800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

### **Islam und Islamismus sind nicht zu trennen**

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

*"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden."* Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

*"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran."* (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

*"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann.*

*Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel*

*nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015: >>**Ein Staat im Wachkoma**

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

Die Linken im Bundestag hatten sich Anfang Juli erhofft, daß ihre Rechtsauffassung endlich bestätigt und der aus ihrer Sicht gefährliche Geschichtsrevisionismus vermeintlich rechter Kreise eine Abfuhr bekommen würde. Dann kam alles anders. In einer kleinen Anfrage baten unter anderem die linken Abgeordneten Andrej Hunko, Niema Movassat, Alexander S. Neu, Azize Tank und Sarah Wagenknecht am 27. Mai 2015 um Aufklärung bezüglich der weiterhin gültigen Rechtsetzung des Bundesverfassungsgerichtes.

Die Frage war: "Gedenkt die Bundesregierung für Klarheit zu sorgen und die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches öffentlich als unhaltbar zurückzuweisen, damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der sogenannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann?"

Das höchste deutsche Gericht hatte in einem Grundsatzurteil 1973 festgestellt, daß "das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist". Es besäße nach Ansicht der damaligen Richter "nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig".

Die Bundesrepublik Deutschland sei dementsprechend nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, "sondern als Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teilidentisch."

Es sind diese kryptischen Formulierungen, die nach wie vor bei vielen Linken und Otto-Normal-Abgeordneten für Unmut und Stirnrunzeln sorgen. Kaum jemand begreift aber, was hier wirklich gemeint ist und welche Auswirkungen dieses Urteil, das seither mehrfach bestätigt und auch schon in einer kleinen Anfrage von Februar 2015 unterstrichen worden ist, wirklich hat.

Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.

Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches

Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.

Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besetzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.

Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".

Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat (dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist) vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen (BRD und DDR) zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte.

Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden (siehe sog. Bereinigungsgesetze).

Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde.

Tatsächlich geht es auch überhaupt nicht um einen sogenannten Gebietsrevisionismus, wie die Linke in ihrer Anfrage befürchtet. Der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher gab in seinen Memoiren ("Erinnerungen" 1995) zu, daß die damalige Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Zwei-plus-vier-Vertrag 1990/91 ausdrücklich darauf verzichtet hatte, die Frage der endgültigen Grenzziehung zu regeln. Die sollte nach vorherigen Absprachen einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten bleiben, die aber nie zustande kam.

Der Grund: Genscher erklärte in eklatanter Übertretung seiner parlamentarischen Befugnisse am Verhandlungstisch mit den polnischen Vertretern: "Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag

oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind."

Der sogenannte Gebietsrevisionismus ist aus diesem Blickwinkel heraus nicht eine gefährliche, kriegerische Aggression, die den ehemaligen Kriegsgegnern etwas wegnehmen will - Im Gegenteil: Zuallererst geht es um einen Friedensvertrag, der die Grenze Deutschlands im Osten, die de facto längst gezogen und für die Millionen Deutsche von ihrem Land vertrieben worden sind, auch rechtlich endlich feststellt.

Das wäre der erste Schritt zu einem echten Friedensvertrag für Deutschland! Käme dieser zustande, wären das US-Militär und sein Geheimdienstapparat nicht länger befugt, uns als Feindstaat und Kriegsbeute zu behandeln. Auch wäre damit der Existenz der Vereinigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges - den Vereinten Nationen - die Existenzgrundlage entzogen. So ließe sich die Neue US-dominierte Weltordnung noch abwenden.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 3. August 2015: >>**Rückblick in die Konflikte der Zukunft**

Der heute 87-Jährige Zbigniew Brzezinski war vor mehr als drei Jahrzehnten Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, viele seiner Bücher gelten als Klassiker der geostrategischen Analyse. Eines davon, "The Grand Chessboard", erschien vor 18 Jahren. Erstaunlich, wie genau Brzezinski schon damals die heutigen Konflikte in der Welt erkannte.

Von *Christoph von Marschall*, "Tagesspiegel"

Während der Lektüre ist man immer wieder versucht, zum Copyright-Vermerk zu blättern: Ist dieses Buch wirklich 1997 erschienen? Es liest sich wie eine brandaktuelle Analyse, welche geopolitischen Triebkräfte die internationale Politik heute bestimmen. Geschrieben hat Zbigniew Brzezinski "The Grand Chessboard" - wörtlich: "Das große Schachbrett" - aber vor 18 Jahren! Damals regierte Bill Clinton, der Weltwirtschaft ging es gut, die Bundesregierung bereitete den Umzug von Bonn nach Berlin vor.

Islamistischer Terror war noch nicht im allgemeinen Bewußtsein, 9/11 kam ja erst vier Jahre später. Der Ost-West-Konflikt war beendet. Polen, Tschechien und Ungarn bereiteten sich auf den Beitritt zu EU und NATO vor. Man hoffte, daß Rußland mit etwas Verspätung ebenfalls zu Demokratie und Rechtsstaat findet und ein Friedenspartner wird.

Schon damals sagte Brzezinski voraus: Die Ukraine wird der Schlüssel sein, für Rußlands Zukunft und den Frieden. Denn in der Ukraine entscheide sich, ob Rußland sich nach Europa orientiert oder in imperiales Auftrumpfen zurückfällt.

"Allein schon die Existenz einer unabhängigen Ukraine hilft, Rußland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Rußland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Es kann zwar immer noch imperialen Status beanspruchen, würde dann aber in Konflikte mit den zentralasiatischen Staaten verwickelt. Auch China würde sich erneuter russischer Dominanz in Zentralasien entgegenstellen. Wenn Rußland aber die Kontrolle über die Ukraine zurückgewinnt, wäre es wieder eine Imperialmacht."

All die westlichen Hoffnungen, daß Rußland sich öffnet und modernisiert, daß es zu einem demokratischen Partner eines demokratischen Amerika wird, sind aus Brzezinskis Sicht davon abhängig, daß Rußland den Herrschaftsanspruch über die Ukraine aufgibt.

**Entscheidende Jahre exakt prognostiziert**

"Wenn Rußland sich für Europa entscheidet, liegt es automatisch in seinem Interesse, daß die Ukraine in die europäischen Strukturen aufgenommen wird. Das Verhältnis der Ukraine zu Europa wird zum Wendepunkt für Rußland."

Rußland aber, das spürt Brzezinski bereits 1997, wird wohl die andere Richtung wählen - wobei führende russische Denker die Möglichkeiten ihres Landes auf groteske Weise überschätzen. China werde sich erfolgreich modernisieren. Rußland wohl nicht. Dann aber fehlen ihm die Ressourcen für Weltmachtstatus. Genau so ist es gekommen. China wird die USA demnächst beim Bruttoinlandsprodukt überholen. Technisch liegt es freilich weit hinter Amerika

zurück. Ökonomisch sind die Wirtschaftsräume EU, USA und China jeder für sich rund sieben Mal so stark wie Rußland.

Die Entscheidung über die Ukraine, das prognostizierte Brzezinski vor 18 Jahren so präzise, als wäre er ein Hellseher, werde in der Dekade von 2005 bis 2015 fallen. Er trifft damit die Wendepunkte "Orange Revolution" sowie russischer Angriff auf die Krim und die Ost-Ukraine ziemlich exakt.

Manche nehmen solche Weitsicht zum Anlaß für den Verdacht, Brzezinski habe diese Entwicklung als Strippenzieher mit herbeigeführt. Das wirkt aber weit hergeholt. Er hatte seit Jahrzehnten kein Regierungsamt und steuert auch nicht die US-Geheimdienste.

Vielmehr kommen bei ihm Biographie, präzise Analyse und treffsichere Instinkte zusammen. Er ist gebürtiger Pole, war Sicherheitsberater des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter, ist bis heute einer der angesehensten außenpolitischen Denker der westlichen Hemisphäre. Sein Buch beginnt mit der Frage, welche geostrategischen Imperative die USA berücksichtigen müssen, wenn sie die ihnen zugefallene Vorrangstellung behalten wollen. Sie sind die erste Weltmacht der Geschichte, die nicht auf dem eurasischen Kontinent zuhause ist. Dort werde aber auch in Zukunft die Machtfrage entschieden.

"Eurasien ist das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft weiterhin ausgetragen wird. Der Form nach ist dieses Schachbrett ein lang gestrecktes Oval. Auf ihm spielen nicht nur zwei, sondern mehrere Spieler, mit je unterschiedlichen Machtanteilen."

### **Schlüsselkontinent Eurasien**

Sein Buch behandelt fast die gesamte Erde - freilich immer unter der Frage, wie einzelne Staaten und Regionen sich zum Schlüsselkontinent Eurasien verhalten. Vor Chinas Entwicklung hat Brzezinski Respekt, sieht das Land aber noch nicht auf dem Weg zur Weltmacht. Risikofaktoren bremsen den Aufstieg: soziale und ethnische Spannungen sowie politische Konflikte, die sich sowohl aus einer Demokratisierung als auch aus deren Verweigerung ergeben.

"Selbst unter den besten Umständen ist es unwahrscheinlich, daß China 2020 in den Schlüsselfragen einer Weltmacht mithalten kann. Es wird zur regionalen Vormacht in Ostasien. Es dominiert das Festland. Sein Militär und seine Wirtschaft machen die unmittelbaren Nachbarn zu Zwergen, mit Ausnahme Indiens."

In absehbarer Zukunft, so Brzezinskis Resümee, wird es keine einzelne Macht geben, die Amerika herausfordern oder seine Ordnungsrolle übernehmen kann. Die einzige Alternative sei globale Anarchie. Umgekehrt wird Amerika den Gang der Dinge in Eurasien nicht diktieren können. Mehrere Mächte werden sich die Macht dort teilen.

"Kurzfristig ist Amerikas Interesse, diesen geopolitischen Pluralismus in Eurasien zu erhalten und die Bildung feindlicher Koalitionen zu verhindern. Mittelfristig sollten wir uns um den Aufstieg strategisch kompatibler Partner bemühen, die unter amerikanischer Führung ein kooperatives trans-eurasisches Sicherheitssystem aufbauen. Langfristig kann es zum Herzstück einer redlich geteilten politischen Verantwortung in der Welt werden."<<

Der deutsche Autor Thilo Sarrazin (Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat) berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte.

1 - Die seit 45 Jahren stabile Geburtenzahl von rund 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, daß jede



Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Das deutsche Volk altert nicht nur. Ein Anhalten dieses Trends bedeutet vielmehr, daß es sich quasi aus der Geschichte weg-schrumpft.

2 - Die Kinderzahl in Deutschland ist um so niedriger, je einkommensstärker, gebildeter und intelligenter die Eltern sind. Deshalb sinken das intellektuelle Potential und die potentielle Bildungsleistung noch schneller als die Zahl der Geburten. Für diese schiefe Geburtenstruktur ist die spezifische Konstruktion des deutschen Sozialstaats einschließlich des Familienlastenausgleichs wesentlich mitverantwortlich.

3 - Die demografische Alterung und das Absinken des intellektuellen Potentials in Deutschland bedrohen langfristig die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland.

4 - Einwanderung wäre nur dann eine Hilfe, wenn Bildungsleistung und Qualifikationen der Einwanderer durchschnittlich über dem deutschen Mittelwert lägen. Wegen der spezifischen Struktur der Einwanderung in Deutschland - vorwiegend aus Nah- und Mittelost sowie Afrika - ist dies aber nicht der Fall. Vielmehr senkt diese Struktur der Einwanderung das durchschnittliche Niveau der Bildungsleistung in Deutschland.

5 - Weltweit gibt es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern signifikante gruppenbezogene Unterschiede, die sich auch in den nachfolgenden Generationen nur langsam abbauen, wenn überhaupt. Generell gilt: Einwanderung aus Fernost erhöht die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft. Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost senkt die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft.

6 - Maßgeblich für Qualifikationsniveau und Bildungsleistung von Einwanderern ist ihre Herkunftskultur. Deren Prägung hält über Generationen hinweg an und wird quasi kulturell vererbt. Muslimische Prägung von Kulturen wirkt sich negativ auf das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die durchschnittliche Bildungsleistung von Einwanderern und ihrer Nachkommen aus. Dies ist bedeutsam, weil der Anteil dieser Gruppen an den Geburten in Deutschland stark anwächst.

7 - Die Geburtenraten der muslimischen Einwanderer sinken zwar mit der Zeit, bleiben aber tendenziell höher als jene der aufnehmenden Gesellschaft. Die dadurch bewirkte Dynamik in der ethnischen Zusammensetzung und kulturellen Ausrichtung der Bevölkerung in Deutschland wird weit unterschätzt. Diese Art von Einwanderung hält die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland nur um den Preis einer tiefgreifenden und unwiderruflichen kulturellen Veränderung auf.

Auf meine Thesen reagierten die einen mit Bestürzung, die anderen mit Empörung, viele aber auch mit Unglauben und vagem Optimismus. Fünf Jahre später stellen sich die damaligen Analysen und Projektionen leider als richtig heraus. Wo es Abweichungen gab, kam es eher noch schlimmer als von mir befürchtet.

- Die überdurchschnittliche Kriminalität muslimischer junger Männer hält an, ebenso tun es die Unterschiede in der Bildungsleistung, bei der Transferabhängigkeit und der Arbeitsmarkt-beteiligung.

- Überdurchschnittlich bleiben auch die Geburtenzahlen. Die Segregation in bestimmten Stadtteilen wächst weiter, der Fundamentalismus unter jungen Muslimen nimmt zu.

- Gleichzeitig wachsen radikale Tendenzen in der muslimischen Minderheit, wie die Ausbreitung des Salafismus zeigt. So wurde das Potential herangezüchtet, das Tausende in Deutschland lebende junge Muslime dazu bewog, sich in Syrien und im Irak dem Terrorregime des IS zur Verfügung zu stellen.

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durch-

schnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert.

- In Großbritannien ist die Stimmung über alle Parteigrenzen hinweg mittlerweile einwanderungskritisch geworden, und das Land versucht mit Erfolg, sich von der gegenwärtigen Einwanderungswelle abzuschotten. Die Unterschiede in der Einwanderungspolitik könnten den entscheidenden Anstoß dafür geben, daß Großbritannien aus der EU ausscheidet.

- In Frankreich hat der Front national mittlerweile unter den jungen Erwachsenen den höchsten Stimmenanteil, manche sehen ihn schon bei vierzig Prozent. Die allgemeine Lähmung der französischen Politik zeigt sich besonders deutlich in der Einwanderungsfrage: Man möchte zu den Guten gehören, aber noch mehr Einwanderung aus Afrika und Nahost möchte man nicht.

- Italien und Griechenland üben sich in der Kunst des Durchwinkens nach Norden, und je besser ihnen das gelingt, um so mehr Flüchtlinge brechen zu ihren Küsten auf.

- (In) Dänemark hat die einwanderungskritische Dänische Volkspartei mittlerweile alle anderen Parteien überflügelt. Dänemark versucht seine Grenzen jetzt dicht zu halten, und das Zähneknirschen in der Bevölkerung wegen der gewaltigen Probleme mit den bereits eingewanderten Arabern ist überall vernehmlich zu hören.

- Schweden versucht unbeirrt, seine Art von Willkommenskultur zu leben. Da stört es nicht, daß sich die Einwanderungspolitik des Landes schon in schlechteren Pisa-Ergebnissen niederschlägt und Asylbewerber durchschnittlich sieben Jahre brauchen, bis sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Mittlerweile stehen die einwanderungskritischen Schwedendemokraten in den Umfragen bei zwanzig Prozent, aber sie finden keine Verbündeten, weil die Einwanderungsfrage zur Wahl zwischen Gut und Böse stilisiert wird.

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn.

- ... In der Schweiz ist die einwanderungskritische SVP schon seit längerem recht stark, in Österreich wird die von vielen als rechtspolitisch kritisierte ÖVP bei den nächsten Wahlen

wohl stärkste Partei werden.

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen.

Holland zum Beispiel liegt seit Jahrhunderten zu siebzig Prozent unter dem Meeresspiegel. "Ursachenbekämpfung" bestünde darin, den Spiegel der Nordsee abzusenken. Das ist aber unreal, deshalb ist Holland von Deichen umgeben. Kleinere Undichtigkeiten dort gibt es immer, mit ihnen kann man umgehen. Größere Risse reißen um so mehr auf - bis hin zum Deichbruch - und setzen einen um so größeren Strom in Gang, je weniger man den Anfängen wehrt.

Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar. Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger

Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen. Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt (ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging).

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe (genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber) Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch ProbleMLEUGNUNG will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015:  
>>**Von Hiroshima zu Euroshima**

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. ...

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. ...

In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahen Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland ... für gefährlicher als die Terrormi-

liz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) ...<<

Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtete am 6. September 2015: >>**Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen**

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen - bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen - etwa am Hauptbahnhof in München - empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze.

Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland - das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000 Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden direkt in andere Bundesländer weitergeleitet.

In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen.

Aus Serbien kamen indes deutlich weniger Flüchtlinge nach Ungarn. Laut ungarischen Medien dürfte das Regenwetter ein Grund dafür sein. Am Sonntag zeichnete sich allerdings wieder ein Anstieg ab.

Gestern berieten die Spitzen der großen Koalition in Berlin über Konsequenzen aus der Flüchtlingskrise.

### **So viele Flüchtlinge wie noch nie nach NRW**

Mit Applaus und Willkommen-Plakaten sind mehr als 1.000 Flüchtlinge in Dortmund begrüßt worden. Die Kinder, Frauen und Männer, die über Ungarn nach Deutschland auf dem Weg waren, kamen mit zwei Zügen im Hauptbahnhof der Stadt an. Hunderte Menschen bereiteten ihnen einen herzlichen Empfang.

Innenminister Ralf Jäger ging davon aus, daß am Sonntag so viele Flüchtlinge nach NRW gekommen sind wie noch nie an einem Tag. Die meisten Flüchtlinge wurden anschließend auf Kommunen verteilt. Die Bezirksregierungen richteten Krisenstäbe ein.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. September 2015: >>**Die Blitzwende der Flüchtlingskanzlerin**

Der Entschluß der Kanzlerin, Tausende Syrer aus Ungarn einreisen zu lassen, wirkte wie eine Ad-hoc-Entscheidung. Aber ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage ist das Ergebnis jahrelanger Planspiele.

In der Generaldebatte im Bundestag war die Flüchtlingskrise das große Thema. Linken-Fraktionschef Gysi gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lage. Merkel verteidigte die Politik der großen Koalition.

Angela Merkel hat am Mittwoch im Bundestag Sätze gesagt, die auf sie selber gemünzt zu sein schienen. "Wir erleben immer wieder, daß es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke", sagte sie.

Und: "Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden,

sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben - das sollte uns Mut machen -, ist, daß es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht."

Im Kern erhob Merkel einen deutschen, genau gesagt sogar ihren eigenen Alleingang zum Führungsprinzip. Sie selbst würde das vehement bestreiten und stets sagen, es gehe um den gemeinsam verabredeten Weg zu Entscheidungen, die von allen getragen werden. Aber die Kraft und Stärke Deutschlands als Schlüsselfaktor für derartige Entscheidungen zu bezeichnen - das hat sich in ihrem Amt lange niemand mehr getraut.

### **Applaus von allen Seiten**

Es war ein Auftritt, bei dem Merkel vier Mal Applaus aus allen Fraktionen des Bundestages bekam - Union, SPD, Grüne, Linkspartei. In ähnlich angespannten Situationen, zum Beispiel bei Merkels Regierungserklärungen zur Bankenkrise oder zur Energiewende, gab es kein einziges Mal beziehungsweise nur einmal einen so breiten Beifall.

Angela Merkel hat es geschafft, das Wirken ihrer angeblich so undemokratisch großen Regierungskoalition als einen Segen für Deutschland darzustellen. Das muß ihr erst einmal jemand nachmachen - besonders bei einem so brisanten Thema wie der Zuwanderung.

Merkels Entschluß, zusammen mit Österreich die EU-Abreden über das Weiterreiseverbot von Flüchtlingen außer Kraft zu setzen, war eine ähnliche Blitzwende wie nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Wieder einmal zeigte die Bundeskanzlerin, daß sie dem Satz folgt, Gesetze seien für Menschen da und nicht umgekehrt. So hatte es auch schon Helmut Schmidt 1962 bei der Hamburger Flutkatastrophe gehalten, als er kurzerhand das Verbot inländischer Bundeswehreinmärsche ignorierte.

Es gibt immer Kritiker, die solche Flexibilität für den Präzedenzfall gesetzloser Zustände halten, und so ist es auch diesmal. Die Reiseerlaubnis für die in Ungarn gestrandeten, nach Deutschland drängenden Flüchtlinge sei reine Gefühlspolitik. Die Bundesregierung habe sich von Aufsässigen erpressen lassen. Auch bei vielen anderen Themen gewinne künftig, wer genügend eindrucksvolle Fernsehbilder produziert. Solche Gedanken sind oft zu hören.

Die CSU nimmt diese Stimmungen mit ihrer scharfen Kritik an Merkels Entscheidung auf. Sie habe die CSU mit der Aufenthaltsbewilligung einfach überrollt, sagen CSU-Politiker - ein schmerzhafter Beweis dafür, daß die Schwesterpartei in Berlin derzeit nur wenig zu melden hat, wenn es darauf ankommt.

Die Stimmungen vermischen sich mit der Angst von SPD, Linkspartei, CSU (und genauso auch französischer, polnischer oder dänischer Parteien), die massenhafte Einwanderung könne den Arbeitsmarkt ins Chaos stürzen. Sie vermischen sich mit der Angst, der Islamische Staat könne in den Flüchtlingszügen Attentäter nach Deutschland schleusen.

### **Schröders Kalkül in der Serbienkrise 1999**

In die seelische Gemengelage hinein wirkt auch das Trauma des ganzen historischen Europas, die unterschwellige Erinnerung an die Invasionen der Hunnen, Araber, Mongolen und Türken. Ungarns Grenzzaun, Frankreichs Abwehrhaltung, Polens Wunsch nur nach christlichen Flüchtlingen entspringen nicht zuletzt dieser Gedächtniswelt. Deutschland ist das Gefühl nicht fremd.

Gerhard Schröder drängte 1999 auf das militärische Vorgehen der Nato gegen Belgrad, weil er ohne den Regimewandel in Slobodan Milosevics Serbien eine Flüchtlingswelle aus dem Balkan fürchtete. Und nun öffnet Angela Merkel aus einer Eingebung heraus Europas Tore?

Der Eindruck täuscht. Die Flüchtlingswelle kam plötzlich, aber keineswegs überraschend. Seit Jahren schaut Merkel argwöhnisch auf manche nur äußerlich stabile Mittelmeeranrainer. Da lauert Potential für noch viel mehr Flüchtlingsströme. Der Einsatz für eine diplomatische Lösung in der Ukraine entspringt derselben Sorge.

### **Ruhe in die Aufregung bringen**

Merkels scheinbare Ad-hoc-Entscheidungen sind oft das Ergebnis jahrelanger stiller Planspiele. Das ist keine Verklärung von Fehlentscheidungen, die es selbstverständlich gibt; es ist in diesem Fall aber der Grund für die Entschlossenheit, mit der sie das Ruder herumreißt. Ihr Satz gegenüber der "Rheinischen Post", für das Grundrecht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, ist nicht einfach dahergesagt.

Ein Zuwanderungssturm auf ein mental unvorbereitetes Europa bringt die ganze Konstruktion der EU in ungutes Schwingen, so wie 1989 die DDR-Flüchtlingswelle. Wie damals Helmut Kohl, so will Merkel heute Führungsstärke zeigen, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß mit Selbstvertrauen Ruhe in die Aufregung kommt.

Merkels simple Botschaft "Wir schaffen das" ist an ganz Europa gerichtet. Ihr öffentliches Vertrauen in Deutschlands Stärke soll in der EU dieselbe Wirkung erzielen wie eine Zusage Barack Obamas in der Nato. Gleichzeitig soll die Bevölkerung nicht glauben, sie müsse mit ihrer Hilfsbereitschaft ein Staatsversagen kompensieren.

### **Noch ist die Finanzierung gesichert**

Im Gegenteil. Staat und Wähler sollen eine Einheit sein. Ob das funktioniert, ist völlig offen. Bei den Lichterketten gegen Übergriffe hat das vor zehn Jahren geklappt. Die Sorge, Herostraten würden das politische Establishment nun von Anschlagort zu Anschlagort hetzen, war grundlos. Statt dessen wandelte sich Deutschland weiter zur positiven Weltoffenheit.

Ob das diesmal auch so ist? Auf die Notlage antwortet Merkel nicht mit dem Drängen nach mehr Luftangriffen auf den Islamischen Staat, sondern mit Häusern und Lehrern für Flüchtlinge. Das kostet Milliarden. Noch ist die Finanzierung gesichert. Wenn die Flüchtlingszahl aber weiter zunimmt, werden eines Tages vielleicht Steuererhöhungen denkbar.

Sie würde nur Merkel durchsetzen können, denn auf der linken Seite des politischen Spektrums gilt in Notlagen weithin der psychologisch verräterische Satz: Wir müssen die Reichen zur Kasse bitten. Im Klartext heißt das: Sollen doch andere helfen. Unbedingte Solidarität zum deutschen Markenzeichen machen - das kann derzeit nur Angela Merkel.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte:

Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gel-

der dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados" einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste "Atom-Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

*Von Henry Paul (freischaffender Künstler)*

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlerin ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln geirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

**Sie hat geschickt agiert.** Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschen und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen.



Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

**Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues** in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfianzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

**Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten.** Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsfüßlichen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

**Weil unsere eigene Regierung,** die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total

dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<  
Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>... (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann ... Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 24. Januar 2016 (x1.000/...): >>**Freund oder Feind? Die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der Lupe**

... Bundeskanzlerin Angela Merkel will deutlich mehr Geld für die Bundeswehr. Zurzeit steckt die Bundesregierung etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr. Das sind umgerechnet etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben sollen nun innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 2 Prozent aufgestockt werden. Das bedeutet also etwa 25 bis 30 Milliarden Mehraufwand. Was genau sind denn nun die Beweggründe der deutschen Kanzlerin für diese üppigen Militärambitionen?

Gab es dafür eine Petition, die von deutschen Bürgern gleich zig millionenfach an die Kanzlerin erging? Nichts dergleichen. Die US-Regierung und die NATO forderten diese Aufstockung. Zitat Merkels dazu: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten". - Dr. Alexander Neu aus dem Verteidigungsausschuß der Linkspartei im Bundestag kritisierte dieses Vorgehen der Kanzlerin wie folgt: "Merkel ist Dank der deutsch-amerikanischen Freundschaft der Meinung, daß wir dem nachkommen sollten".

Spätestens wenn es um das liebe Geld in Form von Forderungen geht, sollte man eine Freundschaft hinterfragen. Was verlangen denn die US-Freunde sonst noch so? Dieselben Freunde, die von dem deutschen Bürger zig Milliarden Militärausgaben fordern, forderten seinerzeit ebenso die nach wie vor anhaltenden Rußlandsanktionen. Dieser aufgedrückte Russenhaß beschert der deutschen Wirtschaft Milliarden schwere Verluste.

Hierüber berichteten wir in unseren Sendungen "Deutschland am Gängelband der USA" vom 15. Dezember 2014 und "Kriegstreiber in Aktion: US-Panzertransporte rollen gen Osten" vom 24. Juni 2015. - Die US-Freunde verweigerten außerdem den Grexit, das meint den Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Statt dessen fließen nicht enden wollende zig Milliarden schwere Rettungspakete, zu Lasten der europäischen und insbesondere der deutschen Bürger zu den Gläubigerbanken und dies, ohne daß es die Medien sonderlich erwähnten.

Ein Grexit hätte aufgrund der Bankenverflechtungen durch einen Dominoeffekt die US-Banken ruinös ins Wanken gebracht. Dann doch lieber die deutschen Freunde bluten lassen. Hierüber berichteten wir bereits in unseren Sendungen "Warum die USA bei einem Grexit Pleite geht" vom 02. September 2015 und "Derivatblase - Angst der USA vor einem Grexit"

vom 09. September 2015. Schließlich haben die US-Freunde auch noch Europa, und auch hier wieder insbesondere Deutschland, eine gigantische Flüchtlingslawine beschert.

Zunächst wurden nordafrikanische und arabische Staaten durch gezielt herbei geführte Umstürze und Kriege unter US-Regie ins Chaos gestürzt. Dann Flüchtlingsströme auf Schiffen unter US-Flagge nach Europa gebracht. Hierüber berichteten wir in unserer Sendung "Die US-amerikanische Handschrift hinter den Flüchtlingsströmen" vom 16. August 2015. –

Zu den konkreten Kosten der Flüchtlingskrise für die deutschen Bürger nannte der freie Journalist Udo Ulfkotte in seinem Interview hier auf Kla.TV vom 9. Januar 2016 bereits ernüchternde Fakten: Laut dem Institut für Weltwirtschaft lägen die Zusatzbelastungen für Deutschland pro Jahr bei ca. 55 Milliarden Euro ... Kosten!

Im Verbund mit den zig Milliarden schweren Eurorettungspaketen, den zig Milliarden für die Migrantenaufnahme, den ebenso Milliarden schweren Einbußen aufgrund der Rußlandsanktionen ergeben die nochmaligen zig Milliarden an Militärausgaben eine extrem rasante und wirtschaftlich absolut ruinöse Talfahrt für die deutschen Bürger.

A propos US-Freundschaft noch eines: Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 vergingen keine drei Wochen, bis das Merkel-Kabinett am 1. Dezember den Syrien-Einsatz der Bundeswehr verfügte. Im Eiltempo wurde der Beschluß nur drei Tage später durch den Deutschen Bundestag gepeitscht. So schnell wurde die Bundeswehr noch nie in einen Krieg geschickt, dazu weder mit Mandat des UN-Sicherheitsrates noch mit Zustimmung der syrischen Regierung.

Weil also jegliche internationale Rechtsgrundlage fehlt, ist der Kriegseintritt der Bundesregierung in Syrien völkerrechtswidrig. Die einzige Legitimation dabei erscheint offensichtlich: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten!"

Offenkundig ist, daß die USA als dauerkriegsführende Nationen selbst längst die finanzielle Belastungsgrenze überschritten haben.

Doch anstatt die Militärausgaben endlich abzusenken, setzt die US-Regierung weiterhin auf das Militär zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen, nämlich eine Neue Weltordnung unter US-Vorherrschaft. Hierüber berichteten wir bereits anschaulich in unserer Sendung "Instrumentalisierende Kriegsführung" vom 29. August 2015.

Aufgrund ihrer eigenen katastrophalen Finanzlage spannen nun die USA andere Staaten vor ihren Karren. Zum Beispiel fordern sie von Europa schon seit längerem eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Daß dieses "einfach mehr leisten" nicht allein finanzielle Mehrausgaben bedeutet, sondern auch das Kopf-hinhalten, wo es weh tut, sprich wo das Kriegschaos herrscht, machte Bundesverteidigungsministerin von der Leyen deutlich. Der "BILD-Zeitung" sagte die Ministerin, daß Deutschland im Kampf gegen den IS in Libyen helfen wolle.

Bei dem geplanten Auslandseinsatz gehe es schon nicht mehr um den Syrien-Einsatz, sondern im nahtlosen Übergang bereits um einen erneuten Einsatz in Libyen. Es gehe gemäß von der Leyen darum, das von Islamisten bedrohte Land zu stabilisieren und dafür zu sorgen, daß Libyen eine funktionstüchtige Regierung bekomme. Mit anderen Worten: Deutschland soll nun für die US-Regierung die Kartoffeln aus dem Feuer holen, schöngeredet als Stabilisierungs- und Friedensmission, aber ganz im Sinne der US-Regierung.

Denn mit "funktionsfähig" ist nichts anderes als ein Funktionieren im Sinne der US-Regierung, also eine US-Hörigkeit, gemeint, wie die ganze Palette des sog. Arabischen Frühling zeigt. Vor dem Arabischen Frühling war Libyen unter Gaddafi ein sehr aufblühendes, autarkes Land. Erst die US-Regierung haben Krieg, Zerstörung und Chaos gezielt orchestriert. Dazu ebenso einen terroristischen Islamismus, der sowohl den Islam als auch alle anderen Religionen bis in den Tod bekämpft.

Darüber berichteten wir detailliert in unserer Sendung "Die gezielte Vernichtung Libyens - ein

Augenzeugenbericht" vom 22. Oktober 2015. Unter Gaddafi waren einst alle auf Schriften gegründeten Religionen zugelassen, außer genau diesem terroristischen Islamismus. Über diese Hintergründe schweigen sich jedoch Politiker und Medien geflissentlich aus.

Wenn die deutschen Bürger nun nachweislich ruinös vor den US-Globalistenkarren gescharrt werden und die deutsche Kanzlerin und ihr Ministerteam dies nach allerbesten Kräften unterstützen, beantwortet sich die Frage fast von selbst, wer denn wessen Freund oder Feind ist.

...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 27. Februar 2016 über die Geheimpolitik der NWO-Finanzelite (x1.000/...): >>**Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt**

Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt Diese Dokumentation über das Netzwerk von Goldman Sachs zeigt auf, daß die Politik von der Finanzelite durchzogen ist und zu Gunsten weniger Geldherrscher eine ganze Welt finanziell in den Ruin getrieben wird. ...

"Goldman Sachs - eine Bank lenkt die Welt!": Unter diesem beunruhigenden Titel strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen, kurz ZDF, bereits am 13. November 2012 eine erhellende und äußerst aufschlußreiche Sendung aus. Doch was geschah seither?

Unterm Strich: gar nichts. Klagemauer.TV-Zuschauer fragten sich, warum das so ist. Die Antwort scheint eine einfache zu sein: Solange man dramatische Wahrheiten im Rahmen einer Unterhaltungssendung ausstrahlt, reagiert das Publikum nebst vielem Lachen auf weiter nichts.

In der Hoffnung auf das Eingreifen der Staatsanwaltschaften, erreichte uns eine eingegangene Klage in Form jener 2012 vom ZDF vermittelten Daten noch einmal in aller Ernsthaftigkeit. Hier geht es ganz offensichtlich nicht um eine Verschwörungstheorie sondern um Verschwörung-Tatsachen. Nicht weiter dürfen finanzielle zu Gunsten Interessen und Machtinteressen über dem Wohl des Volkes stehen. Nicht weiter darf weniger Plutokraten, sprich Geldherrschern, eine ganze Welt finanziell in den Ruin getrieben werden.

Doch sehen Sie selbst, welch unheimliches Netzwerk bereits 2012 sichtbar wurde. Die Frage stellt sich mit Recht: warum wurde bislang weder die Staatsanwaltschaft noch der Verfassungs- oder Staatsschutz aktiv. Sind auch sie Teil dieses verderblichen Netzwerkes? Neues aus der Anstalt 13.11.2012 - die Bananenrepublik (ausgestrahlt im ZDF).

Als Barack Obama wiedergewählt wurde, dachten viele, daß möglicherweise ein neues Zeitalter begonnen hat, weil am Ende doch nicht das große Geld entscheide. Denn immerhin hatten die Wall Street, die Finanzindustrie und die Banken doch sehr auf Willard Mitt Romney gesetzt und viele Milliarden in diesen Wahlkampf gesteckt. Dennoch kam wie durch Zauberhand Obama auf den Thron. Und bevor sich falsche Hoffnungen einschleichen, soll Ihnen diese Dokumentation beweisen, daß da kein Anlaß zum Optimismus besteht und daß es für eine Bank wie Goldman Sachs wirklich keine Rolle spielt, wer da gerade jeweils den amerikanischen Präsidenten spielt. Warum das?

Ganz einfach, weil Goldman Sachs genug eigene Leute hat. Goldman Sachs ist stets ein großer Krisengewinner, der immer wieder milliardenschwere Quartalsgewinne ausweisen kann. Der US-Chef von Goldman Sachs ist Lloyd Blankfein, ein Mann der in der Bronx aufgewachsen ist und es daher recht gut versteht, andere zu übervorteilen. Der Deutschland-Chef von Goldman Sachs ist Alexander Dibelius und Vorsitzender für das internationale Geschäft bei Goldman Sachs ist der Ire Peter Sutherland. Ein Ire, ehemaliger EU-Kommissar und Mitglied in der trilateralen Kommission.

Die trilaterale Kommission ist eine kleine, private Politikberatung in Washington. Da sitzen 300-400 Leute mit sehr viel Macht; in der trilateralen Kommission sitzen z.B. Leute wie Lucas Papademos, der griechische Übergangs-Regierungschef oder bis vor kurzem auch noch, der italienische Regierungschef Mario Monti. Was verbindet Monti und Papademos darüber

hinaus? Man höre und staune - beide waren einmal bei Goldman Sachs. In der trilateralen Kommission sitzt aber auch Paul Wolfowitz. Paul Wolfowitz war einmal Chef der Weltbank, mußte dann aber wegen eines gut bezahlten Job-Deals mit seiner Freundin seinen Posten abgeben und zurücktreten.

Sein Nachfolger wurde Robert Zoellick. Und wo war Zoellick vorher? Richtig - bei Goldman Sachs. Zoellick sollte aber nicht verwechselt werden mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz Robert Zollitsch. Aber auch Robert Zollitsch ist in diesem Netzwerk integriert. Peter Sutherland saß nicht nur im Vorsitz bei Goldman Sachs International und in der trilateralen Kommission, sondern war auch noch Berater der Apostolischen Güterverwaltung mit Sitz in Rom. Und dort ist auch Robert Zollitsch zu finden.

Goldman Sachs hat aber auch noch andere interessante Vernetzungen, zum Beispiel: Petros Christodoulou war bei Goldman Sachs und wurde Chef der griechischen Schuldneragentur. Oder: Charles Henri de Croisset war sieben Jahre lang bei Goldman Sachs und überwachte anschließend in Frankreich die Finanzaufsicht. Oder Philip D. Murphy, der 23 Jahre bei Goldman Sachs war und daraufhin US-Botschafter in Berlin wurde. Philip D. Murphy war auch Mitglied der Atlantikbrücke e.V.

Die Atlantikbrücke ist ein deutsch-amerikanisches Elitenetzwerk. Da sitzen Politiker, Finanzhaie und Journalisten, die zusammen eine Denkfabrik bilden. Diese Leute kümmern sich auch um den politischen Nachwuchs der Zukunft. Die Atlantikbrücke hat Young-Leadership-Förderprogramme. Von den Programmen der Atlantikbrücke profitiert haben zum Beispiel: Cem Özdemir von den Grünen oder Julia Klöckner von der CDU. Aber die Atlantikbrücke hat auch Christian Wulff und Silvana Koch-Mehrin gefördert.

Weitere Mitglieder der Atlantikbrücke sind: Goldmann Sachs-Chef Deutschland, Alexander Dibelius und Kanzlerin Angela Merkel, die sich allerdings auch ganz direkt von Alexander Dibelius beraten läßt. Und hier finden wir Robert Rubin. Er war einmal Finanzminister unter Bill Clinton. Wo kam er her? Genau, von Goldman Sachs. Was machte Robert Rubin anschließend? Er beriet Timothy Geithner, den 2012 amtierenden US-Finanzminister. Allerdings war Geithner nur bis Januar 2012 im Amt. Da Geithner selber noch nicht bei Goldmann Sachs war, hatte er wie durch einen Zufall einen ganz engen Mitarbeiter - Mark Patterson.

Wo kam Mark Patterson her? Von Goldman Sachs. Timothy Geithner war im übrigen auch Mitglied der trilateralen Kommission und Mitglied im Council on Foreign Relations. Das Council on Foreign Relations ist eine der mächtigsten Denkfabriken der Welt. Da sitzen 3.000-4.000 wirklich mächtige "Drahtzieher", die in ihren Sitzungen gezielt die Zukunft der Welt gestalten. Wer bezahlt die alle, wo kommt das Geld für das Council her? Unter anderem von Goldman Sachs. Mitglied im Council on Foreign Relations war 2012 auch Henry Paulson. Zuvor war er Finanzminister unter Georg W. Bush.

Und noch davor war er der alleroberste Chef von Goldman Sachs. Paulson war daher sehr gut vernetzt mit E. Gerald Corrigan. Corrigan war Chef der amerikanischen Notenbank. Dieser war anschließend bei Goldman Sachs und zugleich Mitglied des Council on Foreign Relations und ebenso Mitglied der Group of Thirty. Die Group of Thirty ist ein Nobelclub der Finanzelite, dem Corrigan angehört. Und wer ist noch in der Group of Thirty? Mario Draghi.

Auch Mario Draghi war zuvor bei Goldman Sachs. Anschließend wurde er Chef der europäischen Zentralbank, kurz EZB. Ebenfalls bei der EZB war der Würzburger Otmar Issing, ein jahrelanger Chefökonom und Berater von Kanzlerin Merkel. Anschließend beriet Otmar Issing Goldman Sachs. Und deswegen ist Issing vernetzt mit Jean-Claude Trichet - hier, die Verbindung, der Vorgänger von Draghi.

Anschließend saß er in der Group of Thirty und in der trilateralen Kommission. Und deswegen kennt er auch Lucas Papademos und Mario Monti, jeder kennt hier jeden. Und auch Robert Zoellick und diverse andere bekannte politische Persönlichkeiten konnten als Mitglieder

der trilateralen Kommission und der Group of Thirty ausgemacht werden.

Wenn also die Politik derart von der Finanzelite durchgezogen ist, darf sich niemand wundern, wenn die Völker nicht zu ihrem Besten, sondern zum Besten rücksichtsloser Geldspekulanten und Wirtschaftsbosse regiert werden. Angesichts stets neuer, milliardenstarker Einbußen des Volksvermögens durch solche Großspekulanten, kann aus der Sicht des Bürgers nur noch von ständigen kapitalen Großverbrechen geredet werden. Doch welche Instanz setzt solchen Volksschädlingen ein Ende, wenn sich weder Staatsanwaltschaft, noch der Staatsschutz oder ein höheres Gericht dazu bewegen lassen?

Absolute Transparenz muß gesetzt werden! Die Völker haben ein Recht zu wissen, welcher ihrer Politiker in welchem Vorstand sitzt und mit wem er vernetzte Geschäfte treibt. Straftatbestände wie etwa kapitale Großverbrechen, Voreingenommenheit oder hochgradige Interessenkonflikte dürften hier gerade einmal als Spitze eines Eisberges an der Tagesordnung sein.

...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 6. März 2016 (x1.000/...):

>>**Drohende Bargeldabschaffung: ZDF wirbt für die Totalüberwachung per RFID-Chip**

Leider scheinen die warnenden Stimmen der angeblichen Verschwörungstheoretiker einmal mehr Recht zu bekommen: In einem äußerst propagandistischen Beitrag hat das ZDF kürzlich dafür geworben, daß die Zukunft des Zahlungsverkehrs bei implantierbaren RFID-Chips liege. RFID ist die Abkürzung der englischen Bezeichnung "Radio-Frequency Identification", was zu deutsch heißt "Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen".

RFID-Chips sind lediglich millimetergroße Mikrochips, die vorzugsweise unter die Haut der Hand eingepflanzt werden. Auf ihnen können Daten per Funk gespeichert und ausgelesen werden. In Schweden sei bereits ein Pilotprojekt zur bargeldlosen Bezahlung über solche RFID-Chips im Einsatz, schwärmte der Moderator Claus Kleber in der betreffenden Sendung und ließ einen Software-Entwickler unwidersprochen Werbung für die angebliche Sicherheit der RFID-Technologie machen.

Unter anderem behauptete dieser Folgendes: "Wenn man mit Leuten darüber redet, hört man immer wieder, die Regierung könne dann ja sehen, wo man sich befinde, daß man seine persönliche Unabhängigkeit verliere usw. Das sei aber nicht der Fall, denn diese Chips senden keine Signale aus, man braucht ein Lesegerät damit sie funktionieren, sie sind passiv."

Wirklich unabhängige Software-Experten widersprechen solchen Behauptungen vehement. Sollte die Bezahlung per Chip eines Tages tatsächlich zum Standard werden, dann wäre der Standort jedes gechipten Bürgers bei jeder getätigten Bezahlung gerade durch das verwendete Lesegerät sofort nachvollziehbar.

Dadurch ließen sich nicht nur für Geheimdienste, sondern auch für professionelle Hacker und Verbrecher jeder Art, mit einfachsten Mitteln präzise Verhaltensprofile erstellen. Es würde dadurch völlig transparent werden, wer wann und wo einkauft, essen geht, das Kino besucht oder öffentliche Verkehrsmittel nutzt. Dies wäre die Geburt des absolut gläsernen Bürgers. Und leider besteht wenig Grund zur Hoffnung, daß diese Form der totalen Überwachung noch sehr lange auf sich warten läßt.

Denn was der Moderator Claus Kleber freundlich lächelnd ankündigt, steht seit vielen Jahren als fester Plan auf der Agenda globaler Elitenetzwerke. Und genau diesen Elitenetzwerken gehört Claus Kleber an, denn er ist ein Mitglied der sogenannten "Atlantik-Brücke". Dies ist eine Eliteorganisation, die als deutsche Filiale des unwahrscheinlich mächtigen globalistischen Eliteclubs CFR "Council on Foreign Relations" gilt.

Das heißt Folgendes: Der bekannte Hollywood-Produzent, Geschäftsmann und spätere Politikaktivist Aaron Russo, brachte kurz vor seinem Tod ans Licht, welche Ideen Nicholas Rockefeller vertrat, als er ihn zur Mitgliedschaft beim eben genannten CFR (Council on Foreign Relations) bewegen wollte: "Das Ziel der Agenda ist eine Weltregierung zu schaffen und je-

dem Bürger einen RFID-Chip zu implantieren. Alles Geld soll sich nur noch in diesen Chips (d.h. auf dem Konto) befinden.

Es wird kein Bargeld mehr geben. Rockefeller sagte mir direkt, daß sie das erreichen wollen. Das ganze Geld wird in deinem Chip sein. Wenn man anstelle von Bargeld, Geld auf seinem Chip hat, können sie jeden Betrag, wann immer sie wollen entnehmen ... Und wenn man dagegen protestiert, können sie den Chip ausschalten und Du hast nichts mehr. Du kannst kein Essen mehr kaufen, Du kannst nichts mehr tun. Totale Kontrolle über die Bevölkerung. Die wollen eine Weltregierung unter ihrer Kontrolle."

Dies war der Grund, warum sich Russo gegen die Mitgliedschaft beim CFR entschied, dessen Tochtergesellschaft nun über ihr aktives Mitglied Claus Kleber offene RFID-Werbung im deutschen Fernsehen betreibt.

Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, entweder wir erwehren uns dieser Entwicklung mit aller Entschlossenheit, oder die totale Überwachung wird unsere völlige Versklavung an die von Aaron Russo geschilderte Elite bedeuten. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Bundesregierung ahnungslos**

**Rätsel um Drohnen-Relaisstation in Ramstein weiter ungelöst**

Die Bundesregierung hat noch immer keine Ahnung, ob die USA von deutschem Boden aus ihren Drohnenkrieg führen. Das ist die Quintessenz der Aussage von Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor dem NSA-Untersuchungsausschuß.

Trotz intensiver Gespräche mit der US-Regierung habe man "bisher keine abschließende Antwort" auf die Frage erhalten, ob der US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein dafür als Relaisstation dient, so Steinmeier. Er sehe aber keinen Anlaß, den Angaben von US-Präsident Barack Obama zu mißtrauen, von deutschem Boden aus würden Drohnen weder gestartet noch gesteuert.

Obamas Angaben sind indes durch die Aussage des ehemaligen US-Drohnenpiloten Brandon Bryant erschüttert, der dem Ausschuß berichtet hatte, daß allein die Relaisstation in Ramstein den Einsatz über Afrika wie über dem Mittleren Osten überhaupt erst ermögliche.

Der Verdacht, Deutschland könnte in den Drohnenkrieg verwickelt sein, bezieht sich auch auf das US-Zentralkommando für Afrika (Africom) in Stuttgart. Es wird vermutet, daß die Flüge von dort aus befehligt werden. Laut Steinmeier allerdings muß mit Obamas Antwort auch der Verdacht gegen Africom als ausgeräumt gelten. Dessen Ansiedlung im Jahre 2007 hält er für richtig, weil damit die US-Präsenz in Deutschland gestärkt worden sei. Zum anderen hätten die USA damit ihr fortdauerndes Interesse am afrikanischen Kontinent bekräftigt. Welchen Nutzen Deutschland davon konkret hat, sagte Steinmeier nicht.

Weiter betonte der Außenminister, Deutschland, das selbst an Militäreinsätzen beteiligt sei, habe keinen Anlaß, "über die Amerikaner zu Gericht" zu sitzen. Vielmehr habe es "ein herausragendes Interesse, mit den Amerikanern gemeinsam Politik zu machen für die Beruhigung von Konflikten, die uns im Augenblick vor Augen liegen, und die keinen Aufschub dulden". Dies sei wichtiger "als alle Irritationen". Was wohl heißen soll, daß die Bundesregierung das Drohnen-Thema zu den Akten gelegt hat. J. H.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 2. April 2016 (x1.106/...):

>>**Globale Planung der Massenmigration**

Daß die Machteliten im Rahmen einer "Neuen Weltordnung" eine Weltregierung, eine "global governance", anstreben, wird inzwischen vielfach so offen ausgesprochen, auch von deutschen Politikern wie Merkel und Schäuble z.B., daß man sich schon gar nicht mehr dem Vorwurf eines "Verschwörungstheoretikers" aussetzen kann, wenn man darauf hinweist. Das ist natürlich nur durch die Entmachtung der Nationalstaaten, die sukzessive Übertragung ihrer Souveränitätsrechte auf übernationale Organisationen wie die UNO, NATO, IWF, EU usw. zu

erreichen. Sie ist ja auch kontinuierlich im Gange (siehe die Schilderung in: Die EU als Vorstufe).

Aber Kraft und Widerstandspotential der Staaten sind wesentlich in den Nationen, den Völkern und ihren spezifischen Kulturen begründet, in denen die Menschen weitgehend ihre seelische Verankerung finden. Für einen Globalisierer muß daher neben die politische Entmachtung und Aushöhlung der Nationalstaaten als zweites Ziel die Auflösung der Völker treten, die sie umfassen. Nur eine "enthomogenisierte", durchmischte Bevölkerung, in der sich keine innere Gemeinsamkeit einer Fremdsteuerung widersetzen kann, ist leicht zentral lenkbar.

Eine Durchmischung geschieht in der Regel nicht freiwillig. Sie kann nur von außen durch erzwungene Flüchtlings- und Massenmigrationsströme herbeigeführt werden, gegen die sich die Völker aus Gründen des geschaffenen internationalen Rechts, der Humanität und auch wegen der teilweisen Komplizenschaft der eigenen Regierung nur schwer wehren können.

### **Intentionen in der europäischen Zentralisierungsbewegung**

Einer der maßgeblichen Vorantreiber der europäischen Integration und Planer eines europäischen Bundesstaates, in dem die Nationalstaaten aufgehen sollen, der österreichische Freimaurer Richard Graf Coudenhove-Kalergi. (1894-1972), prophezeite schon 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus" die Durchmischung der Rassen und Völker. Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus", wie er die bestehende Scheindemokratie nannte, durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, der eine "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" beherrschen werde:

"Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen." (S. 22, 23)

Diese Idee Coudenhove-Kalergis muß in den Köpfen der hinter der EU stehenden Eliten immer eine treibende Rolle spielen. Sie wird natürlich primär mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. So meldete der britische "The Daily Express" in seiner Ausgabe vom 11. Oktober 2008, daß nach einem Geheimplan der Brüsseler Ökonomen die EU in den nächsten Jahrzehnten 56 Millionen Immigranten aus Afrika nach Europa holen wolle. Sie würden als Arbeiter in der europäischen Wirtschaft, aber auch benötigt, um dem demografischen Niedergang Europas aufgrund dessen niedriger Geburtenquote entgegenzusteuern.

Der EU-Kommissar für Migration Dimitris Avramopoulos erklärte gar nach einem Bericht der Salzburger Nachrichten vom 3.12.2015, wegen der Vergreisung Europas seien "in den nächsten zwei Jahrzehnten mehr als 70 Millionen Migranten nötig." 1a (Ergänzt am 18.4.2016)

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", forderte in einer Rede während des sog. "Grundrechte-Kolloquiums der EU" im Oktober 2015 die Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität (Vielfalt)" bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen.

Die Zukunft der Menschheit beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte.

Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Vielfalt zu akzeptieren habe, sonst stelle man den Frieden in Europa in Frage. Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."



1b (Ergänzt am 6.5.2016)

Auf derselben Linie äußerte sich einer der einflußreichsten globalen Strategen innerhalb der EU und darüber hinaus, der Ire Peter Sutherland (geb. 25.4.1946). Nach mehreren Jahren als Generalstaatsanwalt in Irland "war er in der Kommission Delors I von 1985 bis 1986 Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und von 1985 bis 1989 Kommissar für Wettbewerb" (Wikipedia). Er ist also ein führender Insider in der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er intensiv mit den kapitalistischen Weltwirtschafts-Interessen verbunden:

Er ist Mitglied des "European Round Table", einer Lobbyorganisation der 50 größten multinationalen Konzerne, führte jahrelang die GATT-Verhandlungen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), das Zölle und sogenannte Handelshemmnisse abbaute; er führte und gestaltete lange die Welthandelsorganisation (WTO), war ihr 1. Generaldirektor, Ehrentitel "Vater der Globalisierung"; er war von 1995 bis 2015 Aufsichtsratsvorsitzender (Chairman) der Investmentbank Goldman Sachs; er saß unter anderem als Chairman bei BP (1997 bis 2009), ABB und der Royal Bank of Scotland, er ist Ehrenpräsident des Transatlantic Policy Network (TPN), welche TTIP (Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft) initiierte und gehört der von David Rockefeller gegründeten "Trilateralen Kommission" an.

Friederike Beck, die intensiv über ihn recherchiert hat, schreibt: "Er ist wild entschlossen, den Europäern ihre nationale Souveränität und den "lästigen, prähistorischen" Nationalstaat auszutreiben und als das Böse schlechthin zu brandmarken. Sutherland: 'Die Gründungsväter der Europäischen Union - das Hauptargument, welches sie von Anfang an antrieb, war ein Angriff auf das, was sie gemeinsam als das Böse der nationalen Souveränität ansahen.'" Bei einer Anhörung vor dem House of Lords, im Juni 2012, sagte er:

"Eine schrumpfende Bevölkerung, eine alternde Bevölkerung ist destruktiv für den Wohlstand, lassen wir den moralischen Aspekt hier beiseite. ... Also die Demographie ist ein Hauptargument dieser Debatte, das Hauptargument für - und ich zögere das Wort zu gebrauchen, denn die Leute haben es angegriffen - die Entwicklung multikultureller Staaten. Es ist unmöglich zu glauben, daß der Grad der Homogenität, von dem andere Argumente ausgehen, überleben kann, denn Staaten müssen offener werden, was die Menschen, die sie bewohnen, angeht, ebenso wie Großbritannien es gezeigt hat. ...

Die EU hat geholfen bei Papieren, mit Ideen, mit Diskussionen innerhalb der kleinen Gruppe, die versuchte, die Sache am Laufen zu halten, um es so auszudrücken, ähm, sie haben es jetzt angekündigt, und sie haben in der Vergangenheit finanzielle Unterstützung bereitgestellt, und ich denke, daß sie noch viel mehr bereitstellen werden ... Also ich denke, die Kommission hat eine große Rolle dabei gespielt, bei der intellektuellen Schöpfung einiger dieser Ideen."

Auf den Hinweis, Daten, die von der OECD kommen, wiesen darauf hin, daß die Beschäftigungsrate von Migranten in ganz Europa niedriger sei als in den Vereinigten Staaten, antwortete Sutherland:

"Das hat mit der Tatsache zu tun, daß die Vereinigten Staaten oder Australien und Neuseeland Migrantengesellschaften sind. Daher sind sie eher bereit, jene mit anderem Hintergrund zu beherbergen als wir selbst dies tun, die wir immer noch einen Sinn für unsere Homogenität und Unterschiedlichkeit gegenüber anderen hegen, was genau das ist, was zu unterminieren die Europäische Union meiner Meinung nach ihr Bestes tun sollte."

Schon der frühere britische Premierminister Tony Blair verfolgte in seiner Amtszeit (1997 - 2007) nach einer neuen Blair-Biographie "Gebrochene Versprechen: Tony Blair - Die Tragödie der Macht" einen geheimen Plan, Millionen Migranten nach Großbritannien zu schleusen. "Laut der Daily Mail, die eine Serie von Vorabdrucken aus dem Werk veröffentlichte, legt das Buch offen, 'wie der Premierminister eine stille Verschwörung anführte, um das Gesicht des Vereinigten Königreichs für immer zu verändern'.

Das Buch ´enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, Zehntausende von Asylbewerbern in das Vereinigte Königreich durchzuwinken´, so die Daily Mail. Die Kontrolle der Grenzen habe die Blair-Regierung dagegen nicht als ihre Aufgabe angesehen. Das Hauptziel sei gewesen, dem Land die 'Vorteile einer multikulturellen Gesellschaft vor Augen zu führen'."

Nicolas Sarkozy, Präsident des EU-Staates Frankreich von 2007 bis 2012, bemühte erst gar nicht den Vorwand wirtschaftlicher Gründe, sondern sagte am 17. Dezember 2008 in Palaiseau, einem Stadtteil von Paris unmittelbar:

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung!!! Es ist zwingend!!! Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen, ... deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!!!"

### **Freimaurerlogen**

Sarkozy wird gelegentlich als Freimaurer bezeichnet, was allerdings trotz vieler Anhaltspunkte nicht nachgewiesen ist. Doch hat er eine unbestreitbare Nähe zu vielen Mitgliedern der okkulten Loge des Grande Orient, deren starker Einfluß auf die Politik Frankreichs in den letzten Jahrhunderten allgemein bekannt ist.

So wurden 2012 in Sarkozys Wahlkampfentourage 13 Freimaurer gezählt, einschließlich Wirtschaftsminister François Baroin, Arbeitsminister Xavier Bertrand, Verteidigungsminister Gérard Longuet, Innenminister Claude Guéant, Justizminister Michel Mercier, Sportminister David Douillet, den Minister für die Beziehungen zum Parlament Patrick Ollier, den Minister für die internationale Zusammenarbeit Henri de Raincourt und Bildungsminister Luc Chatel. Sarkozy selbst ist eng mit Alain Bauer verbunden, der Großmeister des Grande Orient von Frankreich war.

Es ist bemerkenswert, daß 28 Freimaurerlogen Europas von der Türkei bis Portugal, von Italien bis Irland und Polen in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 7.9.2015 offene Grenzen für unbeschränkte Zuwanderung fordern und damit eine Übereinstimmung mit den offiziellen Strategien der EU und der Regierungen der meisten Mitgliedstaaten offenbaren. Eine Deckungsgleichheit, wie sie offiziell in diesem Ausmaß zwischen Freimaurerei und politischen Entscheidungsträgern selten so offen zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Überflutung der europäischen Völker und ihre Durchmischung muß für ihre Ziele eine außerordentliche Bedeutung und Wichtigkeit haben.

### **Die Vereinten Nationen**

Das Netzwerk der treibenden Eliten ist natürlich nicht auf Europa beschränkt, es ist global. Bereits 2001 forderte die Bevölkerungsabteilung der UN (UN Population Division) in einem erst kürzlich bekannt gewordenen UN-Bericht "Replacement Migration (St/ESA/SER A./206) für die EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien einen Zustrom von Migranten aus Nahost und Nordafrika, um bei der Alterung der Gesellschaft Wirtschaftswachstum zu erzielen. Für Deutschland wird die Öffnung für 11,4 Millionen Migranten verlangt, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen ("rise to social tensions") führen werde.

Da trifft es sich, daß der uns schon bekannte Peter Sutherland von Kofi Anan zum "Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für Internationale Migration" ernannt wurde, der er bis heute ist. Das "Global Forum on Migration and Development" der UN, dem er vorsteht, gibt ihm die Möglichkeit, politische Entscheidungsträger und hochrangige politische Praktiker der UN-Mitgliedstaaten, sowie Nicht-Regierungs-Organisationen, also auch solche der Asyl-Industrie, Experten und Migrantenorganisationen zu versammeln und mit ihnen die praktischen Heraus-

forderungen und Chancen der Migrationsentwicklung zu besprechen.

In einem Interview für das News Centre der UNO sagte er zur aktuellen Flüchtlingskrise am 2.10.2015:

"Wir sind in Europa in der Lage, dieses Problem zu handhaben. Wir haben 29 Prozent des globalen Wohlstands. Wir haben eine riesige Bevölkerung. Wir haben in der Tat demographische Probleme, die uns abverlangen, mehr, nicht weniger Migranten hereinzubringen, um die Lücken in unserem Wirtschaftssystem zu füllen. ... wenn Sie Deutschland als Beispiel nehmen, - Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate der Welt. Die niedrigste Geburtenrate der Welt erfordert es, daß eventuell über eine Million Einwanderer pro Jahr über die nächsten 30 Jahre hinweg herkommen, um eine Situation zu erhalten, in der man dieselbe Anzahl Rentner gegenüber der von Arbeitern in 30 Jahren hat. ...

Ich werde die Regierungen darum bitten, zu kooperieren und anzuerkennen, daß Souveränität eine Illusion ist - daß Souveränität eine absolute Illusion ist, die wir hinter uns lassen müssen. Die Tage, als man sich hinter Grenzen und Zäunen verstecken konnte, sind lange vorbei. Wir müssen zusammenarbeiten und kooperieren, um eine besserer Welt zu erschaffen. Und das bedeutet, einige dieser alten Schibboleths (hebräisch: Getreideähre, bedeutet abgedroschene Konvention, Anm.) abzuschaffen, einige alte historische Erinnerungen und Bilder unseres eigenen Landes abzuschaffen und anzuerkennen, daß wir alle Teil der Menschheit sind."

### **US-Think-Tanks**

Natürlich spielt die US-Elite in diesem globalen Netzwerk eine wesentliche Rolle. Unter ihnen trat bisher besonders Thomas B. M. Barnett hervor. Er ist Absolvent der Harvard Universität und war von 1998 bis 2004 Militärstrategie-Forscher und Professor am U.S. Naval War College, der Seekriegsakademie der US-Marine, in Newport, Rhode Island.

Unter dem Kriegsminister Donald Rumsfeld war der mittlerweile zu Ruhm gekommene Militärstrategie als Mitarbeiter im Pentagon tätig. Seine Bücher: *The Pentagon's New Map* (2004), *Blueprint for Action* (2005), *Great Powers: America and the World after Bush* (2009) wurden in den USA Bestseller. Alle drei konnten (durften?) bislang nicht ins Deutsche übersetzt werden. Thomas Mehner, der die ersten beiden gelesen hat, resümierte am 24.1.2008:

"Er ist Verfechter eines weltweit agierenden US-Kapitalismus, der gern als Neue Weltordnung bezeichnet wird. Er bezeichnet die Globalisierung als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten, was dazu führt, daß Nationen und die in ihnen stattfindenden wirtschaftliche Prozesse wie auch der einzelne Mensch nicht mehr selbstbestimmt agieren, sondern nur noch durch Einflüsse von außen gesteuert werden, ja sich, was die Nationen anbetrifft, letztlich auflösen.

Um den Frieden in der Welt zu erhalten, so Barnett, sei es notwendig, das reibungslose Funktionieren von vier sogenannten 'Strömen' sicherzustellen, die da sind: 1) Einwanderer, 2) Kredite, Investitionen, 3) Energie (hauptsächlich in Form von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl) und 4) Militärmacht und Sicherheitskräfte.' ...

Er behauptet, daß, wer sich gegen Rassendurchmischung und multikulturelle Systeme wendet, unmoralisch und nicht zeitgemäß handle. Und all jenen, die Widerstand gegen die Globalisierung leisten, will er den Garaus machen. In *Blueprint for Action* schreibt er auf Seite 282 wörtlich: "... So yes, I do account for nonrational actors in my worldwiew. And when they threaten violence against global order, I say: Kill them." Ja, Sie haben richtig gelesen: Wer sich gegen die globale Ordnung zur Wehr setzt, soll nach Barnett getötet werden!"

(Das bisher hier von *dokuhouse.de* gebrachte Zitat über eine Mischrasse mit dem IQ von 90 ließ sich nicht zuverlässig verifizieren und wird von Thomas B. M. Barnett auf seiner Webseite auch bestritten. Ich habe es daher wieder gelöscht. hl. 7.4.2016)

Der einflußreichste US-Think-Tank auf die amerikanische Politik ist der "Council on Foreign Relations", in den offenbar auch der Tausendsassa Peter Sutherland aus- und eingeht. Am 30. September 2015 war er zu einer Arbeit am Thema "Eine globale Antwort auf die Flüchtlings-

krise im Mittelmeerraum" geladen, zu dem weitere Teilnehmer aus der Think-Tank-Szene, den Medien, der Wissenschaft, der Nichtregierungsorganisationen und Politik anwesend waren.

Ebenfalls Vortragender war William Swing, der Generaldirektor der "International Organization for Migration". Den Vorsitz führte George Rupp, emeritierter Professor der Columbia University und ehemaliger Direktor der "Internationalen Hilfsorganisation für Flüchtlinge".

"William Swing: 'Peter, sie gründeten die WTO. Und zwar wegen des freien Verkehrs von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Wodurch passiert das? Durch Menschen!

Es gibt aber noch keine freie Bewegung von Menschen! Und das ist das Element, worüber Sie sprechen, was tatsächlich noch fehlt. ...' (Es geht also nicht um Humanität, sondern um die freie Verfügbarkeit des Arbeiters.) 'Migration in großem Ausmaß ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert. ... Als Erstes müssen wir das öffentliche Narrativ über Migration ändern. Jetzt ist es toxisch. Es ist giftig. Migration hat einen schlechten Namen. ... Die Menschen haben Ängste. ... wir müssen ihnen erzählen, daß sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben!' ...

Peter Sutherland: 'Ich glaube, es gibt eine große Anzahl von Beweisen über den ausnahmslos positiven Beitrag von Migranten in der ganzen Welt und auch Europa. Migranten haben niedrigere Arbeitslosenzahlen. ... Sie haben ein höheres Innovationsniveau und einen größeren Appetit nach Ausbildung. Das sind (nicht stimmende) Fakten, die nach außen getragen werden müssen. ... Jeder Idiot, der (die Tweets auf Twitter) liest oder Nicht-Idiot, der sie liest, der daherkommt und mir sagt, daß ich dazu entschlossen wäre, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt nochmal absolut recht! ("dead bloody right") Genau das habe ich vor! (Applaus, Gelächter)."

### **Bilderberger**

Es wäre ein Wunder, wenn die Migrationsströme nicht als wichtiges Anliegen auf der Tagesordnung der Bilderberger, dem globalen richtungsweisenden Forum der Weltelite, auftauchen würden. Diese tagen jährlich mehrere Tage hinter verschlossenen Türen, von der Presse sind nur schweigepflichtige Insider zugelassen.

Doch manchmal spielen Zufälle Inhaltliches nach außen. Der *Julius-Hensel-Blog* berichtete am 21.6.2013, daß 2012 von einem verdeckt recherchierenden Journalisten aus einem der Müllcontainer des hermetisch abgeriegelten Tagungs-Areals im amerikanischen Chantilly, Virginia, "ein Manuskript, bzw. das Teilstück eines Rohentwurfs zu einer Rede gefischt" worden sein soll. "Eine Abphotographie ist WikiLeaks zugespielt worden, etwas später tauchte das Fragment im Internet auf. Man sieht, daß das Dokument ursprünglich zerrissen war und per Klebestreifen wieder zusammengefügt wurde, bevor man es abfotografierte." Das Thema wird in den Zusammenhang der Schwächung Deutschlands gestellt:

"... Ein regierbares, geeinigtes Europa ist jedoch nicht möglich, wenn das eine Land reich, das andere Land arm ist. Da sich flächendeckender Reichtum und Wohlstand aus den unterschiedlichsten Gründen und Gegebenheiten nicht in jedem europäischen Land entwickeln lassen, und dies auch gar nicht in unserem Interesse liegen kann, ist eine schnellstmögliche Angleichung durch Herabstufung kapitalreicher, wirtschaftsgesunder Länder an ärmere Länder unbedingst anzustreben.

Diese Herabstufung werden wir durch Maßnahmen erreichen, indem wir intakte Länder, und hier denke ich in erster Linie an Deutschland, einbinden werden, die Verschuldung anderer Länder zu tragen und deren Defizite auszugleichen. Eine fortschreitende Schwächung wäre somit gewährleistet und erhielte (in Anerkennung der Notwendigkeit von Rettungsschirmen) durchaus ihre offizielle Legitimation.

Die Wichtigkeit einer Verschuldung Deutschlands - und zwar über Generationen hinaus - muß keiner wirtschaftspolitischen Beurteilung standhalten, sondern als gesellschaftspolitische

Notwendigkeit verstanden werden. So ist es auch der Bevölkerung zu vermitteln, denn ansonsten werden wir früher als erwartet auf Widerstand stoßen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist zum jetzigen Zeitpunkt (noch) notwendig.

Da es den Prozeß der notwendigen Schwächung Deutschlands mit unterstützenden Maßnahmen zu beschleunigen gilt, möchten wir zeitgleich die Möglichkeit jedweder Einwanderung anregen und unterstützen. Und zwar massivst. Hier wird es auch in den nächsten Jahren wichtig sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich uns bieten. Das Land mit Zuwanderung zu fluten, sollte von allen als notwendig verstanden werden. Die deutsche Regierung ist aufgefordert, die Umsetzung ihres Auftrags (entsprechend der Vorjahre) auch weiterhin, nach Kräften, zu verfolgen.

Protest und Aufbegehren wird, wenn es denn überhaupt in größerem Maße dazu kommen sollte, nur aus dem rechten Lager erwartet. Diesem wird sich die breite Masse nicht anschließen - das Risiko gesellschaftlicher Ächtung wäre (dank jahrzehntelanger erfolgreicher Erziehungsarbeit) einfach zu hoch. Wenn sich die Hinweise auf religiös-militante Ausschreitungen muslimischer Migranten auch häufen, es sei angemerkt, daß diese uns doch viel mehr nützen als schaden.

Trägt ihr Einfluß nicht dazu bei, den Identitätsverlust der Deutschen zu beschleunigen? Entsteht nicht dadurch ein weitaus gemäßigteres Volk, als wie es uns in der Vergangenheit die Stirn bot? Halten wir uns noch einmal vor Augen, worum es uns letztendlich geht: Wir möchten bis zum Jahre 2018 ..."

Nun ist die Echtheit des Dokuments nicht gesichert und der Autor unbekannt. (Auch hat eine Überprüfung inzwischen ergeben, daß das Papier bei WikiLeaks nicht existiert. 7.4.2016 hl.) Doch der möglicherweise fiktive Inhalt bringt gut auf den Punkt, was in Bezug auf Deutschland tatsächlich vor sich geht.

Und schließlich ist der "Vater der Globalisierung" Peter Sutherland, dessen Intentionen wir kennen gelernt haben, regelmäßiges Mitglied der Bilderberger-Konferenzen und war auch 2012 dabei; er gehört sogar dem achtköpfigen Bilderberger-Lenkungsausschuß an, in dem übrigens auch stets zwei Mitglieder aus Deutschland sitzen, "von denen einer für Finanzen, der andere für die Auswahl der Themen und der Redner verantwortlich ist. Diesen Posten hatte lange der Chefredakteur der Zeit Theo Sommer inne; ihm folgte zunächst Christoph Bertam, danach Matthias Naß, beide ebenfalls Redaktionsmitglieder der Zeit." (Wikipedia)

Ein merkwürdiges globales Netzwerk, in das die internationalen "Eliten" der Freimaurerlogen, Parteien, Regierungen, Medien, transnationalen Organisationen und Denkfabriken eingegliedert sind, strickt, neben der Entmachtung der Nationalstaaten, an einer totalen Umwandlung der Bevölkerungszusammensetzung, insbesondere Europas, um einer Weltregierung, d.h. der Weltherrschaft einer kleinen Clique, den Weg zu bereiten.<<

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis ...**

**"Moscheen sind unsere Kasernen"**

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit

dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>Krieg und Frieden

Zum Erscheinen des Buches "**Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae**"

**"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"**

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

**"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"**

*Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?*

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willensloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

**"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"**

*Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?*

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege.

Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

**"Wir sind verrückt geworden"**

*Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?*

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht

dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

*Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?*

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

### **"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"**

*Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?*

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

### **"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"**

*Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?*

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Bananensenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Mai 2016 (x892/...): >>"Monokulturelle Staaten ausradieren!"

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen.

Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszusradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit

werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-Entschießung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behauptete, sei engstirnig.

Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. Mai 2016: >>**Das große Finale steht noch bevor**

Die Tatsache, daß sich derzeit nun auch in Deutschland wahrnehmbarer Protest gegen die Masseneinwanderung und die damit einhergehende Beschädigung von Rechtsstaat und Demokratie bildet, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch Befürworter der angestrebten "Vielfalt-Gesellschaft" gibt. Angela Merkel könnte niemals einsame Entscheidungen im Elfenbeinturm treffen. Wie stets ist sich die Taktikerin einer breiten Unterstützung in Medien, Kirchen, Politikerkaste, Gewerkschaften, Sozialverbänden und auch großen Teilen der Bevölkerung sicher. Auch mit ihrem Abgang hätte sich das Problem also nicht aufgelöst.

Die Ursachen für die Unterstützung der Einwanderungspolitik sind unterschiedlich. So hoffen radikale Linke auf eine Destabilisierung des verhaßten Staates und Wirtschaftssystems, auf neuen Klassenkampf und eine große Umverteilung zugunsten der Armen der Welt. Andere kochen ihre islamischen Strategie-Süppchen. Pragmatiker der Betreuungsindustrie und des Hotelgewerbes sehen Jobs und Einnahmemöglichkeiten für sich selbst. Ähnlich profitorientiert dürften einige Wirtschaftskapitäne ticken. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

### **Ausleben altruistischer Emotionen**

Bei vielen Bürgern, vor allem kirchlich engagierten, dürfte hingegen das Ausleben altruistischer Emotionen eine große Rolle spielen. Zwischen Konsum und Tagesfreizeit gähnt in der liberalen Gesellschaft das große Loch der Sinnleere. Der Wunsch, die eigene Existenz mit Sinn zu füllen, wird durch diverse Hobbys gefüllt. Auch "Mitmenschlichkeit" hat das Ding zum Hobby-Motor für allerlei Freizeitaktivitäten. Man kann Einwanderer mit Spielzeug versorgen, in Suppenküchen den Kochlöffel schwingen, Altkleider sammeln, Deutschkurse geben, Musizieren, Ausflüge gestalten.

Das Feld der selbstgestellten Aufgaben ist riesig, gerade für ältere alleinstehende Frauen oder gut situierte Rentner der 68er Generation, die soziales Engagement zeigen, aber nicht vor dem Fernseher oder auf Karibik-Kreuzfahrten verdämmern wollen. Die christliche Wurzel dieses Altruismus ist nicht zu übersehen. So forderte jüngst der Philosophie-Professor Stephan Gosepath von der Freien Universität Berlin, daß die Deutschen die Pflicht hätten, ihr persönliches Lebensglück im Zweifelsfall für Flüchtlinge zu opfern. Wie bei den Bettelmönchen des Mittelalters dient so die Entsagung der Reinwaschung der Seele von materiellen Verlockungen.



Das Gedankengebäude dieser Leute ist tendenziell dualistisch. Der "Flüchtling" wird zum verhätschelten und entmündigten "Ersatz-Baby", das mit großen Kulleraugen die liebe weiße Mami anschaut und für deren Einsatz in Zukunft nur Dankbarkeit zeigen wird. Böses kann allenfalls vom "rassistischen" Deutschen ausgehen, nicht aber vom freudig empfangenen "Refugee" ("Flüchtlinge"). Um so heftiger bricht in dieses Weltbild bisweilen die Wirklichkeit ein, sofern man nicht Strategien zur Verdrängung entwickelt hat.

### **"Besonderes deutsches Schuldgefühl"**

So berichtete der "Kaarster Stadtspiegel" von den Reaktionen junger Frauen, nachdem ihre Freundin von einem Schwarzafrikaner vergewaltigt worden war: "Die Herkunft der Männer mag ich gar nicht aussprechen, da ich die letzten Monate sehr reflektiert versucht habe, mein Denken und meine Grundeinstellung nicht durch die aktuellen Vorkommnisse verbiegen zu lassen.

Jetzt fällt mir einfach nichts mehr ein und ich weiß überhaupt nicht, wie ich damit umgehen soll", sagt die durchaus linksorientierte Freundin, die auch nach den Silvester-Übergriffen in Köln und Düsseldorf noch eine Pauschalverurteilung der Nordafrikaner abgelehnt hatte und auch schon mal das Wort 'Nazi' in den Mund nahm. Als Punkerin, Hippie und Musik-Aktivistin hat sie immer 'gegen Rechts' gekämpft. Jetzt sei ihr Weltbild zerstört.

Es gibt aber noch eine weitere, nicht unbedeutende tiefenpsychologische Ebene. Auch hier zeigt sich ein säkularisiertes und verbogenes Abfallprodukt des Christentums: Der aus einer masochistischen Lust gespeiste Schuld kult. Durch harte Selbstkasteiung versucht man sich die eigene Verderbtheit auszutreiben. Ein Beispiel dokumentierte nun die dänische Schriftstellerin Janne Teller in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine".

Teller behauptete, daß die deutsche Antwort auf die Flüchtlingskrise "weitaus humaner ist als im restlichen Europa". Dieses deutsche Denken habe sich aus der Verarbeitung der NS-Zeit entwickelt, dem "tiefen Verständnis für die Lasten, die inhumanes Handeln eines Landes zukünftigen Generationen aufbürdet". Das moderne Deutschland sei tief durch "dieses besondere deutsche Schuldgefühl samt dem zugehörigen Bedürfnis nach Sühne" geprägt: "Überall Gedenkveranstaltungen, Gedenkausstellungen und Mahnmale".

### **Wunsch nach Wiedergutmachung**

Kaum eine politische Entscheidung würde in Deutschland getroffen, ohne daß eine Verbindung zur besonderen Verantwortung des Landes hergestellt werde. Zwar hätten ehemalige Kolonialmächte wie Belgien, Frankreich und England auch "für einiges an grauenhafter Geschichte zu sühnen", indes spüre man davon aber real in diesen Ländern nichts.

Nach 70 Jahren stelle sich nun die Frage, "wozu denn all diese fortgesetzte Schuld, Sühne und Rechenschaft gut sei. Die Antwort hat uns die Flüchtlingskrise gegeben". So sei bemerkenswert, daß sich die deutsche Regierung ständig "bemüht, die Bevölkerung von aufhetzender Rhetorik fernzuhalten" und "ihren Worten auch Taten folgen zu lassen". Dies seien die humanen Lehren aus Holocaust und Weltkrieg.

Schon seit den achtziger Jahren dient in deutschen linken Kreisen der "Ausländer" oder "Türke" als Projektionsfläche eines "neuen Juden", den man nun endlich gegen Übergriffe des ewig "rassistischen" Deutschen zu schützen in der Lage sei. Die Einwanderungskrise ermöglicht es, die lange gesäte und gepflegte Frucht dieser Vergangenheitsbewältigung zu ernten. Der Gedenkstättenbau und die dazugehörige Erziehung sind abgeschlossen. Nun steht der letzte Akt, das große Finale, bevor.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/8366" berichtete am 28. Mai 2016 (x1.138/...): >>"Besetztes" Deutschland - warum Deutschlands Souveränität eingeschränkt ist

In Deutschland herrscht eine heftige Kontroverse darüber, ob Deutschland ein souveräner Staat ist und inwiefern seine Außenpolitik auch heute noch von den USA diktiert ist. Wegen

der bis heute andauernden ausländischen Militärpräsenz heißt es oft, Deutschland sei faktisch "noch immer besetzt".

Zur Erinnerung: Nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1945 war Deutschland von Millionen Soldaten der Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion besetzt. In einem "Besatzungsstatut" vom 10. April 1949 wurden die rechtlichen Schranken festgelegt, die der staatlichen Souveränität der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland gesetzt waren.

Die Pariser Verträge von 1954, die 1955 in Kraft traten, beendeten das Besatzungsstatut und verliehen der Bundesrepublik die sogenannte "innere Souveränität", die durch alliierte Vorbehaltsrechte eingeschränkt war. Neben dem Recht auf die Stationierung von Streitkräften existierten aber noch weitere Vorbehalte.

Der am 15. März 1991 in Kraft getretene Zwei-plus-Vier-Vertrag machte den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei. Der als Souveränitätsvertrag bezeichnete Vertrag regelt die außenpolitischen Aspekte wie auch die sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sollte die vollständige Souveränität Deutschlands regeln, da ein gesonderter Friedensvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abgeschlossen wurde. Der Vertrag wurde zwar hinsichtlich seiner Wirkung als Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges behandelt, jedoch ausdrücklich nicht als Friedensvertrag bezeichnet.

Obwohl der Zwei-plus-Vier-Vertrag die volle innere und äußere Souveränität des vereinigten Deutschlands herstellen sollte, blieb die ausländische Militärpräsenz bis auf den heutigen Tag bestehen.

Warum dem so ist und warum die Souveränität Deutschlands weiterhin eingeschränkt bleibt, erklärte der russische Historiker Alexei Fenenko gegenüber dem russischen Radiosender Vesti FM im Mai 2016.

Fenenko zählt fünf Einschränkungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages auf. Diese lassen auf eine tatsächliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA rückschließen und erklären manche außenpolitische Entscheidung der deutschen Regierung, z.B. daß Deutschland bei den Rußland-Sanktion mitmachen mußte. Sehen Sie nun das gut achtminütige Interview mit Alexei Fenenko und im Anschluß einen kurzen Überblick über die US-amerikanische Militärpräsenz in Deutschland.

Radiosender Vesti FM, Moskau, Mai 2016: Wir haben jetzt 16:34 Uhr in Moskau, ich möchte die Zuhörer noch einmal daran erinnern, daß wir heute in der Sendung Alexej Fenenko zu Gast haben. Alexej Fenenko ist Historiker, Experte für Amerikanistik, Dozent an der Moskauer Staatsuniversität MGU, hat einen Dokortitel in Geschichtswissenschaft So, jetzt haben wir einige Themen der Vergangenheit besprochen, man kann natürlich in dieser Sendung die Themen nicht ausführlich beleuchten. ...

*Radiosender Vesti FM:* Was mich jetzt aber noch interessieren würde, wenn wir eine Brücke aus der Vergangenheit in die Gegenwart schlagen, denn, heutzutage haben solche Länder aus dem 2. Weltkrieg wie Japan und Deutschland immer noch keine vollständige Staatssouveränität als Direktfolge des 2. Weltkriegs.

*Alexei Fenenko:* Das ist wahr. Und diese Staaten sind in Wirklichkeit abhängig von den USA. Es gibt eine ganze Reihe von Gerüchten zu diesem Thema, wie z.B. (die) berühmte "Kanzlerakte" und anderes.

*Radiosender Vesti FM:* Zu Deutschland, was können wir zu Deutschland in diesem Zusammenhang sagen, was sind die Gerüchte und was sind felsenfeste Fakten in Bezug auf Deutschland? Bleibt die Souveränität Deutschlands weiterhin eingeschränkt...?

*Alexei Fenenko:* Ja, sie bleibt eingeschränkt, mehr noch, einen Friedensvertrag mit Deutsch-

land gibt es immer noch nicht ...

*Radiosender Vesti FM:* Wer hat keinen Friedensvertrag mit Deutschland?

*Alexei Fenenko:* Alle. Alle Hauptalliierten haben immer noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Auf diese Geschichte werde ich jetzt näher eingehen.

In der Potsdamer Konferenz 1945 haben sich die Alliierten auf eine einheitliche Lösungsformel in Bezug auf das besiegte Deutschland geeinigt. Es sind vier "D" - Demilitarisierung, Demokratisierung, Denazifizierung und Demonopolisierung. Diese Vereinbarung zwischen den Alliierten sollte die Grundlage des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland werden.

Danach fand die Pariser Konferenz 1947 statt, wo jedoch der Friedensvertrag mit Deutschland von den Alliierten nicht unterzeichnet worden war. In dieser Konferenz haben die Alliierten die Friedensverträge mit ehemaligen Verbündeten Deutschlands unterzeichnet - mit Finnland, Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ist damals 1947 fehlgeschlagen. Seit diesem Moment waren die Alliierten in Bezug auf Deutschland untereinander nicht mehr einig.

Das heißt, im Grunde genommen war damals die Vereinbarung von Potsdam 1945 außer Kraft gesetzt bzw. gebrochen.

1952 unterzeichnen die West-Alliierten in Bonn den sogenannten "Deutschlandvertrag", womit die Souveränität der BRD nur teilweise wiederhergestellt wurde, mit einer Reihe von Einschränkungen bzw. Vorbehalten.

Danach, am 12. September 1990 in Moskau wurde der 2+4-Vertrag unterzeichnet, der die Einzelheiten der Wiedervereinigung der DDR und BRD regelte.

Der 2+4-Vertrag heißt so, weil der Vertrag zwischen BRD + DDR und 4 Hauptalliierten geschlossen wurde. Im Einzelnen waren das die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich.

Die Regelungen des 2+4-Vertrages waren folgende:

1. Deutschlands Souveränität wird vollständig wiederhergestellt, damit wird Deutschland zum eigenständigen Subjekt auf der internationalen Bühne.

2. Die Vollmachten und Verantwortungen der vier Hauptalliierten in Bezug auf ganz Deutschland werden damit vertraglich beendet und die Reste des Besatzungsstatutes werden hiermit beseitigt. Aber es bleiben weiterhin die vier Einschränkungen der deutschen Souveränität in Kraft, die noch im "Deutschlandvertrag" von 1952 durch Westalliierte festgelegt wurden. Erste Einschränkung: Verbot der Volksentscheide über militärpolitische Fragen des Landes. Deutsche haben kein Recht zu entscheiden, eine US-Militärbasis im Land zu haben oder nicht zu haben.

Deutsche haben kein Recht zu entscheiden, strategische Luftwaffe zu haben oder die eigene Armee zu vergrößern, dazu haben die Deutschen kein Recht.

*Radiosender Vesti FM:* Moment mal, Sie wollen damit sagen, das deutsche Volk darf nicht darüber entscheiden, ob die US-Amerikaner in Deutschland militärisch präsent sein können oder nicht? Das bestimmen allein die US-Amerikaner?

*Alexei Fenenko:* Dieser Punkt unterliegt der zweiten Einschränkung der deutschen Souveränität, nämlich, nach dem 2+4-Vertrag hat Deutschland kein Recht den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland zu verlangen bzw. zu fordern.

Die Sowjetunion hat ihre Truppen aus der DDR freiwillig abgezogen, so haben wir entschieden, diese Entscheidung lag allein in unserer Macht, wir wollten das. Deutschland hat bis heute kein Recht, den Abzug der alliierten Truppen zu fordern, laut 2+4-Vertrag.

Übrigens, bis 1998 hatten die Westalliierten das Recht, die deutsche Regierung über die Bewegungen der alliierten Truppen innerhalb Deutschlands nicht zu informieren. Wenn die US-Amerikaner ihre Truppen und Panzer z.B. von Garmisch nach Ramstein verlegen wollten,

brauchten sie die deutsche Regierung darüber nicht mal zu informieren.

Nur 1998 haben die US-Amerikaner die Zustimmung erteilt, über die Bewegungen ihrer Truppen in Deutschland die BRD-Regierung zu informieren, mittels NATO-Strukturen.

Erst im Jahre 1998?!

Die dritte Einschränkung der deutschen Souveränität:

Deutschland wird verboten, außenpolitische Entscheidungen zu treffen ohne es zuvor mit den Siegermächten abzusprechen.

Übrigens, als Merkel im letzten Jahr, 2015, anlässlich des 9. Mai Feiertages Rußland kritisierte, hätte Putin erwidern können: "Frau Merkel, der 2+4-Vertrag verbietet Ihnen, die außenpolitischen Handlungen der Siegermächte zu bewerten oder gar zu kommentieren.

Vergessen Sie das nicht."

Aber Putin hat das nicht getan, weil, wie ich glaube, Putin hofft immer noch, Deutschland irgendwann auf die russische Seite ziehen zu können, wenigstens teilweise.

Und die letzte vierte Einschränkung der deutschen Souveränität durch den 2+4-Vertrag verlangt, die Truppenstärke der Bundeswehr auf höchstens 370.000 Soldaten zu beschränken. (vor 1990 - 500.000).

Auch bestimmte Arten der Militärtechnik bleiben durch den 2+4-Vertrag weiterhin verboten. Diese vier Einschränkungen der deutschen Souveränität bleiben bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kraft. Ein weiterer interessanter Punkt in diesem Zusammenhang: es werden keine Verhandlungen über den möglichen Abschluß des Friedensvertrages geführt.

Sobald ein deutscher Verteidigungsminister den Friedensvertrag nur erwähnt, bleibt er in der Regel nicht lange im Amt.

*Radiosender Vesti FM:* Wir machen jetzt eine kurze Pause für die Nachrichten, nachher reden wir weiter...

Wir haben jetzt 16:47 Uhr in Moskau und wir setzen unser Gespräch mit dem Historiker Alexej Fenenko fort. Er ist Dozent an der Fakultät für Weltpolitik an der Moskauer Universität MGU.

*Alexei Fenenko:* Wir haben die reale, tatsächliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA besprochen, ein sehr interessantes Thema vor allem in Bezug auf die Gegenwart.

Nach 1990 hat Deutschland schon einmal versucht, (sich) gegen die USA aufzulehnen - das war 2009. Die Geschichte dazu war folgende: Am 5 April 2009 hat Obama eine Rede in Prag gehalten, dort hat er sich für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen.

Die Deutschen haben darin sofort ihre Chance erkannt und der Bundestag hat kurz darauf eine Resolution verabschiedet, die die Empfehlung beinhaltete, die Atomwaffen der USA aus Deutschland zu entfernen. Das würde die Situation der Deutschen grundlegend verändern, wenn die US-Atomwaffen weg wären.

Die US-Amerikaner haben sofort kapiert, was die Deutschen mit dem Abzug der US-Atomwaffen beabsichtigen. Denn, hätten die USA ihre Atomwaffen aus Deutschland entfernt, hätten die Deutschen dann gesagt, es gibt jetzt keinen Atomschutz seitens der USA und deshalb brauchen die Deutschen eine eigene vollwertige Armee.

Und die eigene vollwertige Armee der Deutschen wäre dann nur ein kleiner Schritt von dem Friedensvertrag entfernt. Die USA haben die Absichten der Deutschen erkannt und sofort die Polen und Engländer mobilisiert. Und die polnischen und englischen Regierungen haben erklärt, der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist für sie nicht hinnehmbar. Also als Ergebnis haben die USA ihre Kontrolle über Deutschland noch weiter verstärkt.

Am 22. April 2010 fand der NATO-Gipfel in Tallin statt, auf dem beschlossen wurde, daß ab sofort, ab 2010, der Abzug der US-Atomwaffen aus einem beliebigen NATO-Mitgliedsstaat nur einstimmig zu erfolgen ist, d.h. nur wenn alle NATO-Staaten das einstimmig bewilligen.

Das heißt, die Deutschen dürfen nicht verlangen, die US-Atomwaffen aus Deutschland abzie-

hen zu lassen. Das müssen alle NATO-Länder einstimmig genehmigen.

Es ist klar, dass weder die Polen noch die Tschechen das jemals zulassen werden. Das heißt, seit 2010 haben die Deutschen keine Möglichkeit mehr, den Abzug der US-Atomwaffen legal/rechtlich zu bewirken.

Das wäre eine weitere (fünfte) Einschränkung der deutschen Souveränität.

Nur wenn man den Inhalt des 2+4-Vertrages versteht, kann man auch das Wesen der gegenwärtigen Außenpolitik Deutschlands verstehen. Aus meiner Sicht ist in Deutschland ein permanenter Kampf zwischen zwei Strömungen oder Parteien zu beobachten.

Die erste Strömung bzw. Partei strebt eine Neuverhandlung des 2+4-Vertrages an, ein Friedensvertrag und die Verwandlung Deutschlands in eine vollwertige Großmacht, und das führt zur Freundschaft und zum Dialog mit Rußland.

Helmut Kohl und Gerhard Schröder sind typische Vertreter bzw. Anhänger dieser Strömung bzw. Partei. Deshalb haben sie den politischen deutsch-russischen Dialog gefördert, um auf dieser Grundlage die Regelungen des 2+4-Vertrages in Zukunft zu überschreiben.

Das galt besonders für die Politik von Gerhard Schröder.

Und es gibt die zweite Strömung bzw. Partei innerhalb Deutschlands, ich bezeichne diese Strömung als "kleinkariert" oder "provinziell".

Diese zweite Strömung erkennt den 2+4-Vertrag für ewig gültig an und sieht die Interessen Deutschlands mehrheitlich in der wirtschaftlichen Ausbeutung von Osteuropa - Polen, die Ukraine, das Baltikum usw. Und das bedeutet automatisch Konflikt mit Rußland.

Und Merkel stellt den typischen Vertreter der zweiten Strömung/Partei dar. Ich bin mir unsicher, ob die US-Amerikaner Druck auf Merkel ausüben, jedenfalls haben die USA begriffen, dass diese zweite "kleinkarierte" Strömung für die USA sehr nützlich ist. Die US-Amerikaner beherrschen die Kunst, Politiker dieser Art wie Merkel zu finden und sie zu lenken, das ist unbestritten.

*Radiosender Vesti FM:* Und das ist wichtig, daß wir jetzt dieses Thema ausführlich behandeln, weil in Diskussionen oft das Argument vorgebracht wird, Europa und speziell Deutschland sind nicht eigenständig, worauf wiederum geantwortet wird, es sei nicht wahr ...

Überblick über die US-amerikanische Militärpräsenz in Deutschland:

- Die Vereinigten Staaten stellen mit ungefähr 42.000 US-Militärangehörigen das größte ausländische Kontingent in Deutschland dar - gefolgt von Großbritannien mit 13.400 Militär-angehörigen und Frankreich mit 1.623 - Stand 2014.

- US-Stützpunkte gibt es in ca. 20 Orten in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

- Zum Stand vom 1. Januar 2011 waren den US-Streitkräften eine Gesamtfläche von 53.870 Hektar – was die Fläche des Bundeslandes Bremen bei weitem übertrifft - und 24.226 Wohnungen überlassen. Auf diesen Flächen befinden sich Kasernen, Flugplätze, Übungsplätze, Schießstände, Depots, Nachrichtenanlagen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Offizierskasinos, Hotels, Sportanlagen, Werkstätten, Panzerstraßen, Ein- und Verkaufseinrichtungen, Schulen, Kirchen, Apotheken, Kinos, Kindergärten sowie Friedhöfe.

- Zu den wichtigsten US-Hauptquartieren in Deutschland gehören u.a. folgende:

Hauptquartier der US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgabenbereich Europa (EUCOM) – Stuttgart-Vaihingen

Sondereinsatzkräfte (SOCEUR) - auch in Stuttgart-Vaihingen

US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgabenbereich Afrika (AFRICOM) - Stuttgart-Möhringen

der US-Heeresstreitkräfte in Europa (USAREUR) - Wiesbaden-Erbenheim

der US-Luftwaffe in Europa (USAFE) - Ramstein

der US-Marineinfanterie in Europa (USMARFOREUR) - in Böblingen

- Bis 2005 waren auf dem US-Stützpunkt Ramstein und dem Luftwaffenstützpunkt in Büchel

- beide in Rheinland-Pfalz - noch 150 US-amerikanische Kernwaffen stationiert. Heute lagern noch ca. 20 Sprengköpfe in Büchel. Dort trainieren deutsche Kampfpiloten bis heute den Abwurf der US-Bomben, den sie auf Befehl der USA ausführen müßten. ...<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 10. Juni 2016: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel". Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert.

Brandt erachtete diesen Kurs ebenfalls als notwendig, um dem Land weitere Isolierung zu ersparen. Damit positionierte er sich gegen die allgemeine Parteilinie, die eine Westintegration sehr kritisch sah. Die SPD-Parteispitze sah dadurch eine Wiedervereinigung erschwert.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtete am 5. Juli 2016: >>**Grundlegendes zur EU**

... **Finanzelite im Hintergrund**

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind.

Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

**"Starke Unterstützung der USA für all das"**

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU kei-

ne gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung".

Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

### **Verdeckte US-Operationen seit 1945**

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

*"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. ... Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.*

*Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben ... Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).*

*Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen."*

...

### **Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung**

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

*"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. ... US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der*

*Gehaltsliste der USA ...*

*Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.*

*Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. ...*

*Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.*

*Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.*

### **"Gedungene Arbeitskräfte der USA"**

*Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.*

*Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außenministerium spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.*

*Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.*

*Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. ..." (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).*

*Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird ...*

### **EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation**

*Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen*



unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstreiche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.

Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte ...

### **Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen**

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichteten.

Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).

Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.

Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.

In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.

Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University ... 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. ...<<

Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... Immer mehr Rentner müssen arbeiten

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner

noch einen Job (11,7 Prozent).

Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

### **Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen**

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen.

Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."

Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deutsche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtete am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/...): >>**Der Islam: 548 Schlachten - 278 Millionen Tote**

Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?

Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.

Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29. April 2011.

Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

### **Afrika**

Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.

Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen

wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.

Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**

### **Christen**

Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasiens" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

### **Hindus**

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

### **Buddhisten**

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben.

Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

### **Juden**

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100 % effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. August 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die geheimen anglo-amerikanischen Eliten (x944/...): >>**Die geheime Macht-Elite hinter dem anglo-amerikanischen Imperialismus**

Für wachsame Zeitbeobachter ist es kein Geheimnis, daß hinter der anglo-amerikanischen Politik seit langem mächtige finanzstarke Kreise stehen, von denen die Regierungen gestellt oder aus dem Hintergrund dirigiert werden. Der zweimalige britische Premierminister Benjamin Disraeli (1804-1881), eng mit diesen Kreisen verbunden, äußerte sich so bereits vor Beginn seiner politischen Karriere in einem seiner Romane: "*Die Welt wird von anderen Leuten regiert, als es das Volk zu wissen glaubt.*"

Auch amerikanische Präsidenten kamen für ihr Land zu dieser Erkenntnis, so Theodore Roosevelt, Präsident von 1901-1909, der 1912 schrieb: "*Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortung anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, diese unheilige Allianz zwischen korruptem Business und korrupten Politikern aufzulösen, ist die erste Aufgabe des Staatsmannes.*"

Aber das letzte ist natürlich eine hohle Phrase zur Beruhigung des Volkes. Auch Franklin D. Roosevelt, Präsident von 1933-1945, wußte, daß ihm der Handlungsrahmen gesteckt war: *"Die tatsächliche Wahrheit ist, daß seit den Tagen von Andrew Jackson (1829-1837) gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen."*

### **Geheimgesellschaften**

Doch viele wußten und wissen, daß hinter diesen Hintergrundkreisen noch mächtigere Kreise stehen, von denen sie wiederum gelenkt werden oder mit denen sie eng verflochten sind: Geheimgesellschaften. Auf sie deutete Woodrow Wilson hin, Präsident von 1913 bis 1921, als er schrieb:

*"Seit ich in die Politik getreten bin, sind mir die Ansichten von Männern vor allem privat anvertraut worden. Einige der größten Männer in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Handels und der Industrie haben Angst vor etwas. Sie wissen, daß es eine Macht irgendwo so organisiert, so subtil, so wachsam, so verriegelt, so vollständig, so durchdringend gibt, daß sie lieber nur flüstern sollen, wenn sie sie verurteilen."*

Der Hinweis auf okkulte Logen, die im Hintergrund der westlichen Politik wirksam sind, wird heute als "Verschwörungstheorie" abgetan, also als Spinnerei diskreditiert. Natürlich gibt es auch Spinner. Aber zu tun, als ob es keine Verschwörungen gebe, offenbart solche Reaktionen gerade als Schutz- und Abwehrmechanismen.

Denn Verschwörungen durchziehen die ganze Geschichte der Menschheit. Rudolf Steiner machte 1917 darauf aufmerksam, daß noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts philosophische Historiker *"auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den Logen hinweisen. In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. ...*

*Sie werden leicht überall Wege finden können, durch die innerhalb der westlichen Kultur der letzten Jahrhunderte, die der Gegenwart vorangegangen sind, die Prägung der Gedanken in der exoterischen Welt durch die Esoterik der Logen nachgewiesen werden kann. Selbstverständlich gilt dies nicht von der Zeit vor Elisabeth, vor Shakespeare; aber von dem, was später kommt, gilt es."*

Rudolf Steiner unterscheidet verschiedene Gruppen von verschwörerischen Geheimgesellschaften:

1. solche, die lokale politisch-verschwörerische Ziele haben wie die Jakobiner in Frankreich oder die Carbonari in Italien.
2. Dahinter Gruppierungen mit dem Anstrich einer esoterischen Geheimgesellschaft wie die Illuminaten oder die Omladina in Südosteuropa.
3. Diese werden ihrerseits von verschiedenen (nicht allen) politisch orientierten und auf esoterisch-okkulten Grundlagen beruhenden Freimaurerlogen, wie sie von England aus in ganz Europa gegründet wurden, beeinflußt und instrumentalisiert.
4. Erst hinter diesen stehen lenkend - vielfach durch Unterwanderung - diejenigen, welche R. Steiner die "westlichen okkulten Bruderschaften" nennt, die nicht positive gesamtgesellschaftliche, sondern gruppenegoistische Ziele verfolgen und von ihm daher auch "linke" oder "grau-bis schwarzmagisch" arbeitende Zirkel genannt werden.

### **Ziele**

Für Rudolf Steiner kristallisierten sich in seinen Forschungen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts u.a. folgende langfristigen Ziele dieser okkulten Bruderschaften heraus:

*"Um was es sich handelt, ist doch, daß in den ihr Wissen geheim haltenden Zirkeln des Westens sehr darauf gesehen wird, daß gewisse Dinge sich so herausbilden, daß dieser Westen*

*unter allen Umständen über den Osten die Herrschaft erwirbt. Mögen die Leute heute in ihrem Bewußtsein sagen, was sie wollen, dasjenige, was angestrebt wird, ist, eine Herrenkaste des Westens zu begründen und eine wirtschaftliche Sklavenkaste des Ostens, die beim Rhein beginnt und weiter nach Osten bis nach Asien hinein geht. ... Darum handelt es sich, die englisch sprechende Bevölkerung zu einer Herrenbevölkerung der Erde zu machen."*

*"Bei gewissen Hintermännern ... der angelsächsischen Politik besteht eine politische Anschauung, die ich in zwei Hauptsätzen zusammenfassen möchte: Erstens besteht die Ansicht - und es ist eine größere Anzahl von Persönlichkeiten, welche hinter den eigentlichen äußeren Politikern, die zuweilen Strohmänner sind, stehen, durchdrungen von dieser Ansicht - daß der angelsächsischen Rasse durch gewisse Weltentwicklungskräfte die Mission zufallen müsse, für die Gegenwart und Zukunft vieler Jahrhunderte eine Weltherrschaft, eine wirkliche Weltherrschaft auszuüben.*

*Es ist dieses festgewurzelt in diesen Persönlichkeiten ..., daß man es vergleichen kann mit den inneren Impulsen, welche einstmal das altjüdische Volk von seiner Weltmission hatte. ... Es herrscht die Ansicht, daß dann, wenn so etwas vorliege, alles getan werden müsse, ... daß man vor nichts zurückschrecken dürfe, was im Sinne eines solchen Weltimpulses liegt. Dieser Impuls wird in einer, man muß schon sagen, intellektualistisch außerordentlich großartigen Weise hineingetragen in die Gemüter derer, die dann in den mehr unteren Stellungen - wozu aber immer noch diejenigen der Staatssekretäre gehören - das politische Leben führen.*

*Ich glaube, wer die eben angeführte Tatsache nicht kennt, der kann unmöglich den Gang der Weltentwicklung in der neueren Zeit verstehen. ...*

*Das zweite ist dies: Man weiß, daß die soziale Frage ein weltgeschichtlicher Impuls ist, der unbedingt sich ausleben muß. Es gibt keinen der Führenden unter den angelsächsischen Persönlichkeiten, die in Betracht kommen, der nicht mit einem ... außerordentlich kalten, nüchternen Blick sich sagte: Die soziale Frage muß sich ausleben. - Aber er sagt sich dazu: Sie darf sich nicht so ausleben, daß die westliche, die angelsächsische Mission dadurch Schaden erleiden könnte.*

*Er sagt da fast wörtlich, und diese Worte sind oft gesprochen worden: Die westliche Welt ist nicht dazu angetan, daß man sie ruinieren lasse durch sozialistische Experimente. Dazu ist die östliche Welt angetan. - Und er ist dann von der Absicht beseelt, diese östliche, namentlich die russische Welt, zum Felde sozialistischer Experimente zu machen. ...*

*Dasjenige, was ich Ihnen jetzt sage, ist eine Anschauung, die ich konstatieren konnte - vielleicht geht sie noch weiter zurück, das weiß ich vorderhand nicht - bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück.*

*... und man hoffte, daß die sozialistischen Experimente, dadurch, daß sie sich so abspielen müssen, wenn die in die Irre gehende Proletarierwelt sich nach marxistischen oder ähnlichen Prinzipien richtet, daß dann diese sozialistischen Experimente auch für die Welt der Arbeiter eine deutliche Lehre sein werden in ihrem Ausgehen, in der Nichtigkeit, in der Zerstörung eine deutliche Lehre sein werden, daß man es auch so nicht machen könne. ... Alles dasjenige, was getan worden ist bis zum Jahre 1914 auf dem Gebiete der Weltpolitik, steht unter dem Einfluß dieser Welttendenz."*

Wenn Rudolf Steiner meist von Zielen angelsächsischer Zirkel spricht, sind die amerikanischen immer mitgemeint, da die okkulten Bruderschaften beider Länder intensiv zusammenarbeiten. Bis zum Ersten Weltkrieg war der britische Imperialismus noch der vorherrschende und wurde danach vom amerikanischen abgelöst.

Selbstverständlich sind die okkulten Bruderschaften durch ihre Mitglieder und Beeinfluften in allen Bereichen der Gesellschaft unsichtbar verankert, die sie sozusagen personell an den entscheidenden Stellen durchsetzen, insbesondere in der Wirtschaft und dem von ihr abhängigen staatlichen Leben.

Macht und Herrschaft werden heute vornehmlich *mit den Mitteln der beweglichen kapitalistischen Wirtschaftsimpulse* ausgeübt, wie Rudolf Steiner in einer Tagebuchnotiz bemerkte, in der er die anglo-amerikanischen okkulten Zirkel auch als "Pluto-Autokraten" bezeichnete, um damit ihren Zusammenhang mit den Superreichen anzudeuten.

Das gezeichnete sozialistische Experiment, mit dessen Errichtung notwendig die Ausschaltung Mitteleuropas als eigenständige Kraft verbunden war, haben wir in Gestalt der Sowjetunion und seiner Satellitenstaaten erlebt. Als ihr Zusammenbruch 1989 herbeigeführt wurde, veröffentlichte der amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, ein einflußreicher Fädenzieher der westlichen Politik, eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel "Das gescheiterte Experiment: Vom Untergang des kommunistischen Systems". Mit dem verzerrten "Sozialismus" ist auch der wahre Sozialismus gründlich diskreditiert und der westliche Kapitalismus als einzige Alternative fest etabliert worden.

In China läuft das Experiment noch weiter, befindet sich aber offenbar in einem gewissen Übergangsstadium. Kapitalismus und "Sozialismus" stammen beide aus der derselben westlichen Quelle, und ihre Unterschiede sind vielfach nur äußerlich. Symptomatisch hierfür sind die Worte, die Christine Lagarde, die heutige Chefin des berühmt-berüchtigten IWF und damalige Finanzministerin von Frankreich, am Anfang der Finanzkrise in einer internationalen Konferenz ihrem deutschen Kollegen Peer Steinbrück auf einem Zettel zuschob:

*"Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Im Kommunismus werden die Banken erst verstaatlicht, und dann gehen sie bankrott. Im Kapitalismus gehen die Banken bankrott, und dann werden sie verstaatlicht. Treffen Sie Ihre Wahl."* Die Banken und Staaten lenkenden Kreise sind eben jeweils dieselben.

### **Strategische Mittel**

Okkulte Gesellschaften arbeiten vielfach mit einem aus der Vergangenheit tradierten spirituellen Wissen. Sie gehen davon aus, daß der Weltentwicklung übersinnliche, geistige Impulse zugrunde liegen, die in Gedanken erfaßt werden können. So wies Rudolf Steiner darauf hin, daß bei den westlichen Geheimgesellschaften *"in einer gewissen Beziehung es als eine Lehre der tiefsten Esoterik angesehen wird, daß die Welt eigentlich aus Gedanken gebildet wird."*

Dies fanden sie bei dem deutschen Philosophen G. W. F. Hegel in dessen "Wissenschaft der Logik" exoterisch in aller Breite logisch so entwickelt, daß die Begriffe und Ideen in einer zwingend notwendigen Reihenfolge auseinander hervorgehen.

*"Bei Hegel sehen wir, wie alles, was in Entwicklung ist, vom Gedanken durchpulst ist, wie der Gedanke in seinen besonderen Konfigurationen, in seinen konkreten Ausgestaltungen eigentlich das sich Entwickelnde ist. ... Hegel redet in seiner Philosophie vom Gedanken und meint eigentlich den kosmischen Gedanken. Hegel sagt: Wenn wir irgendwo sehen in der äußeren Welt, sei es, daß wir einen Stern in seiner Bahn, ein Tier, eine Pflanze, ein Mineral betrachten, sehen wir eigentlich überall Gedanken, nur daß diese Art Gedanken in der äußeren Welt eben in einer anderen Form als in der Gedankenform vorhanden sind."*

Die westlichen Geheimgesellschaften erkannten die ungeheuer praktische Bedeutung, die dieser Lehre Hegels innewohnt. Sie sagten sich: Wer das Wesen dieser Gedankenformen und ihre typische Reihenfolge begriffen hat, kann Ereignisse und Entwicklungen in weltpolitischen Dimensionen gezielt in seinem Sinne in Gang setzen. Daher tun sie alles, um Hegels Lehre, die ja sowieso nur von wenigen gelesen und verstanden wird, geheim zu halten. Sie ist Inhalt ihrer Geheimlehre. Denn geheimes Wissen bedeutet Macht.

*"Sie können wirklich, wenn Sie bekannt werden mit den alleresoterischsten Lehren der Geheimgesellschaften der anglo-amerikanischen Bevölkerung, inhaltlich kaum etwas anderes finden als Hegelsche Philosophie."*

Hegel begreift alles Sein der Welt als Entwicklungsprozeß, als ein ständiges Werden und Vergehen, das sich in Gedankenbewegungen vollzieht und erfaßbar wird. Es verläuft ständig in

Gegensätzen, die auseinander hervorgehen, wechselseitig umschlagen, und ineinander wieder übergehen. Dies wird häufig als Dialektik von These, Antithese und Synthese bezeichnet, was aber in dieser Abstraktheit die innere Dynamik nur unvollkommen und leicht mißverständlich beschreibt. Die westlichen okkulten Zirkel machen sich diese Hegelsche Lehre mißbräuchlich zunutze, indem sie selbst willkürlich Gegensätze für eine gewünschte Entwicklung in Gang setzen, um sich dann zu Herren über das Ergebnis zu machen.

### **Methodische Zwischenbemerkung**

Es könnte die berechtigte Frage entstehen, woher Rudolf Steiner diese Interna der westlichen Geheimgesellschaften wußte, sogar wörtlich zitierte, da er ihnen doch nicht angehört hat. Damit werden Fragen der anthroposophischen Erkenntnismethode berührt, die hier nicht mit der notwendigen Fundierung behandelt werden können; es muß dazu auf die erkenntnistheoretischen und methodischen Schriften Rudolf Steiners verwiesen werden.

Aber man ist darauf auch nicht unbedingt angewiesen, um Rudolf Steiner ernst zu nehmen. Wenn seine Hinweise in der Wirklichkeit begründet sind, dann müssen sie auch in den zeitgeschichtlichen Ereignissen ihre Bestätigung finden. Dies ist oben bereits an der identischen Wortwahl vom "Experiment" in Rußland durch Brzezinski deutlich geworden.

Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem Opus "Welt im Umbruch" (2014) vielen Hinweisen Rudolf Steiners über die britischen Geheimgesellschaften forschend nachgegangen, die dieser speziell zu den Hintergründen des Ersten Weltkrieges gemacht hat. Einige Artikel dieses Blogs haben sich damit bereits näher befaßt. Osterrieder hat noch genauere und tiefergehende Bestätigungen gefunden, als sie schon aus dem 1981 erschienen Enthüllungsbuch des amerikanischen Insiders und renommierten Historikers Carroll Quigley "Das anglo-amerikanische Establishment" hervorgehen, das sich entgegen des Titels im wesentlichen nur auf das britische Establishment bezieht.

### **Der Orden "Skull & Bones"**

Zu Amerikas geheimem Establishment veröffentlichte Anfang der 1980-Jahre der britisch-amerikanische Historiker Anthony Sutton eine Serie von mehreren kürzeren Büchern über einen geheimen Orden "Skull & Bones" (Schädel und Knochen), die dann in einen Band zusammengefaßt wurden: "America's Secret Establishment. An Introduction to the Order of Skull & Bones". Wie das Buch von Quigley auch, wurde es trotz oder gerade wegen seines sensationellen Inhaltes von keinem großen Verlag übernommen und auch in den Medien nicht rezensiert. Nur Quigleys Buch gibt es inzwischen auf Deutsch.

Sutton war ein anonymes Paket mit einem viele Zentimeter dicken Stapel Mitgliederlisten und Dokumenten des Ordens zugespielt worden. Niemand war besser vorbereitet, sie tiefgründig auswerten zu können als Anthony Sutton.

In der Einleitung zum 1. Band der Serie schrieb er:

*"Nach 16 Büchern und 25 Jahren in der Forschung dachte ich, ich hätte schon alles gehört ... die Welt war ein verwirrendes Durcheinander, wohl jenseits einer Möglichkeit zum Verstehen, geschweige denn zur Erlösung - und es gab wenig, das ich dabei hätte tun können. 1968 wurde mein 'Western Technology and Soviet Economic Development' von der Hoover Institution an der Stanford University verlegt.*

*In drei starken Bänden zeigte ich detailliert auf, wie der Westen die Sowjetunion aufgebaut hatte. Aber das Werk hinterließ ein scheinbar unlösbares Rätsel. - Warum haben wir das gemacht? Warum haben wir die Sowjetunion aufgebaut, während wir gleichzeitig Technologietransfer nach Hitlers Deutschland betrieben? ... Warum haben wir die militärische Macht der Sowjetunion gestärkt? Und gleichzeitig auch unsere eigene? In nachfolgenden Büchern, der Wall Street-Serie, habe ich neue Fragen hinzugefügt - aber keine Antworten."*

Dann erhielt er die Dokumente und Mitgliederlisten des Geheimordens. Bei Sichtung der Bögen erkannte er sofort, daß das keine gewöhnliche Gruppe war. "Diese Namen bedeuteten

*Macht, sehr viel Macht.*" Und als er den einzelnen Personen in ihren gesellschaftlichen Stellungen nachforschte, ergab sich ihm ein ganz bestimmtes Muster, *"und eine vorher verworrene Welt wurde kristallklar."*

Der Orden wurde 1832 auf dem Gelände der Yale-Universität in New Haven (Connecticut) gegründet, die er praktisch beherrscht und aus deren Studentenschaft er jährlich 15 neue Mitglieder rekrutiert. Yale, neben Harvard eine der renommiertesten Universitäten der USA, entstand 1701, um Führungspersonen für das Land auszubilden (Wikipedia). Die Creme der Ostküstenoberschicht schickt hierher ihre Söhne und Töchter zur Vorbereitung. Und in einem noch viel tieferen Sinn geht es dem Geheimorden um die Führung der USA.

In 180 Jahren bildeten sich 20 bis 30 Familien heraus, die es verstanden, ihre Söhne (seit 1991 auch Töchter) und Verwandten in den Orden hineinzubringen und sich auch untereinander zu verheiraten.

Sie bilden den harten Kern des Ordens. Zwei Gruppen kann man nach Sutton unterscheiden: einmal alte amerikanische Familien wie Whitney, Lord, Phelps, Wadsworth, Allen, Bundy, Adams usw. und zweitens Familien, die in den letzten hundert Jahren zu Reichtum und Einfluß gekommen sind wie Harriman, Rockefeller, Payne, Davison, Bush usw.

Für Sutton kristallisierte sich heraus, daß es in den Vereinigten Staaten keine wichtige Organisation im Bereich der Forschung, der Politik oder der Meinungsbildung, auch der Kirchen, der Wirtschaft und des Rechtswesens gibt, die der Orden nicht entweder selbst gegründet oder durchdrungen hätte, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen.

*"The Evolution of American society is not, and has not been for a century, a voluntary development reflecting individual opinion, ideas and decisions at the grass roots. On the contrary, the broad direction has been **created artificially** and stimulated by The Order."*

*("Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft ist keine - und war auch ein ganzes Jahrhundert lang keine - von unten gewachsene, freie Entwicklung, die individuelle Meinungen, Ideen und Entscheidungen berücksichtigte. Im Gegenteil: Die grobe Richtung wurde vom Orden **künstlich geschaffen** und stimuliert.")*

Durch Erforschung und Zusammenführung der Taten der verschiedenen Ordensmitglieder über die letzten hundert Jahre erschloß sich Sutton eine Aufeinanderfolge von Handlungen, die nach einem bestimmten Muster abliefen: Sie seien alle darauf ausgerichtet, die amerikanische Gesellschaft und darüber die Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der nationale Bindungen oder kulturelle Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten stark eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Die "Neue Weltordnung" wurde ja auch von Präsident George H. W. Bush (Ordensmitglied seit 1948) am 11.9.1990 vor beiden Kammern des Kongresses offiziell zum Leitbegriff der internationalen Politik erkoren (Wikipedia).

Sutton fand, daß die zentrale strategische Lehre des Ordens, um sukzessive seine Ziele zu erreichen, in der Anwendung der Hegelschen Dialektik bestehe. Diese habe er in die praktische Politik übertragen: man konstruiere künstlich polare Strömungen, um sich dann selbst zum Herren über das Ergebnis zu machen. *"Die operative Geschichte des Ordens kann nur verstanden werden im Rahmen der Hegelianischen Dialektik. Das ist ganz einfach die Vorstellung, daß Geschichte durch Konflikte entsteht. Aus diesem Axiom folgt, daß ein künstlich kontrollierter Konflikt eine vorherbestimmte Geschichte erzeugen kann."*

Allerdings versimplifiziert und verzerrt Sutton hier Hegels Philosophie. Der Orden wendet nicht Hegels Logik an, die sich streng in auseinander hervorgehenden polaren Begriffen bewegt, sondern mißbraucht Hegels Erkenntnisse, um ganz oberflächlich gewünschte - und oft gar nicht polare - Gegensätze hervorzurufen, um sie zu geplanten Entwicklungen gegeneinan-



der zu führen.

Doch erklärten sich daraus für Sutton die gleichzeitige amerikanische finanzielle und materielle Unterstützung der Sowjetunion und des deutschen Nationalsozialismus, der geschaffene Gegensatz Kapitalismus - Kommunismus und viel weitere Konfliktinszenierungen bis zur Gegenwart. Das ist das Muster, das Sutton die *vorher verworrene Welt kristallklar* werden ließ.

Das Wirken von Geheimgesellschaften wird nach wie vor (gehorsam?) von der herrschenden Geschichtswissenschaft ignoriert. Anthony Sutton konstatierte in einem Interview: "*Wenn wir feststellen, daß Geheimgesellschaften wirklich eine Bedeutung haben, dann wird die gesamte Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte neu geschrieben werden müssen.*" ... <<

Herbert Ludwig berichtete am 12. September 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" (x945/...): >>**Wie die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" die Schaltstellen der USA besetzt**

"In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam."

*Rudolf Steiner*

Daß in der anglo-amerikanischen Welt geheime Zirkel aus dem Verborgenen heraus die Politik bestimmen, hat schon viele Menschen beschäftigt. Aber man kommt schwer an konkrete Beweise und schwimmt weitgehend im Ungewissen. Denn es liegt in der Natur von geheimen Orden, daß ihr Wirken eben streng geheim gehalten wird.

Doch seit dem britisch-amerikanischen Historiker Anthony Sutton Mitgliederlisten und Dokumente des geheimen Ordens Skull & Bones "*von einem Mitglied der 'Familie', das von ihren Aktivitäten angewidert war*", zugespielt wurden, kann man den ungeheuren Einfluß zumindest dieser einen Geheimgesellschaft auf Politik und Gesellschaft der USA konkret verfolgen, wie ihn Sutton in einem Buch beschrieben hat, das er das wichtigste aller seiner Bücher nannte.

Es ist bezeichnend, daß die Veröffentlichung nur in einem kleinen Verlag erscheinen konnte und von den Historikern, der Politik und den Medien ignoriert wurde. Auch ist es bis heute noch nicht auf Deutsch erschienen.

### **Ziele und Strategien**

Der Orden hat nach Suttons Erkenntnissen das Ziel, die amerikanische Gesellschaft und darüber hinaus die ganze Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der die Hindernisse nationaler Bindungen oder kultureller Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Versetzen wir uns in das Denken dieser Leute: Um diese gewaltigen, irrsinnigen Ziele zu erreichen, muß im Inneren des Ordens ein ungeheurer, über Generationen gehender Wille entwickelt werden, in den jedes Mitglied bedingungslos eingespannt ist. Dann muß die amerikanische Gesellschaft in allen wichtigen Schaltstellen von Ordensmitgliedern oder von ihnen Abhängigen durchgesetzt werden, um ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung entsprechend zu beeinflussen und zu bestimmen.

Und nach außen ist schließlich die amerikanische Wirtschafts- und Militärmacht mit ihrem Geheimdienstapparat gezielt und rücksichtslos einzusetzen, um eine weltbeherrschende Stellung der USA in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht zu erreichen.

### **Rekrutierung und Inneres des Ordens**

Jährlich werden 15 neue Mitglieder aus dem vorletzten Studenten-Jahrgang der Yale-Universität in New Haven (nordöstlich von New York-City) ausgewählt, auf dessen Gelände

der Orden 1832 gegründet wurde. Das bedeutet, daß der Orden stets ca. 700-800 Mitglieder hat, von denen nach Sutton etwa ein Viertel eine aktive Rolle spielt, die anderen entweder ihr Interesse verlieren oder ihren Sinn ändern und innerlich aussteigen.

*"Bei der Auswahl legt man Wert auf sportliche Fähigkeiten - die Fähigkeit, im Team zu spielen. Am wenigsten erwünscht als Ordensmitglieder sind Einzelgänger, Bilderstürmer und Individualisten, die ihren eigenen Weg gehen. - Am ehesten wird man Mitglied, wenn man aus einer Bonesfamilie kommt und aktiv, einfallsreich und womöglich ein unmoralischer Teamplayer ist.*

*Ein Mann, der versteht, daß er, um etwas zu werden, jemandem folgen muß. Ein Mann, der sich selbst für das Team opfert. Eine kurze Überlegung zeigt, warum das so ist. Im wahren Leben ist der Kern des Ordens, seine Ziele voranzubringen. Amt und Würden sowie Aussicht auf finanziellen Erfolg sind durch die Macht des Ordens garantiert. Aber der Preis für diese Würden und Erfolge ist das Selbstopfer für das gemeinsame Ziel, das Ziel des Ordens."*

Die neuen Mitglieder werden durch ein Initiations-Ritual aufgenommen, über das nur Bruchstücke bekannt sind, so z.B., daß der Kandidat nackt in einem Sarg liegen muß. Er muß also symbolisch den Tod durchmachen. Er stirbt in gewisser Weise für sein bisheriges Leben und wird in den Orden neu geboren, auf den fortan sein Leben ganz bezogen ist.

Der Orden ist eine Welt für sich, er repräsentiert eine dem irdischen Leben übergeordnete, diese bestimmende Welt, zu deren Ritter er geschlagen wird. Am Ende erhält er eine in schwarzes Leder gebundene Abschrift der Mitgliederliste des Ordens, die außen und innen mit sonderbaren bedeutungsvollen Symbolen versehen ist. Dies muß alles eine seelisch tief konditionierende Wirkung haben.

Offensichtlich werden die Mitglieder in eine Hierarchie eingegliedert, in der die Eingeweihten an der Spitze wohl nur wenigen bekannt sind, von denen letztlich alle Direktiven und Impulse ausgehen, die lehrend, durch Zeichen, Symbole und die Magie des Rituals suggestiv die Gefühle, Gedanken und Willens-Intentionen lenkend, weitergegeben werden.

Um den Orden herum besteht ein äußerer Kreis von Personen in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft, die von den Initiierten des Ordens *"durch persönliche Überredung, finanzielle Förderung und sozialen Druck gelenkt werden. Wahrscheinlich sind sich die meisten Mitglieder des äußeren Kreises gar nicht bewußt, daß sie von einer Geheimgesellschaft benutzt werden."*

Sutton sieht hier Ähnlichkeiten mit der von Cecil Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts in England gegründeten und von Alfred Milner weitergeführten Geheimgesellschaft, die Carroll Quigley in "Das Anglo-Amerikanische Establishment" beschrieben und "The Group" genannt hat.

### **Verflechtungen**

Den Kern des Ordens bilden nur 20-30 Familien der Ostküste, die aus einer Gruppe angelsächsischer puritanischer Einwandererfamilien und einer Gruppe Familien bestehen, welche in den letzten 100 Jahren zu großem Reichtum gekommen sind. Sie sind überdies durch Heiraten stark miteinander verflochten.

Die Fähigkeit, seine Mitglieder in die zentralen Schaltstellen der Gesellschaft zu bringen, beruht vor allem auf einem der wichtigsten Prinzipien des Ordens: daß ein Bonesman für jeden beliebigen Posten von vorneherein als der Beste gelten, also den absoluten Vorrang erhalten muß. Dafür seinen Einfluß und seine Kräfte einzusetzen, ist die absolute Verpflichtung jedes Mitgliedes.

Eine Vorstellung von den Verflechtungen vermittelt Sutton am Beispiel der Familien Whitney und Harriman. Acht Whitneys wurden Mitglieder des Ordens. Drei von ihnen, William Collins Whitney, initiiert 1863, und seine beiden Söhne Payne und Harry Payne *"sind der Kern des Whitney-Einflusses im Orden."*

William Collins Whitney (1841-1904) wurde 1872 Schulinspektor von New York, erwarb in den folgenden Jahrzehnten auf geheimnisvolle Weise ein beträchtliches Vermögen und wurde eine Macht im Hintergrund für die Regierung von Cleveland. Er heiratete Flora Payne, die Tochter des Standard-Oil-Schatzmeisters Oliver Payne, der zwar nicht im Orden war, dessen Standard-Oil-Anteil aber Whitneys Vermögen vergrößerte. Die von John Rockefeller gegründete Standard-Oil-Company war bis zu ihrer gerichtlichen Entflechtung 1911 das größte Erdölraffinerie-Unternehmen der Welt. Aus der Rockefeller Familie wurde Johns Neffe Percy Rockefeller 1900 Ordensmitglied.

Die beiden Söhne Harry Payne und Payne Whitney studierten in Yale und wurden 1894 bzw. 1898 Ordensmitglieder. Harry Payne heiratete 1896 Gertrude Vanderbilt und verschmolz das Whitney-Payne-Vermögen noch mit einem Teil des Vanderbilt-Geldes. Das Vanderbilt-Unternehmen besaß die wichtigsten Eisenbahnlinien der USA.

*"Diese geballte Finanzkraft floß in den Guaranty-Trust, in das Bankhaus J. P. Morgan und in die Guggenheim-Stiftung. Und es wird noch komplizierter. Der Sohn von Harry Payne Whitney, Cornelius Vanderbilt Whitney, heiratete Marie Norton. Nach ihrer Scheidung heiratete Marie Norton Whitney W. Averell Harriman (sie war seine erste Frau), der heute (1983) mit 91 eine Schlüsselfigur des Ordens ist. Diese eng miteinander verwobene Familie, die an Finanzmächte angekoppelt ist, macht den Kern des Ordens aus."*

Averell Harriman studierte wie sein jüngerer Bruder E. Roland Harriman in Yale, wo sie 1913 bzw. 1917 in den Orden aufgenommen wurden. Das Vermögen des Vaters, eines reich gewordenen Eisenbahnunternehmers, half Averell dabei, 1922 die Investmentbank W. A. Harriman & Co zu gründen, der sein Bruder E. Roland 1927 beitrug, so daß sie den Namen *Harriman Brothers & Company* erhielt. 1931 fusionierten sie mit dem schon 1800 gegründeten Bankhaus *Brown Bros. & Co.*, deren Partner ebenfalls Ordensmitglieder waren, zu *Brown Brothers Harriman & Co.* (Vgl. Wikipedia)

*"In den 70ern des 20. Jahrhunderts hatte das relativ unbekannte, private internationale Bankhaus Brown Brothers Harriman mit einem Vermögenswert von einer halben Milliarde Dollar mindestens 9 von insgesamt 26 Partnern, die der geheimen Bruderschaft angehörten. Von keiner anderen Firma ist eine höhere Konzentration von Ordensmitgliedern bekannt. Was die Sache noch interessanter macht: Prescott Bush (Senator von Connecticut), der Vater von Präsident George H. W. Bush (beide Ordensmitglieder) war über 40 Jahre lang Partner bei Brown Brothers Harriman."*

### **Durchdringung des Bildungswesens**

Wer die Zukunft einer Gesellschaft bestimmen will, muß vor allen Dingen das Bildungswesen kontrollieren. Der Orden setzt wichtige neue Organisationen selbst in Gang, stellt den ersten Präsidenten oder Vorsitzenden, gibt gleichzeitig die inhaltliche Richtung vor und zieht sich dann, wenn die Dinge laufen, oft zurück, so besonders auch im Hochschulsektor.

Yale, neben Harvard die bedeutendste Elite-Universität der USA, ist ja schon lange in seiner Hand. Die ebenfalls bedeutende Cornell Universität in New York wurde 1865 von Andrew Dickinson White (im Orden seit 1853) mitgegründet und als erstem Präsidenten in die gewünschte inhaltliche Richtung gebracht. Die 1876 in Baltimore gegründete Johns Hopkins-Universität, die im Hochschulranking heute ebenfalls unter den 20 besten Universitäten der Welt geführt wird, hatte als ihren ersten Präsidenten (von 1875-1901) Daniel Coit Gilman (im Orden seit 1852).

*Im Bereich wissenschaftlicher Forschungsgesellschaften wurden die "American Historical Association", die "American Economic Association", die "American Chemical Society" und die "American Psychological Association" zu Beginn alle von Mitgliedern des Ordens oder ihm nahestehenden Personen gestartet. Das sind die wichtigsten Verbände zur Konditionierung einer Gesellschaft."*

Die "American Historical Association" z.B. wacht darüber, daß sich die Geschichtsschreibung in der gewünschten Richtung bewegt, in der die wahren Ursachen, insbesondere die vom Orden gelegten, verborgen bleiben. *"Wehe dem Buch oder Autor, der sich außerhalb der offiziellen Richtlinien bewegt. Keine Fördergelder. Verlage bekommen kalte Füße. Der Vertrieb ist nachlässig oder nicht existent. - 1946 teilte die Rockefeller Stiftung einer offiziellen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg 139.000 Dollar zu, nur um sicher zu gehen, daß die offizielle Linie dominierte."*

Auch bei wichtigen Stiftungen ist der Orden präsent. So wurde der erste Präsident der 1902 gegründeten, ungeheuer reichen Carnegie Institution zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschung das Ordensmitglied Daniel Coit Gilman, und andere Ordensmitglieder saßen seit der Jahrhundertwende im Aufsichtsrat. *"Gilman war auch bei der Gründung der Peabody, Slater und Russel-Sage Stiftungen dabei. McGeorge Bundy (Ordensmitglied seit 1940) war Präsident der Ford-Stiftung von 1966-1979."*

Ordensmitglied William Howard Taft war der erste Vorsitzende der 1910 gegründeten "Amerikanischen Gesellschaft zur Beilegung internationaler Streitigkeiten", Vorläufer des "Bundes für den Frieden", aus dem sich das Konzept des Völkerbundes entwickelte.

### **Durchdringung von Kirchen und Medien**

Anthony Sutton konstatiert und belegt, daß es in den USA keine wichtige Organisation im Bereich der Bildung, Forschung, Kirche, Meinungsbildung, Wirtschaft, des Rechtswesens und der Politik gibt, die der Orden *Skull & Bones* nicht entweder selbst gegründet, durchdrungen oder beeinflußt hätte. *"Nicht alles zur selben Zeit, aber beharrlich und hartnäckig genug, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen."*

Zum Bereich von Bildung und Forschung ist vorstehend einiges dargestellt worden, wobei ein Eingehen auf den Einfluß im Schulsystem hier zu weit führen würde. Das nach Sutton bedeutendste Beispiel dafür, wie der Orden in die Theologie der protestantischen **Kirchen** eingedrungen ist, ist das *Union Theological Seminary* an der Columbia Universität in New York, bei dem einst wegen des Verdachts auf kommunistische Infiltration ermittelt wurde und das daher auch unter dem Namen "Rotes Seminar" bekannt war.

Professor für praktische Theologie war dort von 1904 bis 1926 und dessen Präsident von 1926 bis 1945 *Henry Sloane Coffin*, im Orden seit 1897. *"Das Seminar hatte eine so breit angelegte Interpretation von Religion, daß es sogar einen atheistischen Club für seine Studenten hat oder zumindest hatte. - Henry Sloane Jr. (im Orden seit 1948) war einer der 'Boston Five', die der Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten angeklagt waren. - Und das ist nur ein Teil des Eindringens des Ordens in die Kirche."*

Einen bedeutenden Einfluß übte der Orden auch auf das **Kommunikationswesen** der USA aus. Bedeutende Gestalten waren der in China als Sohn eines presbyterianischen Missionars geborene *Henry Robinson Luce* und sein Freund *Briton Hadden*, beide Ordensmitglieder seit 1920, die 1923 das Nachrichtenmagazin *TIME* gründeten.

*"Luce war dabei der Business Manager und Hadden Chefredakteur. Nach Haddens Tod 1929 nahm Luce Haddens Stelle ein. Luce übernahm 1930 das Wirtschaftsmagazin "Fortune" und 1936 das bildhafte "Life Magazine".*

*1952 gab er "House & Home" und 1954 "Sports Illustrated" heraus. Auch produzierte er die Dokumentarserie "The March of Time" für Radio und Kino. Luce, der bis 1964 Chefredakteur all seiner Zeitschriften blieb, war ein einflußreiches Mitglied der Republikaner.*

*Mit seiner anti-kommunistischen Einstellung und seinem Interesse für sein Geburtsland war er eine wichtige Persönlichkeit in der sogenannten "China Lobby" und spielte eine große Rolle dabei, Amerikas Außenpolitik zu Gunsten des nationalistischen Führers Chiang Kai-shek und seiner Frau Soong May-ling zu lenken. Er war in den 1920er- und 1930er-Jahren ein begeisterter Förderer des Faschismus. Das Time Magazine veröffentlichte fünf Titelgeschich-*

*ten über Benito Mussolini.*" (Wikipedia)

William Buckley (im Orden seit 1950) gründete 1955 die einflußreiche politische Zeitschrift *National Review*. "*Seine öffentliche Präsenz wurde verstärkt durch seine preisgekrönte Fernseh-talkshow Firing Line, die von 1966 bis 1999 lief und die am längsten laufende Talkshow im amerikanischen Fernsehen war*" (Wikipedia).

Alfred Cowles (im Orden seit 1913) war Präsident der Cowles Communications und besaß *Des Moines Register* sowie den *Minneapolis Star*. Russel Davenport (im Orden seit 1923) trat 1930 in die Redaktion von "*Fortune*" und war 1937 bis 1940 Chefredakteur. Von 1945 bis 1952 arbeitete er in den Redaktionen von "Life" und "Time" mit.

John Chipman Farrar (im Orden seit 1918) gründete 1929 einen der erfolgreichsten Verlage: "Farrar & Rinehart" war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Mitgründer des Verlages "Farrar, Straus and Giroux".

Archibald McLeish (im Orden seit 1915) war der erste Geschäftsführer des "Nieman Fund" der Harvard Universität, von dem seit 1939 jährlich der prestigeträchtigste Preis im Journalismus der USA, der "Nieman Fellowship" verliehen wird. Im Krieg betätigte er sich in der Kriegspropaganda des Verteidigungsministeriums.

### **In Wirtschaft und Rechtswesen**

Die Verbindung mit den großen Eisenbahn-Magnaten und Rockefellers Standard-Oil wurde schon erwähnt. Doch auch über die Familien der Paynes und Pratts entstanden Verbindungen zu Shell, Creole Petroleum und Socony Vacuum (später Mobil Oil).

*"Viele Fertigungsunternehmen haben Mitglieder im Orden, von den Donnelleys in Chicago (Drucker des offiziellen Airline-Führers und anderen Referenzen); Konzerne der Holzindustrie wie Weyerhaeuser, der auch Mitglied der Trilateralen Commission ist; Dresser-Industries und so weiter."*

*"Ein Dutzend Mitglieder können mit der Federal Reserve (der privaten US-Zentralbank) in Verbindung gebracht werden, aber vor allem eine Ernennung ist bemerkenswert. Pierre Jay (im Orden seit 1892), der 1913 nur für eine einzige Sache bekannt war, nämlich eine Privatschule zu leiten und ein obskurer Vize-Präsident der Manhattan Bank gewesen zu sein, wurde der ERSTE Präsident der Federal Reserve Bank von New York, der wichtigsten Bank des US-Zentralbankensystems."*

Die großen Rechtsanwalts-Kanzleien des Establishments in New York sind voller Ordensmitglieder. Einen großen Anteil stellt die Lord-Familie, von der allein sechs in den Orden aufgenommen wurden.

George DeForest Lord (im Orden seit 1854) gründete die New Yorker Kanzlei *Lord, Day & Lord*, zu deren Klienten die "New York Times" und die "Rubin-Stiftung" gehörten. Letztere finanziert die große Denkfabrik "Institut für Politische Studien" in Washington, D.C.

Die Kanzlei *Simpson, Thacher & Bartlett* wird vor allem durch die Thacher-Familie bestimmt; der Mitgründer Thomas Thacher wurde 1871 Ordensmitglied, dem weitere Familien- und Kanzlei-Mitglieder folgten. Die Kanzlei mit 900 Anwälten in 11 Büros weltweit zählt zu ihren Klienten u.a. die Blackstone Groupe, JP Morgan Chase, Bank of America und Goldman Sachs. Einflußreiche Ordensmitglieder wirken auch in *David, Polk, Wardwell*, sowie in den Kanzleien *Debevoise* und *Plimpton*. Letztere ist die Kanzlei der Rockefeller.

### **Der Orden in der Politik**

Der *Council on Foreign Relations* (CFR) bestimmt weitgehend die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA. Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert. Er wurde ebenso wie *Chatham House* in London von den Geheimgesellschaften nahe stehenden Männern als äußere Plattform gegründet, ist aber selbst keine Geheimgesellschaft.

Der Orden ist in dieser Organisation nach Suttons Erkenntnissen repräsentiert, aber nicht immer bestimmend. David Rockefeller - zwar kein Mitglied des Ordens, dafür aber vertrat sein Onkel Percy Rockefeller die Familie im Orden - war von 1949 bis 1985 Direktor, von 1950 bis 1970 Vizepräsident und von 1970 bis 1985 Vorsitzender des Vorstands (Aufsichtsrat) des CFR.

Winston Lord, Ordensmitglied seit 1959, war von 1977 bis 1985 Präsident des CFR. Von 1969 bis 1973 war er Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates im Planungs-Komitee.

*"Er war Berater des Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger, den er auf seiner Reise nach Peking im Jahre 1971 begleitete. Im folgenden Jahr war er Mitglied der US-Delegation bei Präsident Nixons Reise nach China. Lord wurde später (1973-1977) Director of Policy Planning und Top-Berater des US-Außenministeriums in Angelegenheiten, die China betreffen, US-Botschafter in China (1985-1989) und Staatssekretär (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Bill Clinton."* (Wikipedia)

*"Man kann die Beziehungen zwischen dem Orden und den größeren Organisationen (wie auch der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern) mit dem Bild konzentrischer Kreise darstellen. Der CFR und ähnliche bilden einen äußeren Kreis, d.h. einen Umkreis, auf den ein Schatten geworfen wird. Sie existieren in diesem Schatten, der von einer inneren Organisation geworfen wird."*

Der Orden ist jedoch nur ein Teil des inneren Kreises, denn Sutton ist sich bewußt - und darauf hat auch Rudolf Steiner hingewiesen - daß es noch mehr Geheimgesellschaften gibt, deren personelle Wirksamkeit nur noch nicht in dem Maße wie bei Skull & Bones nachzuweisen ist. Bereits einer der beiden Gründer des Ordens, *Alphonso Taft*, drang bis in die Regierung vor. Er wurde 1876 Kriegsminister, von 1876-1877 US-Justizminister, von 1882-1884 US-Minister für Österreich und von 1884-1885 Botschafter in Rußland.

Sein Sohn *William Howard Taft*, im Orden seit 1878, wurde von 1909 bis 1913 Präsident der Vereinigten Staaten und von 1921 bis 1930 Oberster Bundesrichter. Taft machte den Ordensbruder *Henry L. Stimson* (im Orden seit 1888) von 1911-1913 zum Kriegsminister.

*"Stimson wurde von 1911 bis 1946 von jedem Präsidenten, bis auf Harding, in ein Regierungsamt berufen, d.h. von Taft, Wilson, Coolidge, Hoover (bei ihm 1929-1933 Außenminister), Roosevelt und Truman"* 1940-45 Kriegsminister).

*"Zehn Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor trug er im November 1941 in sein Tagebuch ... ein, daß er angesichts drohender feindlicher Auseinandersetzungen mit Japan mit Präsident Roosevelt diskutiert habe, wie die Japaner dazu zu bringen wären, den ersten Schuß abzugeben, ohne die USA zu großen Gefahren auszusetzen. 1976 als Buch erschienen, verschwand es später aus den Bibliotheken der Welt, Fotokopien sind jedoch erhalten."* (Wikipedia)

*"1945 empfahl Stimson als Trumans Kriegsminister, den Abwurf der Atombomben auf Japan." - "Stimson nutzte sein Büro, um die Karriere von Bundesbrüdern aus dem Orden, vor allem die von Harvey Hollister Bundy und seinem Sohn, McGeorge Bundy, voranzubringen."*

William Averell Harriman (im Orden seit 1913), war unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt Sondergesandter in Europa und arbeitete mit an der *Atlantik-Charta vom 14.8.1941*, einer gemeinsamen Erklärung Roosevelts und Churchills, in der Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert wurden.

Er war 1941 als Minister für Großbritannien mit der Vorbereitung des Leih- und Pachtgesetzes betraut, das die Lieferung von Militär- und Versorgungsgütern an die Sowjetunion vorausah. Von 1943 bis 1946 amtierte er als US-Botschafter in Moskau. Unter Truman war er Botschafter in London und Handelsminister, danach diente er als Sonderbotschafter und Staatssekretär für politische Angelegenheiten und für Fernost.

George Herbert Walker Bush (Ordensmitglied seit 1948) wurde 1967 republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus für Texas, 1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen. Von 1974 bis 1975 war er Leiter des Verbindungsbüros der USA in der Volksrepublik China sowie von 1976 bis 1977 Direktor der CIA.

Von 1981 bis 1989 amtierte er unter Ronald Reagan als dessen Vizepräsident und von 1989 bis 1993 als 41. Präsident der USA. Unter seiner Führung fanden mit fadenscheiniger Begründung der erste Irak-Krieg und der Jugoslawien-Krieg statt.

Sein Sohn George Walker Bush (Ordensmitglied seit 1968) war von 1995 bis 2000 Gouverneur von Texas und von 2001 bis 2009 der 43. Präsident der USA. In seiner Präsidentschaft fanden die mysteriösen und bis heute nicht wirklich aufgeklärten Ereignisse des 11.9.2001 statt, die er zum Anlaß nahm, den Krieg gegen den Terror auszurufen, in dessen Folge der Einmarsch in Afghanistan und unter erlogenem Vorwand der zweite Irakkrieg stattfand.

Seine Wiederwahl 2004 gewann er gegen den Ordensbruder *John Kerry* (Ordensmitglied seit 1966), der für die Demokratische Partei die Wahlshow geführt hatte. Beide verweigerten jede Auskunft über den Orden. Kerry war seit 1985 als Mitglied für Massachusetts im US-Senat, seit 2009 Vorsitzender im Ausschuß für Außenpolitik und ist seit 1.2.2013 Außenminister unter Präsident Obama (Wikipedia).

Die Präsidentschaftskandidatin der "Demokraten" *Hillary Clinton*, Außenministerin von 2009-2013, hat wie ihr Ehemann Bill, Präsident der USA von 1993 bis 2001, ebenfalls an der Skull and Bones - Universität in Yale studiert. Die Gedanken und Einstellungen beider standen also indirekt unter dem prägenden Einfluß des Ordens, Bill Clinton wurde aber nicht in den Männerorden berufen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

**Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"**

**... Preußische Allgemeine Zeitung:** Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

**Bandulet:** Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.

Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

**Preußische Allgemeine Zeitung:** Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

**Bandulet:** Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt.

Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentan-

meldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>>Blind und wehrlos

### **Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht**

Ist der "Schuldskult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll.

Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.

Denn dann ist erwiesen, welche (selbst-)zerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.

Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>>Mister X packt aus  
\_ von Jürgen Elsässer



Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

### **The Secret Team**

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

### **Blut an den Händen**

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten

iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/54,55): >>**Fahrplan ins Chaos**

\_ von *Tino Perlick*

Was für eine Welt würde eine Präsidentin Clinton zurücklassen? Ihre Pläne weisen sie als Verfechterin der Neuen Weltordnung aus: Militarismus, demokratiefeindliche Handelsabkommen, offene Grenzen, Masseneinwanderung, Minderheitenkult und politische Korrektheit sind ihr Programm.

... **Auf zur bunten Meinungsdictatur**

In seiner Rede machte General Allen klar: "Wir müssen die Kraft sein für Einheit in Amerika, für eine Vision, die alle einschließt, jeden Mann und jede Frau, jede Rasse, Ethnie, Religion und jedes Glaubensbekenntnis, einschließlich der Amerikaner, die geachtete Muslime sind, jedes Geschlecht und jede geschlechtliche Orientierung."

Das Fetischisieren von Minderheiten ist eine weitere Waffe im Kampf gegen störrische Regierungen. "Wenn Saudi-Arabien Homosexuelle hinrichtet, bleibt der Protest zahnlos und ist nicht von Boykott- oder Sanktionsdrohungen begleitet", schreibt Johnstone. "Das steht in starkem Kontrast zu dem Wutgeheul über die nicht vorhandenen Probleme für Schwule in Sotschi (Rußland)." Erst mit Hillary im State Department spielten sich die USA als Vorreiter für Schwulen- und Lesbenrechte auf und traten dem UN-Menschenrechtsrat bei. "Schwulenrechte sind Menschenrechte", psalmodierte sie dort 2011.

**"Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun."**

*Hillary Clinton*

Während die Obama-Administration der Marine geschlechtsneutrale Uniformen verpaßte und bundesweit staatliche Schulen dazu verdonnerte, transsexuellen Schülern freizustellen, welche Toilette sie benutzen, schlugen Sicherheitsbehörden Alarm: "Nach Beendigung meiner 15-jährigen Karriere bei der Heimatschutzbehörde kann ich über den gefährlichen Zustand, in dem Amerikas Anti-Terrorstrategie sich befindet, nicht länger Schweigen bewahren", gestand Islamexperte Philip Haney im Februar 2016 auf dem US-Kongreßnachrichtenportal The Hill. "Ich schweige nicht länger über die Bereitschaft unserer Anführer, die Sicherheit der Bürger der ideologischen Starrheit politischer Korrektheit zu opfern."

Nach den Anschlägen in Paris im November 2015 twitterte Hillary den Standardsatz: "Mos-

lems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun." Unter ihr würde dies endgültig zur verbindlichen Richtlinie:

Die von Clinton ernannte erste US-Sonderbeauftragte für muslimische Gemeinschaften, Farah Pandith, schreibt schon jetzt Berichte zur "Bekämpfung von gewaltsamem Extremismus", in denen Ermittlern nahegelegt wird, zur Schonung der armen Muslime auf sensible Worte wie "Dschihad" und "Scharia" gänzlich zu verzichten. Auf Andersdenkende wartet die Gesetzesvorlage 569. Bereits 144 demokratische Abgeordnete unterstützen das Maulkorbgesetz zur "Verurteilung von Gewalt, Bigotterie und Hassrhetorik gegen Muslime in den Vereinigten Staaten".

Der Dank für all die Mühen: Seddique Mir Mateen, Vater des Mörders von 49 Besuchern eines Nachtclubs für Homosexuelle in Orlando, Florida, ist Hillary-Fan. Als der bekennende Unterstützer der Taliban im August von Kamerateams bei einer Wahlkampfveranstaltung von Clinton gesichtet wurde, sagte er in gebrochenem Englisch: "Sie ist gut für die Vereinigten Staaten, gegen Donald Trump." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/58-59): >>>Die Patin des Dschihad

*\_ von Norman Hanert*

Hillary Clinton sieht sich mit einem schweren Verdacht konfrontiert: Während ihrer Zeit als Außenministerin soll sie die Verschiffung von Waffen, auch Giftgas, vom libyschen Bengasi an Terroristen in Syrien zugelassen haben - ebenso wie die Ermordung des US-Botschafters, eines Mitwissers der Operation.

#### **... Operation unter falscher Flagge**

Doch mittlerweile wird Clinton nicht nur Versagen beim Schutz des US-Konsulats vorgeworfen. Es geht um viel Brisanteres, nämlich um Waffenlieferungen aus Libyen an die syrischen Terroristen. Im Bengasi-Untersuchungsausschuß des US-Kongresses wurde "Killary" direkt darauf angesprochen, ob sie Kenntnis davon gehabt habe, daß über die Hafenstadt Kriegsgerät der geschlagenen Gaddafi-Truppen via Türkei in die Levante verschifft wurde. Clinton bestritt dies und verwies auf die CIA. Tatsächlich ist inzwischen erwiesen, daß es in Bengasi, räumlich getrennt vom US-Konsulat, eine CIA-Filiale gegeben hat.

Aber konnte die CIA ohne Zustimmung des Außenministeriums tätig werden? Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh jedenfalls macht Clinton für den geheimdienstlich organisierten Schmuggel aus Bengasi mitverantwortlich. Mit aktiver Unterstützung der CIA sollen syrische Rebellen neben tragbaren Flugabwehrraketen sogar Sarin aus den Depots der besiegten libyschen Armee erhalten haben. Dieses Giftgas soll am 21. August 2013 in Ghuta, einem Vorort von Damaskus, gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz gekommen sein. Mit mindestens 281 Toten - andere Schätzungen gehen von über 1.700 aus - war dies die bis dahin schlimmste Greuelthat seit Beginn des Bürgerkrieges 2011.

Innerhalb weniger Tage beschloß die US-Regierung damals einen Vergeltungsangriff auf Syrien - aber nicht gegen die islamistische Opposition, sondern gegen die legitime Regierung von Baschar al-Assad. Die 6. Flotte ging im Mittelmeer in Stellung.

Zur Begründung sagte Obama Anfang September 2013: "Wie ich schon letzte Woche gesagt habe, ... haben wir sehr große Sicherheit, daß Syrien chemische Waffen für wahllose Morde an tausenden Menschen einsetzte, darunter mehr als 400 Kinder, und den internationalen Vertrag gegen chemische Waffen verletzte. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Region dar. Als Konsequenz müssen Assad und Syrien zur Rechenschaft gezogen werden."

#### **Die Terroristen sollen mit Hilfe der CIA Giftgas aus Libyen erhalten haben.**

Doch im letzten Augenblick wurde der vom Weißen Haus bereits angekündigte Krieg abgesagt. Ausschlaggebend waren letzten Endes offenbar nicht Bedenken des Pentagon vor einem

Flächenbrand im Nahen Osten, sondern ein drohendes Scheitern Obamas im US-Kongreß: Hersh zufolge mußte Obama fürchten, daß die Abgeordneten einen Einsatz in Syrien nicht einfach durchwinken würden. Nicht auszuschließen ist vor diesem Hintergrund, daß auch der konkrete Anlaß für einen Krieg, der Giftgaseinsatz von Ghuta, genauer untersucht worden wäre - die Rolle von Obamas Parteifreundin Hillary beim Sarin-Schmuggel via Bengasi wäre dann kaum noch zu verheimlichen gewesen.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016:

**>>Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**

**Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg**

von *Wolfgang Effenberger\**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "böartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden: Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging.

Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.

1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.

Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.

Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.

In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

### **Vom Spaltpilz zum Atompilz**

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen

Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.

Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.

Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.

Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, ... wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.

Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, ... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, ... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, ... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".

In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Seaford Chur-

chill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzki's Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.

Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert ..."

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.

Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

*\*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 ...<<*

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. November 2016 (x1.000/...): >>Ewald Stadler: Merkel ist die Gouverneurin des US-Bundesstaates "Germany"

... Auf seiner letzten Europareise in der vergangenen Woche traf sich der scheidende US-Präsident Barack Obama mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, seiner "wichtigsten Partnerin", wie er sie einst bezeichnete, in Berlin. Dabei würdigte er sie als herausragende Politikerin und sagte u.a. "Wenn ich Deutscher wäre, wäre ich ihr Anhänger".

Während sich Obama als Merkel-Fan outete, bedankte sich die Kanzlerin beim US-Präsidenten für acht Jahre der engen, vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Diese offensichtlich außergewöhnliche und gute Beziehung zwischen Merkel und Obama, beziehungsweise zwischen Deutschland und den USA, beschäftigte schon vor gut einem Jahr den österreichischen Politiker und ehemaligen EU-Abgeordneten Ewald Stadler.

Nur kam Stadler dabei zu einer etwas anderen Beurteilung, was die Freundschaft zwischen Obama und Merkel betrifft. Daß Stadlers Äußerungen offenbar nicht "mainstreamtauglich" sind, zeigt sich daran, daß die im Anschluß gezeigte Ansprache von Stadler samt seinem damit "verbundenem" YouTube-Konto gesperrt wurde.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 27 berichtete am 22. November 2016: >>Angriffe auf die Souveränität der Nationalstaaten

*von Prof. Dr. Ilias Iliopoulos*

Strobe Talbott, einflußreicher US-Meinungsmacher und auch Staatssekretär unter Bill Clintons Präsidentschaft, deklarierte Anfang der neunziger Jahre urbi et orbi den kommenden Triumph einer Weltregierung, gesteuert von "einer globalen Autorität", alias Global governance. Am 20. Juli 1992 schrieb er im Time Magazin: "Binnen der nächsten hundert Jahre wird Nationalität, so wie wir sie kennen, obsolet; alle Staaten werden eine einzige, weltweite Autorität anerkennen."

Sollten wir uns über solch eine Entwicklung etwa Sorgen machen? Mitnichten! So die Antwort des mächtigen westlichen Opinion leaders. Denn, wie er erläuterte, im Grunde seien alle Staaten "soziale Konventionen", "Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse"; und er fügte hinzu, "egal wie permanent und sogar sakral" diese zu gegebener Zeit zu sein schienen, eigentlich seien sie alle ja "künstlich und vorübergehend". Eine subtilere Kriegserklärung an die souveränen Nationalstaaten, ja an die nationalen Gemeinschaften und Identitäten, an die Völker überhaupt, hätte man sich kaum vorstellen können.

Der gegenwärtige, seit 1991 begonnene, vor allem aber seit dem epochalen Sündenfall vom 24. März 1999 (seit Beginn des völkerrechtswidrigen und piratenhaften militärischen Überfalls der supranationalen herrschenden Elite gegen Serbien) losgegangene und sich stets verschärfende Krieg der sogenannten neuen Weltordnung gegen die Nationen läuft an drei Fronten ab:

- an der politischen Front: siehe den Frontalangriff gegen das Grundprinzip der nationalen Souveränität, welches, geschichtlich betrachtet, eine großartige Leistung der europäischen - ja, menschlichen - Zivilisation ist, Symbol, zugleich aber auch Geburtsort von Freiheit, Demokratie und Sozialstaat; und welches heute noch der Sicherheitsgürtel aller Nationen angesichts



der Bedrohung seitens des post-nationalen, planetarischen Imperialismus bleibt;

- an der ökonomischen Front: Stichwort Globalisierung, die eigentlich eine Neuausgabe des internationalisierten Kapitalismus des Vorabends des Ersten Weltkrieges darstellt, diesmal in der Erscheinungsform eines post-fordistischen Kasino-Kapitalismus bzw. Raubtier-Kapitalismus oder Turbo-Kapitalismus, wie ihn die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder bezeichneten;

- an der kulturellen beziehungsweise ideologischen Front: siehe die andauernde, systematische Dekonstruktion, ja Gleichschaltung von natur- und geschichtsgewachsenen gemeinschaftlichen Werten und Traditionen, geo- und ethnokulturellen Identitäten, gemeinsamen Erinnerungen, nationalen Sprachen, Symbolen und Ritualen sowie den von der supranationalen Elite unternommenen Versuch, allen Völkern die Normen und Verhaltensmuster der sogenannten Global governance aufzuoktroyieren.

Offensichtlich ist der letzte Begriff bloß eine modische sophistische Wortkonstruktion orwellischen Stils für den post- und supranationalen globalen Totalitarismus. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 10. Dezember 2016 (x1.000/...): >>Pearl Harbor - wie Kriege "anno dazumal" und heute provoziert werden

... Vor 75 Jahren, am 7. Dezember 1941, erfolgte der japanische Angriff auf die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor. US-Präsident Franklin D. Roosevelt sprach von diesem Tag als "Tag der Schande". Aufgrund dieses Angriffs, an dem 2.403 Menschen ihr Leben verloren, erklärte die USA am 8. Dezember 1941 Japan den Krieg.

Nur wenige Tage später, am 11. Dezember, erfolgte die Kriegserklärung von Deutschland und Italien an die USA. Der Kriegseintritt der USA stellte einen Wendepunkt im 2. Weltkrieg dar und führte am 7. Mai 1945 zur Kapitulation Deutschlands und am 2. September 1945 zur Kapitulation Japans. In ähnlicher Weise führte bereits im 1. Weltkrieg die Versenkung des britischen Kreuzfahrtschiffs "Lusitania" durch ein deutsches U-Boot den Kriegseintritt der USA herbei.

Die Umstände, die zum Kriegseintritt der USA in beide Weltkriege führten, haben auch heute noch eine eminente Bedeutung, markierten sie doch den Aufstieg der USA zur Weltmacht. In diesem Zusammenhang sei an den amerikanischen Philosophen, Schriftsteller und Literaturkritiker George Santayana erinnert, der sagte: "Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt/verurteilt, sie zu wiederholen."

Deshalb hat Kla.tv den 75'ten Jahrestag von Pearl Harbor zum Anlaß genommen, den Kriegseintritt der USA in den 1. und 2. Weltkrieg näher zu beleuchten. Sehen Sie nun eine kurze Dokumentation einer Gegendarstellung zu dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor: <https://www.youtube.com/watch?v=GgmLxQuPcNw> ...

**Das nächste Werkzeug zu mehr Kontrolle und Profiten ist Krieg.**

Seit der Einführung der Federal Reserve Bank im Jahr 1913 wurden mehrere große und kleine Kriege begonnen. Die bedeutsamsten waren der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und Vietnam.

**Erster Weltkrieg:** Im Jahr 1914 brachen europäische Kriege vor allem zwischen England und Deutschland aus. Die amerikanische Bevölkerung wollte mit dem Krieg nichts zu tun haben. Dementsprechend verkündigte Woodrow Wilson öffentlich die amerikanische Neutralität.

Allerdings war die US-Administration verdeckt auf der Suche nach irgendeinem Grund, in den Krieg eintreten zu können. In einer bekannten Feststellung von Außenminister William Jennings Bryan liest man: "Die großen Banken waren, wegen der weitläufigen Möglichkeiten große Gewinne zu machen, besonders am Weltkrieg interessiert." Es ist wichtig zu verstehen, daß das Lukrativste, das den internationalen Bankiers passieren kann, Krieg ist, denn er zwingt das Land dazu, noch mehr Geld von den Banken gegen Zinszahlung zu leihen.

Woodrow Wilsons Chefberater und Mentor war Colonel Edward House, ein Mann mit engen

Verbindungen zu den internationalen Bankiers, die in den Krieg eintreten wollten. In einer belegten Konversation zwischen Colonel House, Wilsons Berater, und Sir Edward Grey, Außenminister Englands, wie man Amerika in den Krieg involvieren könne, fragte Grey: "Was werden die Amerikaner tun, wenn die Deutschen ein Kreuzfahrtschiff mit amerikanischen Passagieren an Bord versenken?" House antwortete: "Ich denke, daß eine Welle der Empörung durch die Vereinigten Staaten fegen würde und das alleine sollte bereits ausreichen uns in den Krieg zu bringen."

Also wurde ein Schiff namens Lusitania am 7. Mai 1915, quasi aufgrund des Vorschlags von Grey, absichtlich in Gewässer geschickt, von denen man wußte, daß sich dort deutsche Kriegsschiffe befinden würden. Und wie erwartet torpedierte ein deutsches U-Boot das Schiff, was zu einer Explosion von Munition und letztlich zum Tod von 1.200 Menschen geführt hat. Um noch besser zu verstehen, wie abgekartet dieses Spiel war:

Die deutsche Botschaft hatte tatsächlich Anzeigen in der New York Times geschaltet, um den Leuten zu sagen, daß, wenn sie an Bord der Lusitania gehen, sie selbst das Risiko dafür tragen müssen, da ein Schiff, das in Kriegszeiten unter englischer Flagge, von Amerika nach England fährt, zerstört werden müßte. Wie erwartet löste das Versenken der Lusitania in der amerikanischen Bevölkerung eine Welle der Empörung aus und kurze Zeit später trat Amerika in den Krieg ein.

Der Erste Weltkrieg verursachte 323.000 amerikanische Tote. J. D. Rockefeller zog daraus 200 Mio. Dollar Profit, was heute etwa 1,9 Mrd. Dollar wären. Nicht zu vergessen die 30 Mrd. Dollar Kriegskosten, die den USA entstanden, wovon das meiste von der Federal Reserve Bank gegen Zinsen geliehen wurde, was die Profite der internationalen Bankiers weiter erhöhte.

**Zweiter Weltkrieg:** Am 7. Dezember 1941 griff Japan die amerikanische Flotte bei Pearl Harbor an, was der Auslöser für den amerikanischen Kriegseintritt in diesen Krieg war. Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte: "Es wird als ein Tag der Schande in die Geschichte eingehen." Es war wirklich ein Tag der Schande, aber nicht aufgrund des angeblichen Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor.

Nach 60 Jahren und immer weiteren Informationen ist klar, daß der Angriff auf Pearl Harbor nicht nur Wochen im Voraus bekannt war, sondern vielmehr gänzlich gewollt und provoziert. Roosevelt, dessen Familie seit dem 18. Jahrhundert Wallstreet-Banker waren, dessen Onkel Frederic Teil des ersten Federal Reserve-Vorstands war, war dem Anliegen der internationalen Bankiers sehr zugetan. Und dieses Anliegen war, in den Krieg einzuziehen. Denn wie wir gesehen haben, ist für die internationalen Bankiers nichts profitabler als ein Krieg.

Ein Tagebucheintrag von Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson vom 25. November 1941 dokumentiert eine Konversation zwischen ihm und Roosevelt: "Die Frage war, wie wir sie dazu bewegen konnten, den ersten Schuß abzugeben. Es war anzustreben, daß die Japaner dies zuerst tun würden, sodaß kein Zweifel darüber aufkommen kann, wer die Aggressoren waren."

In den Monaten vor Pearl Harbor hatte Roosevelt fast alles getan, um die Japaner durch seine aggressive Haltung zu verärgern. Er stoppte alle amerikanischen Ölexporte nach Japan, er for alle japanischen Besitztümer in den USA ein, er stellte dem nationalistischen China öffentlich Kredite und den Briten militärische Hilfe zur Verfügung.

Beides waren japanische Feinde im Zweiten Weltkrieg, was - nebenbei bemerkt - internationales Kriegsrecht verletzt. Am 4. Dezember, drei Tage vor dem Angriff, berichtete der australische Nachrichtendienst Roosevelt, daß eine japanische Kampfgruppe Richtung Pearl Harbor unterwegs war. Roosevelt ignorierte den Bericht. Und wie es erhofft und erlaubt worden war, attackierte Japan Pearl Harbor am 7. Dezember 1941, wobei 2.400 Soldaten ihr Leben verloren.

Vor Pearl Harbor wollten 83 % der amerikanischen Bevölkerung nichts mit dem Krieg zu tun haben, nach Pearl Harbor meldeten sich eine Millionen Männer freiwillig für den Kriegsdienst.

Doch noch hat sich Rußland nicht provozieren lassen und noch ist es nicht zu spät, eine Eskalation zu verhindern. Es gilt die wahren Kriegstreiber zu entlarven - deren Provokationen, Kriegstreibereien, Kriegsvorbereitungen und Kriegslügen. Nur so kann eine weiteres "Pearl Harbor" verhindert werden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/17-19): >>**Die alliierte Schattenregierung**

\_ Interview mit *Josef Foschepoth*

Seit Jahrzehnten überwachen die westlichen Siegermächte unsere Briefe und Telefonate. Dafür hat die Bundesregierung explizit Souveränitätsrechte abgegeben - bis heute.

**Herr Professor Foschepoth, Sie haben Akten entdeckt, nach denen seit den frühen 1950er Jahren die Geheimdienste der westlichen Alliierten in der Bundesrepublik massiv den Postverkehr überwacht haben.**

Deutschland war ein besetztes Land. Im Westen hatten die USA, Großbritannien und Frankreich die oberste Regierungsgewalt, bis 1955. Sie wollten aus Deutschland einen Staat machen, von dem nie wieder eine Gefahr ausgeht. Das erfolgte durch ein strenges Regiment. Um die Deutschen und das Umfeld im Kalten Krieg zu kontrollieren, hat man ein System der Überwachung entwickelt, das extreme Ausmaße angenommen hat. Man hat großflächig Post aus der DDR und Telefonate, etwa alle ein- und ausgehenden Telefonate aus Westeuropa, kontrolliert. Auf diesem Gebiet waren vor allem die Amerikaner führend. ...

**Mit Souveränität hat das wenig zu tun.**

Die alte Bundesrepublik ist nie ein wirklich souveräner Staat gewesen. Die Alliierten behielten sich weiterhin bestimmte Rechte vor. Dies betraf nicht nur die Berlin- und Deutschlandfrage, sondern auch die Frage der Truppenstationierung.

Und, wie ich erstmals herausgefunden habe, den sogenannten Geheimdienst- und Überwachungsvorbehalt. Damit durften die Geheimdienste der Alliierten in einer Art rechtsfreiem Raum in der Bundesrepublik tätig werden. Wenn etwa die Polizei ein Mitglied des eigenen oder gegnerischen Dienstes festnahm, durften die deutschen Behörden vorerst keine Ermittlungen aufnehmen, sondern hatten über den Verfassungsschutz umgehend die alliierten Geheimdienste zu informieren, die dann allein die Ermittlungen aufnahmen.

Dazu hatten sie mindestens 21 Tage Zeit. Für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs galt Entsprechendes, und zwar über die Wiedervereinigung hinaus. ...

**Also besteht das Besatzungsrecht bis heute weiter?**

Es gibt einen internen Briefwechsel zwischen der SPD und dem Staatsminister des Auswärtigen Amtes Harald Schäfer aus dem Jahre 1990. Darin schreibt der Staatsminister, Rechtsgrundlage für die Überwachung durch die Westmächte in der Bundesrepublik seien weiterhin der Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut von 1959/63 und die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Dies ist bis heute die eigentliche Basis für die Überwachungsrechte der Amerikaner, die im Laufe der Jahre durch ein ganzes Geflecht von Verträgen, Gesetzen und geheimen Zusatzvereinbarungen ergänzt worden sind. ...

**Gibt es irgendeine juristische Kontrolle?**

Im Gegenteil. Das Grundgesetz wurde dahingehend geändert, daß der Bürger kein Recht hat, wenn er überwacht worden ist, über diese Überwachungsmaßnahme informiert zu werden. Selbst der Rechtsweg wurde 1968 in Ergänzung zu Artikel 10 des Grundgesetzes ausgeschlossen. Dies war und ist bis heute notwendig, um die Forderung der Alliierten nach strikter Geheimhaltung aller geheimdienstlichen Überwachungstätigkeiten zu erfüllen. ...

**Könnte man diese Abkommen kündigen?**

Genau das wäre logisch und dringend notwendig, wenn wir wirklich einen entscheidenden Schritt in Richtung von mehr Rechtsstaatlichkeit und Souveränität der Bundesrepublik, nach 60 Jahren ihrer Existenz, gehen wollen.

*\_ Prof. Dr. Josef Foschepoth ist Zeithistoriker an der Universität Freiburg. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Kalter Krieg und alliierte Deutschlandpolitik, Konrad Adenauer und die deutsche Frage, Kommunismus und Antikommunismus, Post- und Telefonüberwachung in der BRD. 2013 erschien sein Buch "Überwachtes Deutschland: Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik" ...<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/20-21): >>**Angriffsziel Deutschland**

*\_ von Karel Meissner*

Unser Land steht im Fokus der europäischen Spionage der USA. Der Bundesnachrichtendienst unterstützt den Zugriff der Supermacht, offensichtlich mit Wissen der Bundesregierung. Seit Ende April 2015 kann das erschreckende

Ausmaß der Kollaboration des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit den US-Geheimdiensten bei der Spionage gegen deutsche Interessen nicht mehr verschleiert werden: Die Befehle aus Washington kommen drei bis vier Mal am Tag. Direkt von den Servern der National Security Agency (NSA) erhielt der BND seit 2004 insgesamt zwischen 800.000 (Zeit) und 4,6 Millionen (Spiegel) sogenannte Selektoren: Suchlisten mit IP-Nummern, Mailadressen, Telefonanschlüssen, die im Auftrag der USA zu überwachen sind. Die Süddeutsche Zeitung nennt sogar "690.000 Telefonnummern und 7,8 Millionen IP-Suchbegriffe".

In der Operation Eikonol sollten unter anderem der Siemens-Konzern, die Rüstungsschmieden EADS und Eurocopter - beide Teil der Airbus-Gruppe -, die französische und österreichische Regierung sowie die EU-Kommission ausgehorcht werden; vielfach offenbar mit Erfolg. Auch Auslandsvertretungen deutscher Firmen wurden vom BND elektronisch gefilzt, Erkenntnisse eilfertig über den Atlantik geschickt, wie ein Geheimpapier der Bundesregierung nahelegt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit informiert waren die jeweiligen Kanzleramtsminister Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier, vielleicht auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. ...

### **Immer noch Feindstaat**

Sicher: Die NSA und ihre Zuträger im britischen Geheimdienst GCHQ spitzeln auf dem ganzen Globus. 122 Staats- und Regierungschefs umfaßt die NSA-Abhörliste "Boundless Informant", die Edward Snowden 2013 enthüllt hat. Nach den von ihm gesicherten NSA-Dokumenten zapften Washingtons digitale Ohren zwischen Dezember 2012 und Januar 2013 in Spanien insgesamt 60 Millionen, in Frankreich 70 Millionen Verbindungen an. Doch in der Bundesrepublik schöpfen die Spione derartige Datenmengen teilweise an einem einzigen Tag ab. Sogar am Heiligabend 2012 lauschte die NSA 13 Millionen Mal, wenn sich die Deutschen per Telefon ein frohes Fest wünschten.

Auf der globalen "Heatmap" der NSA sticht Deutschland inmitten eines grünen und damit für die USA unwichtigen Kontinentes in Dunkelorange hervor - damit liegt die Bundesrepublik auf demselben Top-Level mit Überwachungszielen wie dem Irak und China. In dem dazugehörigen NSA-Papier heißt es, die Daten würden "against", also gegen, die jeweils genannten Staaten gesammelt. ...

Angela Merkel hatte zu Beginn der Snowden-Affäre im Sommer 2013 postuliert: "Auf deutschem Boden gilt deutsches Recht." Doch zumindest in den genannten US-Einrichtungen wird dieser Grundsatz immer noch gebrochen, Tag für Tag.

*\_ Karel Meissner war COMPACT-Volontär und studiert jetzt in Birmingham.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/38,41): >>**Occupy Germany? Schon passiert!**

\_ von *Martin Müller-Mertens*

Knapp 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vorrechte in Deutschland. Nirgendwo im Ausland haben die Vereinigten Staaten mehr Soldaten stationiert als bei uns. In ihren Stützpunkten sind auch Niederlassungen der Schnüffelagentur NSA. ...

### **Atomwaffen in Deutschland**

Die USA lagern einen Teil ihrer einsatzbereiten Atomwaffen auch heute noch vorgeschoben in Europa. Nach Schätzungen von Experten handelt es sich um 150 bis 200 nukleare Bomben der Typen B61-3 und B61-4.

Ein hoher Beamter des US-Verteidigungsministeriums sagte 2009 bei der NATO, es gehe um etwa 180 Waffen. Diese Atombomben sind für Aufgaben im Rahmen der NATO vorgesehen und können von Jagdbombern der USA sowie einiger europäischer Länder eingesetzt werden, die sich an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen. ...

Für die Wartung und den Zugang zu den Atomwaffen sind an allen Standorten der europäischen Luftwaffen, die sich an der technisch-nuklearen Teilhabe beteiligen - also in Büchel (Rheinland-Pfalz), Kleine-Brogel (Belgien), Volkel (Niederlande) und Ghedi (Italien) - jeweils 130 bis 140 US-Spezialisten zuständig. Sie tun in speziellen Einheiten Dienst, den Munitions Support Squadron (701-704 MUNSS). Die vier Squadrons unterstehen der 38. Munitions Maintenance Group (MMG) in Spangdahlem, die ihrerseits Teil der 38. Combat Support Wing in Sembach/Ramstein ist.

Die insgesamt rund 550 Soldaten sind auch dafür zuständig, daß nie ein einzelner Soldat oder gar ein Europäer ohne Begleitung durch US-Soldaten Zugang zu einer Atomwaffe bekommt.

*(Quelle: Berlin Information-Center for Transatlantic Security - bits.de)<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/43,45): >>**Raubtiere aus Ramstein**

\_ von *Jürgen Elsässer*

So wird die Bananenrepublik zum Mordgehilfen: Von ihrem Pfälzer Truppenstützpunkt aus dirigieren die US-Amerikaner tödliche Drohnenangriffe auf der ganzen Welt. Die Bundesregierung schaut weg - und zahlt.

Der Eiserne Kanzler wacht noch über das Gebiet, aber er kann die Besatzer nicht mehr stoppen: Westlich von Kaiserslautern ragt der Bismarckturm, 19 Meter hoch, aus einem kleinen Waldstück heraus. Die Spitze der von innen begehbaren Sandsteinsäule ist der einzige Punkt, von dem aus man, ohne von der Militärpolizei festgenommen zu werden, eine knapp fünf Kilometer entfernte Siedlung observieren kann: die Air Base Ramstein, mit 35.000 Soldaten und 6.000 Zivilisten der personalstärkste US-Stützpunkt außerhalb der USA.

Auf den ersten Blick wirkt das Riesenareal mit Einkaufszentrum, Hotel und vielen Bäumen recht friedlich. Doch die Idylle trügt: Mit dem Feldstecher erkennt man zwei Start- und Landebahnen, auch Flugzeughangars. ...

Empörend ist, daß der deutsche Staat den US-Militärstützpunkt auch noch mit unseren Steuergeldern unterstützt. Mehrere Landesregierungen und der Bund haben seit 1999 über 170 Millionen Euro zum Aus- und Umbau von Einrichtungen in Ramstein beigesteuert, erfuhren Goetz und Fuchs von den zuständigen Ministerien.

So finanziert die Bundesregierung die Unterhöhlung des deutschen Rechtsstaates. Im NATO-Truppenstatut, das die juristische Grundlage für ausländische Soldaten in der Bundesrepublik ist, heißt es nämlich in Artikel 11 eindeutig, die verbündeten Streitkräfte hätten "das Recht des Aufnahmestaates zu achten". Die Todesstrafe ist in Deutschland verboten - zumal, wenn sie ohne vorherigen Gerichtsprozeß durch Mordmaschinen vollzogen wird.

Und Merkel und ihr Kabinett können sich auch nicht damit herausreden, daß auf den Stützpunkten US-amerikanische Gesetze gälten. Selbst Der Spiegel stellte dazu fest: "Zwar hat der

Bund den USA per Vertrag die Nutzung der Liegenschaften zugesichert - allerdings mit der Auflage, daß sie auf dem mit Stacheldraht gesicherten Areal nichts unternehmen, was gegen deutsches Recht verstößt."

Im Oktober 2014 reichte der jemenitische Staatsbürger Faisal bin Ali Jaber eine Klage gegen die Bundesregierung ein, weil sein Schwager, ein gemäßigter Imam, der in seinen Predigten al-Qaida verurteilt hatte, und sein Neffe bei einer Drohnen-Attacke getötet worden waren. "Wenn es die Station auf der Air Base Ramstein in Deutschland nicht gäbe, würden Männer wie mein Schwager und mein Neffe heute noch leben. Es ist doch ganz einfach: Ohne deutsche Unterstützung würden die US-Drohnen nicht fliegen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/54-55): >>Das Ende der Deutschland AG

*\_ von Jürgen Elsässer*

Die besten Adressen unserer Wirtschaft sind längst in ausländischem Besitz. Vor allem die Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder führten dazu, daß sich das angloamerikanische Finanzkapital die Filetstücke unter den Nagel reißen konnte. ...

### **Die Anti-Deutsche Bank**

Das beste Beispiel für die Macht des angloamerikanischen Finanzkapitals war ein Putsch an der Deutschen Börse, erfolgreich durchgeführt vom Hedgefonds TCI. Im Frühjahr 2005 sammelte TCI genug Aktionärsstimmen, um den Rücktritt von Werner G. Seifert und Rolf E. Breuer, des Vorstands- und des Aufsichtsratschefs der renommierten Institution, zu erzwingen. Seifert und Breuer hatten die Übernahme der Londoner Börse LSE angestrebt, was dem Finanzplatz Frankfurt die Hegemonie in Europa und eine annähernde Parität zu New York verschafft hätte.

Das lag nicht im Interesse des angloamerikanischen Finanzkapitals, in dessen Auftrag die TCI-Aufkäufer handelten. "Auf ihren Druck hin verwandte die Deutsche Börse AG Anfang März 2005 einen großen Teil ihrer Barmittel nicht wie geplant für Akquisitionen wie den Kauf der LSE, sondern schüttete sie über Aktienrückkäufe an ihre Aktionäre aus. Statt in die Zukunft des Unternehmens floß das Geld in die Taschen der Aktionäre ", bilanziert der gefeuerte Börsenchef Seifert.

Er nennt in seinem Buch Invasion der Heuschrecken. Intrigen - Machtkämpfe – Marktmanipulation. Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren insbesondere die Rothschilds als Drahtzieher - und den CDU-Politiker Friedrich Merz als Einpeitscher der Putschisten in Deutschland. Das Vorgehen der Londoner Konfidenten war so kaltschnäuzig und knallhart, daß selbst die bis dato fahrlässig agierende rot-grüne Bundesregierung aufschreckte:

Franz Münteferings "Heuschrecken-Rede" im Mai desselben Jahres soll von den Frankfurter Vorgängen inspiriert worden sein. "Wenn es noch eines Beweises für die Auflösung der Deutschland AG ... bedurfte, lieferte ihn TCIs Triumph am Main" bilanzierte anschließend die Welt am Sonntag.

Auch die Deutsche Bank ist vom internationalen Finanzkapital gekapert worden. Nachdem der Schweizer Josef Ackermann 1996 in den Vorstand des Geldhauses rückte, wurde zunächst der Vorstand entmachtet und ein quasidiktatorisches Führungsgremium, das Group Executive Committee, installiert. Dann verschob Ackermann die Machtbalance von Frankfurt am Main nach London und stellte Investmentbanker auf die Kommandobrücke des Geldhauses - die Finanzierung weltweiter Übernahmen wurde wichtiger als das traditionelle Heimatgeschäft. Meisterstück der neuen Mannschaft war der Verkauf von Mannesmann an die britische Vodafone im Jahr 2000, dabei sollen 57 Millionen Euro Schmiergelder geflossen sein.

"Degermanizing" nennt das Ackermanns kosmopolitische Truppe in London, Entdeutschung. Auf die Frage der Financial Times nach der sozialen Marktwirtschaft in Germany antwortete einer von denen: "Don't bullshit me."

## **"Adieu, Deutschland, der DAX haut ab". FAZ, 2006**

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die großen BRD-Konzerne kaum protestieren, wenn die Merkel-Regierung ihre eigenen Exportmärkte kaputtmacht, indem sie nach Weisung aus Washington etwa Sanktionen gegen den Iran und gegen Rußland mitträgt: Diese Konzerne sind ja in ihrer Eigentumsstruktur mehrheitlich gar nicht mehr deutsch! Einzig Familienunternehmen wagen es noch, sich dem Druck der angloamerikanischen Finanzmacht und der gekauften Politiker zu entziehen.

### **Die Blutsauger**

Die deutsche Traditionsmarke Opel steht vor dem Aus - weil Konzernmutter General Motors (GM) sie wie ein Vampir ausgesaugt hat. Insider sprechen von drei Milliarden Euro, die Opel von jenseits des Atlantiks bekommen müßte. Immer wieder verbuchte GM einen Teil seiner anderweitigen Konzernverluste bei der Tochter Opel, so daß das Europageschäft ein ständig wachsendes Minus aufwies: 780 Millionen Euro im dritten Quartal 2008, 1,9 Milliarden Euro im vierten Quartal 2008, im ersten Quartal 2009 glatte zwei Milliarden Euro.

Mitte März 2009 berichtete ein Opel-Insider unter dem Schutz der Anonymität gegenüber Welt-Online: "Wissen Sie, ich kriege einen Hass, wie GM uns ausgehöhlt, geplündert, leergehäumt hat. Wie die uns um unsere Patente beschissen haben! ... Eines Tages kamen GM-Leute aus Detroit und sagten, wir wollen jetzt alle eure Entwicklungen, Patente, das ganze Know How. Das kriegen wir jetzt, bitte, und damit es rechnerisch fair zugeht, sagten die, gibt's im Gegenzug Schuldverschreibungen von uns. Jetzt liegen unsere Patente also bei GM, und für jedes Auto, das wir bauen, zahlen wir Gebühren an die. Muß ich erwähnen, daß Opel nie einen Cent für seine Patente gesehen hat?"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/64-65): >>**Die amerikanische Lobby**

\_ von Hans-Werner Klausen

Die Macht im Verborgenen: US-Denkfabriken in Deutschland vernetzen Politiker und Wirtschaftsbosse, beeinflussen die öffentliche Meinung und führen Geheimkonferenzen durch. Eine Übersicht.

In US-Lobbygruppen betreibt das Who's Who der deutschen Funktionselite die Amerikanisierung der Gesellschaft.

Ihr Anliegen: die feste Einbindung Deutschlands unter US-amerikanischer Vorherrschaft. Ihre Methoden: Beeinflussung und Vernetzung der kollaborierenden Eliten, Herstellung einer kulturellen Hegemonie in der Öffentlichkeit durch regelmäßige Kampagnen. Alles versehen mit einem mal intellektuell-wissenschaftlichen, mal mildtätigen Anstrich: US-amerikanische Denkfabriken, Lobby-Gruppen und Pressure Groups in Deutschland. Ideologisch angeleitet aus Washington, vereinen sie das Who's Who der bundesdeutschen Funktionselite aus Politik, Wirtschaft und Medien.

Formal sind es private Vereine und Institute, oft informell agierende Plauderrunden. Doch diese harmlose Außendarstellung beschreibt nicht den wirklichen Einfluß. So bezweifelt etwa der Münsteraner Elitenforscher Hans Jürgen Krysmanski den privaten Charakter von Denkfabriken wie der Atlantik-Brücke oder dem European Council on Foreign Relations. In diesen Lobby-Verbindungen seien alle Schranken zwischen Politik und Wirtschaft gefallen, bilde sich eine Re-Feudalisierung der Gesellschaft heraus. Zur Durchsetzung einer US-Globalstrategie.

### **Logenähnlicher Interessenverband**

Jene 1952 gegründete Atlantik-Brücke zählt zu den ältesten Euro-Politik Lobbyvereinen in Deutschland. Eng verbunden ist sie mit ihrer US-amerikanischen Partnerorganisation, dem American Council on Germany. Zum Vorstand zählen heute der Chefredakteur der Bild-Zeitung Kai Diekmann, Deutsche Bank-Chef Jürgen Fitschen, Münchner Sicherheitskonferenz-

Frontmann Wolfgang Ischinger und der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments Alexander Graf Lambsdorff.

Die Denkfabrik bleibt mit ihren Aktivitäten lieber im Hintergrund. Ihre 500 handverlesenen Mitglieder finden sich zu Tagungen und Arbeitsgruppen, aber auch einem von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützten Offizierstreffen zusammen. Die Atlantik-Brücke mauserte sich zu "einer der einflußreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik", formulierte die Süddeutsche Zeitung. Für das Lexikon Lobbypedia ist die Atlantik-Brücke sogar ein "logenähnlicher Interessenverband, dem führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluß nehmen und Kontakte pflegen."

2010 sorgte eine Schlammschlacht um die Führung kurzzeitig für ungewollte Schlagzeilen. Alt-Atlantiker Walter Leisler Kiep und dessen Ziehsohn im Verein, der frühere Unions-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, stritten wie die Kesselflicker um den Chefposten. Hintergrund waren Auseinandersetzungen um ein Sparprogramm der finanziell angeschlagenen Organisation. Schließlich setzte sich eine Paketlösung aus Merz und der einstigen SPD-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn durch.

Besondere Bedeutung hat das alle zwei Jahre durchgeführte Young-Leaders-Programm der Atlantik-Brücke und ihrer amerikanischen Partnereinrichtung American Council on Germany. Das Kadertraining für Führungskräfte zwischen 28 und 38 absolvierte auch der heutige Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir. Nachdem sich der damalige Nachwuchs-Politiker 2002 wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten zeitweise aus der deutschen Politik zurückziehen mußte, erhielt er als Transatlantic Fellow des German Marshall Fund den letzten atlantischen Schliff. Schon damals wählte ihn das World Economic Forum zum Global Leader of Tomorrow ("Weltführer von Morgen").

Zu den ehemaligen Young Leaders gehören übrigens unter anderem Karl-Theodor zu Guttenberg, Thomas de Maizière, Christian Wulff, der Vorstandschef des Luftfahrt- und Rüstungskonzerns EADS, Thomas Enders, der einstige RWE-Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann, Springer-Chef Matthias Döpfner und sein Bild-Chefredakteur Kai Diekmann.

### **Gaucks Chefplaner vom German Marshall Fund**

Lange vergangen sind somit die Zeiten, in denen Lobbyisten in den Vorräumen der Parlamente - den Lobbys - auf ihre Chance warteten, Politikern Wünsche einzuflüstern. Amerikas Klienten nehmen selbst Platz in den Sesseln der Macht.

Erst im Juli hat Bundespräsident Joachim Gauck einen neuen Chef für seinen Planungsstab und die Redenschreiberei gefunden: Thomas Kleine-Brockhoff, der Mitte August sein Büro im Schloß Bellevue bezog. Kleine-Brockhoff hatte bisher seinen Arbeitsplatz in Washington beim German Marshall Fund of the United States (GMF), diente als Senior Fellow und Senior Director for Strategy. ...

### **"Geheime Weltregierung"**

Die sogenannte Bilderbergkonferenz hat in den letzten Jahren immer wieder für Aufsehen gesorgt. Seit 1954 trifft sich die von Prinz Bernhard der Niederlande unter Mithilfe der CIA gegründete Organisation einmal jährlich unter größter Diskretion in wechselnden Luxushotels. Zu den Stammgästen gehören David Rockefeller, Vertreter der Rothschild-Dynastie, Gesandte europäischer Königshäuser, US-Präsidentenberater Henry Kissinger sowie Vertreter von führenden Großbanken und -konzernen.

Die von manchen als geheime Weltregierung bezeichnete Organisation fungiert auch als Casting für Politiker, die in den Augen der Bilderberger hoffnungsvoll sind: Angela Merkel erhielt dort im April 2005 vor ihrem Wahlsieg im November desselben Jahres ihre letzte Weihe. Weitere geladene Gäste aus der deutschen Prominenz waren Norbert Röttgen (2014), Jürgen Trittin (2012), Peer Steinbrück (2011), Joschka Fischer (2008) und Guido Westerwelle



(2007). Die Alt-Atlantiker Helmut Schmidt und Josef Ackermann haben Dauerkarten für das elitäre Stelldichein.

Die Trilaterale Kommission tagt ähnlich abgeschottet wie die Bilderberg-Gruppe, aus der sie Anfang der 1970er Jahre hervorgegangen ist. COMPACT konnte dennoch von einem Teilnehmer einen Kurzbericht über das Jahrestreffen vom 15. bis 17. März 2013 in Berlin bekommen.

Anwesend waren unter anderem Gründer David Rockefeller, Jean-Claude Trichet (Ex-EZB-Präsident) und Peter Sutherland (Goldman Sachs). Aus Deutschland waren unter anderem vertreten: Michael Fuchs (MdB, Chef der Mittelstandsvereinigung der CDU), Norbert Wiczorek (SPD, MdB), Wolfgang Gerhard (Chef der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung).

Das Hauptreferat hielt die Bundeskanzlerin. In Deutschland besteht die Sektion der Trilateralen aus etwa 25 Mitgliedern, darunter die gerade genannten. Sie trifft sich ungefähr alle zwei Monate. ...

*\_ Hans-Werner Klausen ist Experte für Geschichte und Gegenwart amerikanischer Neokonservativer und ihrer Netzwerke sowie globaler US-Beeinflussungsversuche. Er lebt in Berlin und ist in einer wissenschaftlichen Einrichtung tätig.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/80): >>**Besatzung im Kleingedruckten**

*\_ von Marc Dassen*

Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der westlichen Siegermächte, ist aber nach gängiger Meinung spätestens mit der Wiedervereinigung vollständig souverän geworden. Dennoch gelten bis heute allierte Vorbehaltsklauseln.

### **Grundgesetz ohne Geltungsbereich**

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990. Mit anderen Worten:

Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes also schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte.

Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt irgendwo Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) ist der jeweilige Geltungsbereich - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.

Eine Beschreibung der wahren Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."

Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, bleiben Zweifel, ob diese Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß allierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

... Einen Friedensvertrag, der das ausschließen könnte, gibt es bekanntlich nicht. Mit ihrer Behauptung, seit 1990 sei alles gut, widerspricht Zypriens jedenfalls dem Juristen Gregor Gysi, der im Zuge der NSA-Affäre Anfang August 2013 feststellte: "Also ich muß ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" Es sind Aussagen wie diese, die das Mißtrauen wacher Bürger wecken und dringend einer Klärung bedürfen.

\_ Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur.<<

Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkaut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermübungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>>**Schlafwandler? Von wegen!**

### **Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante**

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eschers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

### **Das Committee of Imperial Defence**

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.

Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn

den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten.

Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselpositionen des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.

Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<

Der niederländische Autor Mees Baaijen schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>... Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...

Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat:

Bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.

All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.

... Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingepägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. ...

Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von 1984 oder *Schöne Neue Welt*. 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politikern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>... Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhö-

rer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. ...<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.04.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x357/79) = Ami go home! Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten, Seite 79.

x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

## Internet

x884	<a href="http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/">http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/</a> - Dezember 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x892	<a href="http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id">http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id</a> - Januar 2018
x931	<a href="http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/">http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/</a> - Juli 2019
x933	<a href="http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html">http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html</a> - Juli 2019

x942	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/</a> - November 2019
x944	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/</a> - November 2019
x945	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/09/12/wie-die-geheimgesellschaft-skull-bones-die-schaltstellen-der-usa-besetzt/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/09/12/wie-die-geheimgesellschaft-skull-bones-die-schaltstellen-der-usa-besetzt/</a> - November 2019
x947	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehört-der-islamismus-zum-islam/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehört-der-islamismus-zum-islam/</a> - November 2019
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - März 2021
x1.106	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/02/globale-planung-der-massenmigration/#more-1545">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/02/globale-planung-der-massenmigration/#more-1545</a> - April 2022
x1.138	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - April 2022
x1.157	<a href="https://www.lunapark21.net/freihandel-und-krieg/#more-344">https://www.lunapark21.net/freihandel-und-krieg/#more-344</a> - September 2022